

Texte zur Arbeiterbewegung

K. P. Wittemann

Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945

*Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik
Darstellung ihrer grundlegenden
politischen Auffassungen und ihrer Ent-
wicklung zwischen 1945 und 1952*

SOAK-Verlag

S. 80-163

Texte zur Arbeiterbewegung
SOAK Verlag Hannover 1977

Gedruckt ab Manuskript des Autors
Gesamtherstellung und Vertrieb:
SOAK GmbH
Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1
Tel. 17618

ISBN: 3 - 88 209 - 004 - 9

Inhaltsverzeichnis

<u>Einleitung</u>	
 1. <u>Grundlegende politische Auffassungen</u>	
<u>der KPO</u>	1 - 37
1.1. Einleitung	1 - 3
1.2. Grundlegende politische Auffassungen	
<u>der KPO</u>	3 - 34
1.3. Zusammenfassung	34 - 37
 2. <u>Thalheimers Analysen der weltpolitischen</u>	
<u>Lage und der Lage in Deutschland nach</u>	
<u>dem 2. Weltkrieg</u>	38 - 79
2.1. Einleitung	38 - 39
2.2. Die weltpolitische Lage	40 - 51
2.3. Die Lage in Deutschland 1945/46	52 - 73
2.4. Die Konsequenzen für die Kommunisten in	
Deutschland	73 - 76
2.5. Zusammenfassung	77 - 79
 3. <u>Das Verhältnis der Analysen Thalheimers</u>	
<u>1945/46 zu den grundlegenden politischen</u>	
<u>Positionen der KPO</u>	80 - 96
3.1. Problemstellung	80 - 82
3.2. Vergleich	82 - 96
 4. <u>Die Sammlung der Gruppe Arbeiterpolitik</u>	
<u>von 1945 bis zum Herbst 1948</u>	97 - 138
4.1. Die Ausgangsposition 1945	97 - 98
4.2. Die ersten örtlichen Aktivitäten ehema-	
liger KPO-Mitglieder an den Beispielen	
Stuttgart und Salzgitter	98 - 123
4.2.1. Die Herausbildung der Gruppe Arbeiter-	
politik in Stuttgart	98 - 107
4.2.2. Die Herausbildung der Gruppe Arbeiter-	
politik in Salzgitter	107 - 123
4.3. Zusammenfassende Darstellung des Samm-	
lungsprozesses	124 - 131
4.4. Die überregionale Formierung der Gruppe	
Arbeiterpolitik bis 1948	131 - 138

5. <u>Das Selbstverständnis der Gruppe</u>	
<u>Arbeiterpolitik 1948/49</u>	139 - 163
5.1. Der programmatische Artikel vom Ende	
1948 "Warum 'Arbeiterpolitik'?"	139 - 147
5.2. Die Einschätzung der Lage in der	
deutschen Arbeiterbewegung	147 - 154
5.3. Die Argumentation gegenüber KPD-Mit-	
gliedern in der Broschüre "Offene Worte	
an Kommunisten" vom Oktober 1949	154 - 161
5.4. Zusammenfassung	161 - 163
6. <u>Die Entwicklung der Gruppe Arbeiterpolitik</u>	
<u>und ihrer Zeitschrift 1948 bis 1952</u>	164 - 271
6.1. Die Tradition des Namens "Arbeiterpolitik"	164 - 167
6.2. Die Zeitschrift "Arbeiterpolitik" und	
die weiteren Publikationen der Gruppe	
Arbeiterpolitik	168 - 176
6.2.1. Die "Arbeiterpolitik"	168 - 170
6.2.2. Die Beilagen der "Arbeiterpolitik"	170 - 171
6.2.3. 2 Beispiele für Ausgaben der	
"Arbeiterpolitik"	171 - 175
6.2.4. Weitere Publikationen der Gruppe	
Arbeiterpolitik	176
6.3. Die Organisation, der Umfang und die	
Außenwirkung der Gruppe Arbeiterpolitik .	176 - 188
6.4. Die örtlichen Gruppen der GAP	188 - 271
6.4.1. Einleitung	188 - 189
6.4.2. Berlin	189 - 193
6.4.3. Bremen	194 - 202
6.4.4. Frankfurt und Offenbach	202 - 206
6.4.5. Hamburg	206 - 217
6.4.6. Mannheim	217 - 219
6.4.7. Nürnberg	219 - 223
6.4.8. Salzgitter	223 - 251
6.4.9. Solingen	251 - 255
6.4.10. Stuttgart	255 - 266
6.4.11. Exkurs: Die GAP in der Ostzone	267 - 271

7. <u>Die grundlegenden politischen</u>	
<u>Positionen der GAP 1952</u>	272 - 317
7.1. Einleitung	272 - 278
Exkurs: Die Haltung der GAP zur UAPD	273 - 277
7.2. Die Einschätzung der politischen Lage	
Westdeutschlands, der Lage der Arbeiter-	
bewegung und der Aufgaben der Gruppe	
Arbeiterpolitik 1952	278 - 295
7.3. Die Einschätzung der Sowjetunion	296 - 317
8. <u>Skizze der Entwicklung der Gruppe</u>	
<u>Arbeiterpolitik seit 1952</u>	318 - 348
Nachschrift	349
<u>Anhang: Kurzbiographien</u>	350 - 416
(Becker, Ludwig; Becker, Richard; Bergmann, Otto; Bolze, Waldemar; Brandler, Heinrich; Brechenmacher, Hans; Burkhardt, Otto; Cavier, Theodor; Deisen, Willy; Ehlers, Adolf; Elf- lein, Paul; Engert, Otto; Galm, Heinrich; Grönsfelder, Karl; Hanke, Rudolf; Heiteprien, Otto; Janus, Richard; Kienhorn, Walter; Kirchner, Kuno; Knepper, Fritz; Kunz, Hans; Lambrich, Fritz; Meyer, Robert; Mößner, Gustav; Müller, Otto; Ochs, Eugen; Pless, Philipp; Rahm, Willi; Schmidt, Alfred; Schöttle-Thalheimer, Bertha; Scholz, Heinz; Schwab, Wilhelm; Sewald, Erich; Siewert, Robert; Söchtig, Erich; Thalheimer, August; Weber, Michael; Weber, Wilhelm; Wegener, Heinrich; Wegener, Willi; Werner, Gerhard; Wiesener, Rudolf.)	
Quellen- und Literaturverzeichnis	417 - 426

3. Das Verhältnis der Analysen Thalheimers 1945/46 zu den grundlegenden politischen Positionen der KPO

3.1. Problemstellung

Die Aufgabe, die die KPO lösen wollte, war die Herausarbeitung des Weges der proletarischen Revolution in Deutschland; dazu war es erforderlich gewesen, die "Grundsätze des Kommunismus auf die Lage des internationalen Klassenkampfes sowie des Klassenkampfes in Deutschland"¹⁾ anzuwenden. Da sich die Lage des Klassenkampfes 1945 anders darstellte als 1928 oder 1933, mußte die alte Aufgabe unter den veränderten Bedingungen erneut gelöst werden. Die beiden Arbeiten Thalheimers, die oben referiert wurden, waren Bestandteile dieses erneuten Versuchs. So beurteilte die GAP 1950 die Broschüre "Die Potsdamer Beschlüsse": "Sie war damals ein Programm zur Sammlung der wirklichen Kommunisten. Sie ist ein Dokument, das das deutsche Proletariat zu selbständigem Handeln mahnt und das internationale Proletariat an seine Solidaritätspflicht erinnert. In diesem Sinne soll und wird auch diese neue Auflage wirken"²⁾. Im gleichen Jahr hieß es im Vorwort zur "Grundlinien" - Broschüre, sie enthalte "ein Bild der gesellschaftlichen Triebkräfte"³⁾. Die Resultate der wissenschaftlich - materialistischen Betrachtungsweise Thalheimers "sind heute ebenso gültig wie am Tage ihrer Niederschrift"⁴⁾.

Nach dieser Aussage der GAP von 1950 waren die Arbeiten Thalheimers aus den ersten Nachkriegsjahren für die Gruppe das, was für die KPO die Plattform dargestellt hatte. Es ist zu fragen, in welchem Verhältnis die grundlegenden Positionen der KPO zu denen der GAP standen, vor allem, in welchen Punkten es Unterschiede gab. Die Untersuchung dieses Verhältnisses ist deshalb wichtig, weil die führenden Mitglieder der GAP fast alle vor 1933 an dem Versuch der Kommunistischen Opposition

1) KPO-Plattform, S. 8, Frage 8

2) GAP: Vorwort vom August 1950. In: Thalheimer: Potsdam, S. 6

3) GAP: Vorwort zur 2. Auflage von: August Thalheimer: Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg. O. O., 1950, S. 1. - Dieses Vorwort ist lediglich in der Auflage dieser Broschüre von 1950 enthalten und ist - im Gegensatz zum Vorwort der "Potsdam"-Broschüre - nicht in die Ausgabe aufgenommen worden, die die GAP Ende der sechziger Jahre besorgte.

4) Ebenda, S. 1

beteiligt gewesen waren, den Weg der proletarischen Revolution in Deutschland herauszuarbeiten; diejenigen, die daran nicht gestaltend mitgewirkt hatten, hatten diese Arbeit zumindest intensiv verfolgt und waren davon theoretisch und politisch geprägt worden. Die Mitglieder der KPO waren nach dem Urteil Tjadens "in der Regel durch langjährige politische Erfahrung und besondere theoretische oder praktische politische Qualifikationen ausgezeichnet" ⁵⁾; da für die KPO die "größtmögliche politische Homogenität der Gruppe eine unerläßliche Voraussetzung" ⁶⁾ für die Verwirklichung ihres politischen Zieles war, war der "Prozeß der ideologischen Integration auch derjenigen Teile der Mitgliedschaft, deren Konflikt mit der Linie des ZK der KPD durch eine eigene politisch-theoretische Konzeption nicht vermittelt gewesen war" ⁷⁾, ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der KPO. Neben intensiver Schulung stand dabei die Diskussion der Plattform im Mittelpunkt; die Arbeit an dieser politischen Grundlage der Kommunistischen Opposition begann in der KPO-Führungsgruppe schon vor 1928 und wurde dann seit Gründung der Gruppe fast 2 1/2 Jahre intensiv geführt ⁸⁾. So hieß es in der Einleitung zur Plattform: "Aus dieser Entstehungsgeschichte der Plattform geht hervor: sie ist keine der Organisation von oben aufgedrängte und unbesehen hingenommene Arbeit eines Einzelnen, sondern die gründlich durchberatene, kollektive Arbeit der gesamten Gruppe" ⁹⁾.

Man kann deshalb davon ausgehen, daß bei fast allen führenden GAP-Mitgliedern die theoretischen Grundlagen der KPO bekannt waren, und daß diese zusammen mit ihren Erfahrungen aus Widerstand und Emigration den Ausgangspunkt für die weitere Arbeit nach 1945 bildeten; diese Annahme wird auch durch den politischen Lebensweg vieler GAP-Mitglieder bestätigt ¹⁰⁾. Somit bildeten die in Teil 1. dieser Arbeit dargelegten Grundpositionen der KPO den theoretischen Hintergrund, vor dem die späteren Arbeiten Thalheimers rezipiert wurden. Für die Aufnahme der Thalheimerschen Analysen durch die ehemaligen KPO-Mit-

5) Tjaden: KPO, S. 119

6) Ebenda, S. 125 7) Ebenda

8) Vergl. ebenda, S. 125 ff

9) KPO-Plattform, S. 3

10) Vergl. auch die Kurzbiographien im Anhang

glieder ¹¹⁾ nach 1945 war es von erheblicher Bedeutung, welche Ursachen die Abweichungen der neu formulierten Position von der alten Auffassung hatten; d. h. ob sich die Differenzen der Einschätzung der Lage daraus ergaben, daß sich diese verändert hatte, oder ob die Unterschiede ihre Ursachen darin hatten, daß dieselben Tatbestände 1945 anders beurteilt wurden als 1928 - 1933. Auch die Frage, welche Probleme kommunistischer Politik in Thalheimers Untersuchungen nicht behandelt wurden, welche Gründe das hatte, und inwieweit diese Leerstellen durch einen Rückgriff auf die KPO-Plattform zu füllen waren, entschied darüber, welche Bedeutung die beiden referierten Arbeiten Thalheimers für die ehemaligen KPO-Mitglieder gewinnen konnten.

3.2. Vergleich

Geht man im Vergleich von 1945/46 aus, so zeigt sich: Im Unterschied zur Plattform der KPO steht in der Analyse von 1945 die weltpolitische Lage im Vordergrund. Die Differenzen der Analyse lassen sich in diesem Punkt auf die Veränderungen der Situation zurückführen, die hier nur mit folgenden Stichworten benannt werden soll: Niederlage der deutschen und spanischen Arbeiterbewegung, Scheitern der Volksfront in Frankreich, Entwicklung der Produktivkräfte in der UdSSR, 2. Weltkrieg, Sieg der Anti-Hitler-Koalition. Daß diese neue weltpolitische Situation einer neuen Untersuchung bedarf, ist offensichtlich, doch damit ist noch nicht geklärt, weshalb die Analyse dieses Bereichs so breiten Raum einnimmt und die zentrale Stellung erlangt, die sie in Thalheimers Schriften hat. Dafür lassen sich drei Gründe ausmachen:

- 1) die Herausbildung eines neuen Verhältnisses von Innen - und Außenpolitik;
- 2) die Verschärfung der Probleme, die sich aus dem Verhältnis eines Teils der kommunistischen Weltbewegung - der UdSSR - zum Ganzen ergeben;
- 3) die Veränderung der Lage der Arbeiterklasse in Deutschland.

11) Wenn im weiteren von "ehemaligen KPO-Mitgliedern" geschrieben wird, so sind damit diejenigen gemeint, die der KPO solange angehört hatten, wie diese Gruppe bestanden hatte; es sind also nicht die gemeint, die die KPO aus politischen Gründen verlassen hatten.

(Zu 1) Das neue Verhältnis von Innen- und Außenpolitik kennzeichnet Thalheimer 1946 als Verschmelzung ¹⁾. Der der bürgerlichen Gesellschaft innere Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital, der der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung zu Grunde liegt und dessen Wirkungen sich nicht nur in den Bereichen niederschlagen, die unter die Innenpolitik subsumiert werden, sondern sich auch in den außenpolitischen Aktionen bürgerlichen Staaten ausdrückt, hat nach dem Sieg der Oktoberrevolution auch eine äußere Ausdrucksform gefunden, indem in den kapitalistischen Weltmarkt und die dazu gehörige politische Konstellation die UdSSR als Staat mit sozialistischer Grundlage eintritt. Die Entwicklung der inneren Kräfte der UdSSR und der Verlauf und das Ergebnis des 2. Weltkriegs führen dazu, daß 1945 der Grundzug der weltpolitischen Konstellation dadurch geprägt wird, daß sich das imperialistische und das sozialistische Lager unmittelbar gegenüber stehen. Die innenpolitischen Entwicklungen in den Ländern, die entweder in der Machtsphäre der USA oder der UdSSR liegen, "zielen letzten Endes ab auf die allmähliche Verschiebung und stufenweise Veränderung des außenpolitischen Kräfteverhältnisses" ²⁾; d. h., die äußere Erscheinung des inneren Widerspruchs der bürgerlichen Gesellschaft beherrscht in der Zeit nach 1945 die Entwicklung in den einzelnen Staaten mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung. Da damit der zugrundeliegende innere Widerspruch in den einzelnen kapitalistischen Staaten nicht aufgehoben ist, wäre es falsch, den Gegensatz der beiden weltpolitischen Lager zum alleinigen Movens der weiteren Entwicklung zu machen, auch wenn zeitweilig der Augenschein dafür spricht. "Es wäre falsch zu glauben, daß damit das eigene Handeln der so beeinflussten Staaten und Völker ein für allemal ausgeschieden sei Die Strategie der herrschenden Staaten in beiden Lagern ist eines, das Eigenleben der Völker und ihr Handeln aus ihren eigenen klassenmäßigen Voraussetzungen und Bedürfnissen heraus ist ein anderes - und die

1) Vergl. Thalheimer: Weltpolitik, S. 2

2) Ebenda, S. 3

Widersprüche dieser beiden Faktoren ... sind nicht auszulassende Momente des Kräftespiels" ³⁾.

(Zu 2) So wie die neue weltpolitische Lage sich auf das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik auswirkt, schließt sie ein, daß die Stellung der UdSSR stärker geworden ist, und daß die Arbeiterbewegungen einiger Länder in den Machtbereich dieses Staates übergegangen sind, was Auswirkungen auf die Struktur der internationalen kommunistischen Bewegung haben muß. Weil diese Veränderungen ihre Wurzel in der weltpolitischen Lage haben, spricht das für deren ausführliche Untersuchung.

(Zu 3) Es war in der Weimarer Republik gewiß nicht so, daß die außenpolitische Konstellation ohne Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung geblieben wäre, doch stand damals die Arbeiterbewegung in Auseinandersetzung mit der "eigenen" Bourgeoisie. 1945 hat sich das geändert: jetzt sind es die Herrschaftsmittel der Bourgeoisien fremder Staaten, die die deutsche Arbeiterbewegung zu unterdrücken suchen. Deutschland ist besetzt, das Proletariat entwaffnet - das sind nur zwei Auswirkungen der Kräftekonstellation im Weltmaßstab; eine dritte liegt darin, daß sich die Arbeiterbewegung Deutschlands mit einer sozialistischen Besatzungsmacht konfrontiert sieht.

Die beiden zuletzt angesprochenen Punkte, die zusammen mit der Verschmelzung von Innen- und Außenpolitik bewirken, daß die Analyse der weltpolitischen Lage in Thalheimers Arbeit nach 1945 dieses Gewicht gewinnt, sind darüber hinaus auch Positionen, die eine Differenz zwischen den Auffassungen der KPO und der neueren Untersuchung kennzeichnen.

Das Verhältnis der verschiedenen Teile der kommunistischen Weltbewegung zueinander war der KPO an der Form zum Problem geworden, in der die KPdSU auf die Ausarbeitung des Weges der deutschen Revolution einzuwirken suchte. Während die KPO die Aneignung der Erfahrungen der Oktoberrevolution nur als ersten Schritt der Ausarbeitung

3) Ebenda, S. 3. Zur Verdeutlichung fährt Thalheimer fort: "Aber auch umgekehrt: Die spontanen Klassenkämpfe der Völker und Staaten im einen oder im anderen Lager können von dem allgemeinen weltpolitischen Rahmen nicht einfach absehen. Es herrscht hier die engste und vielgestaltigste Wechselwirkung". Ebenda.

der revolutionären Taktik für Deutschland verstand, dem die "Übersetzung" dieser Erfahrungen auf die spezifische Lage Deutschlands zu folgen hatte, interpretierte die Gruppe, die sich in der KPdSU in der Auseinandersetzung um den weiteren Weg der Sowjetunion durchgesetzt hatte, jeden Versuch einer solchen "Übersetzung" als Abweichung vom Kommunismus und verhinderte durch den Einsatz der Autorität der siegreichen russischen Revolution gegen diese Versuche, daß die KPD die offenen Fragen der revolutionären Taktik klärte, wobei sich dieser negative Einfluß der KPdSU nicht nur auf die KPD beschränkte. Daß die KPdSU diesen Einfluß nehmen konnte, lag im wesentlichen in der Schwäche der kommunistischen Bewegung Westeuropas begründet⁴⁾; gerade die Entwicklung der KPD, die von den Sektionen der KI noch am ehesten aus eigener Kraft entstanden war, zeigte deutlich, daß sich die Seiten der Einflußnahme der KPdSU, die die Ausarbeitung der revolutionären Taktik behinderten⁵⁾, in dem Maße durchsetzen konnten, wie die revo-

4) In einem im November 1947 verfaßten Artikel "Kominform" benennt Thalheimer als Geburtsfehler der KI: "Ferner sei bemerkt, daß die Kommunistische Internationale bereits in ihrer ersten Leninschen Periode den Geburtsfehler aufwies, der erst die zweite Stalinsche Periode möglich machte: die Tatsache nämlich, daß in ihr nur eine Partei vorhanden war, die eine siegreiche Revolution in einem großen Lande durchgeführt, die Staatsmacht erobert und festgehalten hatte, die russische, daß aber die geschichtlichen Voraussetzungen für die sozialistische Revolution in Rußland sehr verschieden waren von denen industriell entwickelter kapitalistischer Länder. Man kann das auch so ausdrücken, daß die russische kommunistische Partei die einzige reife revolutionäre Partei in dieser Internationale war - die siegreiche sozialistische Revolution und die Behauptung der Macht ist die einzig mögliche Reifeprüfung für kommunistische Parteien. Wir meinen mit diesem 'Geburtsfehler' nicht einen subjektiven Fehler, der hätte vermieden werden können oder sollen. Es war ein objektiver Fehler oder Mangel. Er mußte sich um so stärker und schärfer auswirken, je länger die sozialistische Revolution in Mittel- oder Westeuropa ausblieb, je länger die russische Revolution isoliert blieb und so mehr und mehr ihre besonderen Züge entwickelte und vertiefte". In: Arpo 3/18/6 f. Dieser Aufsatz wurde zum zweiten Todestag Thalheimers in der "Arbeiterpolitik" nachgedruckt.

5) Es ist hier nur darauf hinzuweisen, daß nicht die Einflußnahme der KPdSU auf die Politik der KPD per se zu schädlichen Resultaten führte. Erinnert sei nur an die Auseinandersetzung um die Märzaktion 1921 oder an die Ausarbeitung der Taktik der Einheitsfront; diese für die Klärung von Fragen revolutionärer Taktik in Westeuropa nützlichen Interventionen der KPdSU hatten zur Voraussetzung, daß die Intervenierenden die Erfahrungen der Oktoberrevolution richtig "übersetzten".

lutionäre Bewegung in Deutschland seit 1923 zurückging.

Zwar gewannen die Kräfte innerhalb der KPD mit Unterstützung der KPdSU und der KI die Oberhand, die meinten, die Erfahrungen der russischen Revolution ohne die von Thalheimer im Anschluß an Lenin geforderten "Übersetzungen" zum Weg der Revolution in Deutschland auswerten zu können, doch dieser "Erfolg" der Politik der KPdSU verbaute der kommunistischen Bewegung in Deutschland die Möglichkeit, die tatsächlich vorhandenen Klassenkräfte und ihre Entwicklung zu analysieren, so daß die Krise der Jahre 1929 und folgende nicht in die proletarische Revolution einmündete, sondern mit dem Sieg des Faschismus und der vernichtenden Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung ihre konterrevolutionäre Lösung fand. Die seit 1934 vollzogene Schwenkung der Politik der kommunistischen Parteien Westeuropas hin zur Volksfrontpolitik führte zur - erst "nur" praktischen und dann auch theoretischen - Aufgabe kommunistischer Grundsätze, was die kommunistischen Parteien dieser Länder weiter schwächte und die Tendenz in diesen Parteien bestärkte, die durch eigene politische Arbeit nicht zu erlangende revolutionäre Identität durch bedingungslose Unterordnung unter die Politik der UdSSR zu gewinnen, wodurch sich diese Parteien selbst zum Anhängsel dieser Politik degradierten. Nachdem die Volksfrontpolitik gescheitert war, gab es außerhalb der UdSSR nur ⁶⁾ Parteien, die sich zwar subjektiv an der UdSSR orientierten, die aber an den Aufgaben des Klassenkampfes im eigenen Lande gescheitert waren und dabei waren, die kommunistischen Grundsätze aufzugeben.

Als in dieser Situation die Differenzen zwischen den beiden kapitalistischen Blöcken zum 2. Weltkrieg führten, in den die UdSSR dann hineingezogen wurde, gab es zwei Faktoren, die einem denkbaren Versuch der Sowjetunion entgegengestanden hätten, diesen Krieg als revolutionären Krieg zu führen: die Schwäche der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Metropolpolen und die Stärke, die die imperialistischen Lager zusammen entwickeln konnten, wenn sie sich auf Kosten der UdSSR geeinigt hätten. War der erste Faktor auch Resultat der Politik der KPdSU

noch 5) Nur in diesem Falle konnte der Einsatz der Autorität der russischen Revolution für die Arbeiterbewegung Westeuropas hilfreich sein.

6) Die Entwicklung in China, die gerade gegenläufig verlief, spielte bis 1947/48 für die KPO bzw. die GAP keine Rolle und kann deshalb hier vernachlässigt werden.

innerhalb der KI, so ging der zweite nur sehr vermittelt auf diese Politik zurück in dem Sinne, als ein Sieg der proletarischen Revolution in einem der Länder der beiden imperialistischen Lager das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Sowjetunion verschoben hätte. Dem hatte die Politik der UdSSR entgegengestanden, ohne aber die tatsächliche Ursache für die Niederlage der dortigen Arbeiterbewegung zu sein. War die militärische Zwangslage der UdSSR kurzfristig nicht aufhebbar und in diesem Sinne der Kompromiß der Anti-Hitler-Koalition gerechtfertigt, so ergab sich daraus keine Begründung dafür, die kommunistische Weltbewegung in diesen Kompromiß einzubeziehen, wie es für die Stalin'sche Methode sozialistischer Ausdehnung kennzeichnend war.

Verschärfte die Entwicklung nach 1933 zunächst die politische Abhängigkeit der kommunistischen Parteien außerhalb der UdSSR von der KPdSU, weil die außerrussischen Parteien relativ noch schwächer wurden und sich zum großen Teil selbst zu einem Faktor sowjetischer Außenpolitik herabsetzten, was mit einem theoretischen und praktischen Verlust der kommunistischen Grundsätze einherging, so bekam die Verfassung der kommunistischen Weltbewegung eine neue Dimension, als das sozialistische Ausdehnungsstreben mit den Stalin'schen Methoden wirksam wurde.

Dort, wo die UdSSR als Befreier in der Form des Eroberers auftrat, setzte sie nicht nur die ihr verbundenen Parteien als Erfüllungsgehilfen ihrer Politik ein, sondern hatte die tatsächliche Macht – und nicht nur die ideologisch-politischen und auch finanziellen Einflußmöglichkeiten –, die ganze Arbeiterklasse des befreiten und eroberten Landes ihrer Politik unterzuordnen, zunächst zur Durchsetzung der Kompromisse der Anti-Hitler-Koalition und später zur Errichtung von Protektorat mit sozialistischer Wirtschaftsordnung.

Die Widersprüche zwischen der empirischen Politik der KPdSU und UdSSR und den Interessen der verschiedenen außerrussischen kommunistischen Parteien und dem Gesamtinteresse der internationalen kommunistischen Bewegung waren nach Auffassung der KPO nur auf einer höheren Ebene aufzuheben, die mit dem Sieg der proletarischen Revolution in weiteren Ländern, vor allem in den Metropolen des Kapitalismus,

erreicht werden konnte. Wenn es auch nicht ausgeschlossen wurde, daß die KPdSU qua theoretischer Einsicht die Fehler ihrer Politik gegenüber den anderen kommunistischen Parteien überwinden könnte, orientierte die KPO darauf, unbeschadet der Einschätzung der UdSSR als die eines Staates mit sozialistischer Grundlage auch gegen die subjektiven Vorstellungen der KPdSU den Weg der proletarischen Revolution für Deutschland und andere entwickelte kapitalistische Länder herauszuarbeiten und selbständig zu gehen, wobei auf die Unterstützung der siegreichen Revolution durch die UdSSR gerechnet wird: "... Das Bestehen der Sowjetunion (bedeutet d. V.) für die Durchführung der proletarischen Revolution in Deutschland ... eine mächtige Hilfe. Sie bedeutet aber nicht, daß die revolutionäre Aktion der deutschen Arbeiterklasse durch die der Sowjetunion ersetzt werden kann. Die proletarische Revolution in Deutschland wird nur siegen können, wenn die deutsche Arbeiterklasse imstande sein wird, die eigene Bourgeoisie aus eigener Kraft zu schlagen" ⁷⁾.

1945 steht die Rote Armee an der Elbe, ohne daß die deutschen Arbeiter die inländische Bourgeoisie geschlagen haben, d. h. die "unerläßliche Voraussetzung, damit die Hilfe der Sowjetunion für die proletarische Revolution in Deutschland wirksam werden kann" ⁸⁾, fehlt. Diese bereits höchst schwierige Situation wird noch dadurch verschärft, daß die UdSSR die Kompromiß-Formeln der Anti-Hitler-Koalition, das Potsdamer Abkommen, durchsetzen will; dieses Abkommen ist aber eine Fessel für jede selbständige Aktivität der deutschen Arbeiterklasse. Mehr noch: die Bestimmungen dieses Vertrages richten sich gegen die Lebensinteressen der Werktätigen in Deutschland, was zur Folge hat, daß sich der Kampf für diese Interessen gegen die Besatzungsmächte – auch gegen die UdSSR – richten muß. Zugespitzt heißt das, daß sich die deutsche Arbeiterbewegung praktisch gegen die aktuelle Politik der UdSSR wenden muß, um die höhere Ebene erreichen zu können, auf der später der Ausgleich der Interessen der verschiedenen Kolonnen der proletarischen Weltrevolution erreicht werden kann.

7) KPO-Plattform, S. 31, Frage 76

8) Ebenda

Diese Situation bringt zwei weitere Probleme mit sich: einmal besteht die Gefahr, daß die Kritiker an den Stalin'schen Methoden sozialistischer Ausdehnungspolitik an die Seite derer geraten, die nicht die Stalin'schen Methoden ablehnen, sondern im Grunde die sozialistische Ausdehnungspolitik bekämpfen; deshalb muß die Abgrenzung der von Thalheimer formulierten - revolutionären - Kritik an der Politik der UdSSR von der bürgerlich-konterrevolutionären Kritik dieser Politik stets klar herausgearbeitet werden. Die Konsequenz der Kritik, wie Thalheimer sie formuliert, ist die Arbeit für die sozialistische Revolution in Deutschland, und von daher ist ein Bündnis mit der deutschen Bourgeoisie, die gewiß auch Kritik am Potsdamer Abkommen hervorzu-⁹⁾ bringen hat, für Thalheimer ausgeschlossen. Eine zweite Gefahr der Kritik an den Stalin'schen Methoden sozialistischer Ausdehnungspolitik erwächst aus der Möglichkeit, daß aus den Erscheinungen dieser Politik der Fehlschluß "Sowjet-Imperialismus" gezogen wird; mit dieser Ideologie setzt sich Thalheimer ausführlich in seiner Arbeit zur weltpolitischen Lage auseinander¹⁰⁾. Daß Thalheimer und später die GAP die Gefahr sehen, daß die Fehler der Politik der UdSSR nicht auf die realen Ursachen zurückgeführt werden, sondern darauf, daß die UdSSR ein bürgerlicher Staat sei, äußert sich darin, daß die Untersuchung der Entwicklung der UdSSR breiten Raum in der weiteren theoretischen Arbeit einnimmt¹¹⁾. Die beiden genannten Probleme bestanden zwar latent bereits für die KPO, doch sie sind durch die Nachkriegssituation zugespitzt worden.

Während die Entwicklung der Politik der UdSSR eine neue Einschätzung notwendig macht, sind die Konsequenzen aus einem anderen Aspekt der Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung bereits vor dem 2. Weltkrieg gezogen worden. Verstand sich die KPO der Weimarer Republik als organisierte Strömung innerhalb und außerhalb des organisatorischen Rahmens der KPD und damit der KI, so muß diese Position nach der Degeneration der Sektionen der KI im Zuge der Volksfrontpolitik aufgegeben werden. Im Grunde waren die außerrussischen Sektionen der KI für

9) Vergl. Thalheimer: Potsdam, S. 31.

10) Vergl. Thalheimer: Weltpolitik, S. 11 ff.

11) Vergl. Teil 7.3. dieser Arbeit.

die KPO keine kommunistischen Parteien mehr, weil sie die Grundsätze des Kommunismus aufgegeben hatten¹²⁾; den für die KPO zentralen Grundsatz - Diktatur des Proletariats - hielten diese Parteien nur noch durch ihr Bekenntnis zur Sowjetunion ein¹³⁾, und dadurch unterschieden sie sich für die KPO von sozialdemokratischen Parteien. Zwar hat die KPO und später die GAP diese Parteien jeweils mit ihrem Eigennamen bezeichnet - sie spricht von der KPD oder der KPF - , doch sie sehen in ihnen inhaltlich keine kommunistischen Organisationen mehr¹⁴⁾.

Diese Degeneration der außerrussischen Sektionen der KI hat sich auch in Deutschland vollzogen, auch hier führte "eine falsche Taktik, d. h. die Anwendung von ungeeigneten Mitteln ... (zur Verwirklichung der kommunistischen Grundsätze d. V.) ... auf die Dauer zur Preisgabe ... (dieser d. V.) ... Grundsätze ... "¹⁵⁾, wie es die KPO in ihrer Plattform befürchtet hatte. Wenn es in der "Potsdam"-Broschüre heißt, daß in Deutschland nur solche Parteien zugelassen wurden, die "den Interessen der Besatzungsmächte dienen"¹⁶⁾, so macht das deutlich, wie Thalheimer die Nachkriegs-KPD einschätzt, nämlich als "Werkzeug und Sprachrohr der Besatzungsbehörden"¹⁷⁾.

Die Lage in der deutschen Arbeiterbewegung unterscheidet sich aber 1945 nicht nur durch die Rückentwicklung der KPD von der in der Weimarer Republik, auch die Gewerkschaften sind 1945 andere als vor dem Sieg des Faschismus. Für die KPO waren auch die "von Reformisten und

12) Vergl. Teil 1. dieser Arbeit

13) So schreibt Thalheimer im April 1936, nachdem er die Aufgabe des Kampfzieles der Diktatur des Proletariats, wie sie sich in der von der KI im Rahmen der Volksfrontpolitik formulierten Alternative "bürgerliche Demokratie oder Faschismus" ausdrückt, kritisiert hat: "Das Gute ist nur, daß die Führung der KI durch die Existenz der SU immer wieder mit der Nase auf die Aktualität der proletarischen Diktatur gestoßen wird". Volksfrontpolitik, S. 9

14) So schreibt Thalheimer über die Haltung der Sektionen der KI in der Zeit der Volksfrontpolitik zur Diktatur des Proletariats, daß diese Parteien die Positionen Kautskys, Bernsteins und Hilferdings zu dieser Frage vertreten, also die alten reformistischen und zentristischen Argumente: "Neu ist heute nur die Form: daß es heute kommunistische Parteien oder Richtungen sind, die den reformistischen oder zentristischen Standpunkt in dieser Frage vertreten oder anders gesagt, daß der Reformismus jetzt im kommunistischen Gewand auftritt". Volksfrontpolitik, S. 23

15) KPO-Plattform, S. 5, Frage 1 16) Thalheimer: Potsdam, S. 22

17) Ebenda, S. 31

offenen Konterrevolutionären geführten Gewerkschaften die geschichtlich gewordenen Organisationen ..., in denen die breitesten Massen des Proletariats zur Verteidigung ihrer elementarsten Lebensinteressen zusammengefaßt sind" ¹⁸⁾, auch wenn die Gewerkschaftsführungen bestrebt waren, die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu verteidigen ¹⁹⁾. Die von den Alliierten zugelassenen Gewerkschaften sind Hilfstruppen der Besatzungsmächte und in dieser Funktion unfähig, auch nur die elementarsten Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten ²⁰⁾. Diese Organisationen sind nicht - wie die der Weimarer Republik - der Ausdruck des Willens ihrer Mitglieder, ihre Interesse zu vertreten oder vertreten zu lassen. Mit welchen reformistischen Illusionen dieser Wille in der Weimarer Republik auch immer verbunden gewesen sein mag, so bildete er doch den Inhalt dieser Organisationen, dem auch die Führung entsprach, die innerhalb der bürgerlichen Ordnung für die Interessen ihrer Mitglieder eintrat. Die Gewerkschaften der Weimarer Zeit waren Ausdruck der deutschen Arbeiterbewegung - die nach 1945 entstehenden Organisationen werden nur so weit zugelassen, wie sie sich den Interessen der Besatzungsmächte unterordnen, d. h. die neuen Gewerkschaften müssen mit den Alliierten die Interessen der deutschen Arbeiter mit Füßen treten.

Thalheimer sieht also einen völligen Bruch zwischen den 1933 geschlagenen Organisationen der Arbeiterbewegung und den Organisationen, die nach 1945 unter den alten Namen wieder auftreten, weil die neuen Organisationen nicht Ausdruck der Arbeiterbewegung sind, sondern nur den Versuch der Alliierten wiedergeben, den geplanten Sklavendienst der Deutschen kollektiv ausführen zu lassen ²¹⁾. Die Ursache für diese Einschätzung dessen, was sich an Inhalt hinter den alten Namen sammelt, liegt in der Lage Deutschlands als Besatzungsgebiet, die eine neue Untersuchung dieser Organisationen verlangt, denn die 1945 vorhandenen Bedingungen sind von denen der Weimarer Republik deutlich unterschieden. Angelpunkt der Thalheimerschen Analyse der Parteien, speziell der KPD, und der Gewerkschaften ist die Funktion, die diese Organisationen nach dem Potsdamer Abkommen haben sollen: es muß sich noch erweisen,

18) KPO-Plattform, S. 58, Frage 158

19) Vergl. ebenda, S. 57, Frage 154 und 155

20) Vergl. Thalheimer: Potsdam, S. 22

21) Vergl. ebenda

ob die Absichten dieses Abkommens verwirklicht werden oder nicht. Darüber kann die Analyse Thalheimers nichts aussagen, sie kann lediglich den Ausgangspunkt der weiteren Entwicklung erfassen, die stark davon bestimmt sein wird, wieweit die deutsche Arbeiterklasse in der Lage sein wird, ihre Objektrolle zu verlassen.

Thalheimer nennt drei Punkte, die die Lage 1945 von der von 1933 unterscheiden: 1. Die Veränderung des Verhältnisses von Innen- und Außenpolitik, wobei sich die Bedeutung der weltpolitischen Konstellation erhöht hat. 2. Die direkten Auswirkungen der Stalin'schen Methoden sozialistischen Ausdehnungsbestrebens auf die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland und auf den Weg der proletarischen Revolution in Deutschland. 3. Die neuen Organisationen, die die alten Namen aus der deutschen Arbeiterbewegung führen, sind Ausdruck der Absichten der Alliierten, keine Organisationen, die die Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen können.

Weil die den beiden ersten Punkten zugrundeliegende Veränderung der Lage im Besatzungsdeutschland erfahrbar ist, ist die neue vorgenommene Einschätzung, die sich von den alten Positionen der KPO unterscheidet, für die ehemaligen KPO-Mitglieder in diesen Punkten leichter zu rezipieren und zu überprüfen als der dritte Punkt; hier besteht vielmehr die Möglichkeit, daß die in der praktischen Arbeit in Deutschland gewonnenen Erfahrungen und Einsichten anders lauten als die Resultate, die Thalheimer durch Untersuchung der alliierten Absichten gewonnen hat ²²⁾.

Wie gezeigt wurde stützt sich Thalheimer beim genannten dritten Punkt auf die Analyse der im Potsdamer Abkommen niedergeschriebenen Vorstellungen der Alliierten; damit ist bereits eine entscheidende Leerstelle dieser Analyse bezeichnet: zwar werden die objektive Lage in Deutschland, die Absichten der Alliierten und die Tendenzen zur Auflösung der Potsdamer Kompromißformeln untersucht und benannt, eine Einschätzung der subjektiven Klassenkräfte in Deutschland fehlt jedoch ²³⁾.

22) Vergl. dazu die weiteren Teile dieser Arbeit

23) Nur an einer Stelle geht Thalheimer auf die aktuelle Lage der Arbeiterbewegung in Deutschland ein, wenn er schreibt: "Das sogenannte 'Buchenwald-Manifest', angenommen von Sozialdemokraten und Kommunisten, beweist vor allem, daß die deutsche Arbeiterklasse im ganzen

Ausdruck dieses Mangels ist es, daß politisch umgesetzte Richtlinien, wie sie die Plattform der KPO enthielt, in den unmittelbar nach 1945 entstandenen Schriften Thalheimers fehlen, von einer Ausnahme abgesehen. Nach der Analyse der Pläne der Alliierten kann er angeben, daß sich kein Revolutionär zur Verwirklichung dieser Pläne hergeben darf. Eine genauere Bestimmung der praktisch anzugehenden Schritte in Deutschland ist unter Absehung von den subjektiven Klassenkräften nicht zu leisten, diese muß denen überlassen bleiben, die die Kräfte kennen und auch empirisch, nicht nur gedanklich, Teil dieser Kräfte sind.

Diese Lücke in der Analyse ist dem Umstand geschuldet, daß Thalheimer seit 1933 in der Emigration leben mußte; seit 1941 hielt er sich auf Kuba auf, wo er 1948 starb, da ihm nach 1945 die Rückkehr nach Deutschland verwehrt wurde. In dieser Situation sind Thalheimer nur wenige Möglichkeiten gegeben, Informationen über die aktuellen Klassenkräfte in Deutschland zu erlangen, weshalb er sich auf die Untersuchung der Fragen beschränken muß, die sich aus der weltpolitischen Konstellation und ihrer brennpunktartigen Zusammenfassung in Deutschland ergeben. Auf Grund dieser Eingegrenztheit kann diese Analyse "nur" eine Vorstufe für eine neue politische Plattform sein, nicht diese Plattform selbst.

Durch die oben gekennzeichnete Lücke werden die Analysen Thalheimers nicht obsolet; es ist zu fragen, ob die ehemaligen KPO-Mitglieder, für die diese Untersuchungen bestimmt sind, bestimmte theoretische Positionen, die in der Zeit der Weimarer Republik erarbeitet wurden, zur Bestimmung der politischen Linie nach der Einschätzung der subjektiven Kräfte der deutschen Arbeiterklasse heranziehen können. Es ist oben versucht worden ²⁴⁾, aus der Plattform der KPO die Position herauszuarbeiten, die über die Weimarer Republik hinaus Bedeutung hat. Die dort allgemein dargelegte Taktik kann als Orientierung bei der Lösung der politischen Aufgaben vor 1945 dienen; allerdings ist zu beachten,

noch 23) reif dafür (d. h. für den Kampf um die Diktatur des Proletariats d. V.) ist, und daß die Spaltung, die die deutsche Arbeiterklasse in Kommunismus und Sozialdemokratie teilte, im Bewußtsein der arbeitenden Massen durch die eigene Macht der Tatsachen überwunden ist".

Thalheimer: Potsdam, S. 26

24) Vergl. Teil 1. dieser Arbeit

daß die KPO bei ihrer Ausarbeitung von der Existenz einer kommunistischen Partei in Deutschland ausging. Ob diese Voraussetzung 1945 noch erfüllt ist, muß sich erst noch erweisen. Thalheimer geht davon aus, daß selbst die mangelhafte Form der kommunistischen Partei, wie sie die KPD seit 1928 darstellte – die sich dadurch auszeichnete, daß sie sich nur die Grundsätze des Kommunismus angeeignet hatte, ohne in der Lage zu sein, diese zur Ausarbeitung des Weges der deutschen Revolution auf die gegebenen Verhältnisse anwenden zu können – nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr besteht. Somit stehen die Kader der KPO nach 1945 vor einer neuen Aufgabe, nämlich zur Schaffung einer kommunistischen Partei in Deutschland beizutragen.

Ein noch wichtigerer Ausgangspunkt als die Existenz der kommunistischen Partei war für die taktische Linie der KPO, daß die Arbeiter – auch die reformistischen – bereit waren, für ihre Tagesinteressen einzutreten; das war die Grundlage für die Kommunisten, einzugreifen und zu helfen, die subjektiven Voraussetzungen für weitergehende Schritte – über die Tagesforderungen hinaus – zu entwickeln. Wenn nach 1945 in bedeutenden Teilen der Arbeiterklasse die Bereitschaft vorhanden ist, kollektiv für ihre Interessen – wenn auch zunächst lediglich für die nächstliegenden – einzutreten, ist die Herausbildung einer Organisation der Kommunisten außerhalb der von den Besatzungsmächten zugelassenen Parteien ein relativ leicht zu lösendes Problem, weil die Kämpfe der Arbeiter dann schnell mit den aufgepreßten Formen der politischen Betätigung in Konflikt geraten werden; diejenigen, die in den Auseinandersetzungen um Tagesinteressen die Erfahrung des Inhalts alliierter Besatzungspolitik machen, bilden dann die Basis für die Herausbildung der kommunistischen Partei.

Ob die KPD nach 1945 noch die Grundsätze des Kommunismus vertritt oder nicht, ist von geringerer Bedeutung als die Frage, ob eine Bewegung unter den Arbeitern hervortreten wird, die die eigenen Interessen nicht durch die alliierte Politik begrenzen läßt. Hat die Aktivität von Teilen der Arbeiterklasse Inhalte hervorgebracht, die über die bürgerliche Gesellschaft hinausweisen, so ist die Herausbildung der entsprechenden Form – in der Weimarer Republik die der kommunistischen Partei – zwar noch eine Aufgabe, aber die Elemente der Lösung sind bereits

vorhanden. Ist die kommunistische Partei in diesem Sinne Ausdruck einer bestimmten Entwicklungsstufe der Bewegung der Arbeiterklasse, so heißt das eben nicht, daß die formelle Wiedererrichtung dieses organisatorischen Ausdrucks – also der KPD – die sich früher darin ausdrückenden Kräfte hervorbringt.

Für die KPO war "die Schaffung einer selbständigen kommunistischen Parteiorganisation ... die erste, unerläßliche und nicht mehr rückgängig zu machende Voraussetzung" ²⁵⁾ für die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus. Dem entsprach, daß ein Teil der organisierten Arbeiter – war es auch die Minderheit – bereits dafür gewonnen war; je nachdem, ob mit der Organisation auch die kommunistische Strömung in der Arbeiterklasse verschwunden ist oder nicht, bestimmen sich die Aufgaben der Kommunisten nach 1945 unterschiedlich: entweder Schaffung einer neuen organisatorischen Form für eine vorhandene Strömung, oder Arbeit zur Herausbildung einer solchen Strömung. Die oben angeführte Position, daß die kommunistische Partei die Voraussetzung für den weiteren Fortschritt der Arbeiterbewegung hin zum Kommunismus ist, bezieht sich auf die Situation in der Weimarer Republik und wendet sich gegen die Vorstellung, daß die Konsequenz der Einheitsfronttaktik die Verschmelzung der kommunistischen Organisation mit zentristischen oder reformistischen Organisationen sei; wenn sich 1945 zeigt, daß die Existenz einer selbständigen kommunistischen Partei doch rückgängig gemacht worden ist, so ist es absurd, etwas nicht mehr bestehendes zur Voraussetzung der eigenen Arbeit zu machen. Kann man sagen, daß der allgemeinen Auffassung der KPO von der Entwicklung der proletarischen Revolution ein bestimmter Entwicklungsstand der proletarischen Bewegung zu Grunde liegt, so ergibt sich für den Fall, daß dieser Stand unterschritten ist, daß diese allgemeine Auffassung auf den neuen – niedrigeren – Stand der Bewegung anzuwenden ist. An einem Beispiel verdeutlicht: konnte man in der Weimarer Republik in einem Streikkampf noch mit Übergangslosungen eingreifen, um – je nach Stand der objektiven Entwicklung – durch Propaganda oder praktisches Weibertreiben des Kampfes einen Schritt zur Gewinnung der betroffenen Arbeiter zu machen, so stehen die einzelnen kommunistischen Kader

25) KPO-Plattform, S. 36 f, Frage 96. Hervorhebung durch d. V.

bei schwächer entwickelter Bewegung bestenfalls vor der Aufgabe, die Vorhut der am Streik beteiligten Arbeiter für den Kommunismus zu gewinnen, wenn sie sich nicht gar darauf beschränken müssen, sich überhaupt unter den Arbeitern zu behaupten und sich nicht zu isolieren.

Durch eine – mögliche – Veränderung der Entwicklung der Arbeiterbewegung sind also die von der KPO gewonnenen Erkenntnisse über kommunistische Taktik nicht hinfällig geworden; diese Erkenntnisse können – auf die aktuell vorhandenen Bedingungen angewandt – eine Hilfe für die ehemaligen KPO-Mitglieder sein, die sich 1945 zu orientieren suchen. In diesem Sinne setzen die allgemeinen theoretischen Positionen der KPO genau in der Lücke an, die Thalheimer in seinen Nachkriegsanalysen lassen mußte; allerdings sind die überlieferten Erkenntnisse über kommunistische Taktik noch nicht die konkrete politische Linie selbst, sondern nur Hilfsmittel zu ihrer Erarbeitung.

4. Die Sammlung der Gruppe Arbeiterpolitik von 1945 bis zum Herbst 1948

4.1. Die Ausgangsposition 1945

Nach der Illegalisierung der KPO bildete sich die Organisation 1933 entsprechend der neuen Lage um, was – da die KPO von dieser Entwicklung nicht überrascht war – in systematischer Form vorsich ging. Die Reichsleitung der KPO wählte eine Inlandsleitung – das Berliner Komitee – und das Auslandskomitee, die zusammen die weitere Arbeit leiteten ¹⁾. Das Berliner Komitee bestand bis 1945 ²⁾, mußte allerdings – bedingt durch Verhaftungen – einige Male umgebildet werden, doch konnte es zumindest bis zum Kriegsausbruch die Arbeit der KPO in Deutschland leiten. Das Auslandskomitee hatte seinen Sitz in Paris und bestand aus drei Personen, nämlich Brandler, Leo und Thalheimer ³⁾; die Wirksamkeit des Auslandskomitees wurde durch den Kriegsausbruch praktisch beendet, zumal Brandler und Thalheimer 1941 nach Kuba emigrieren mußten. Eine lose Verbindung zwischen Brandler und Thalheimer und der KPO in Deutschland bestand über die Emigrationsgruppe in Schweden, zu der u. a. Theodor Bergmann und Richard Janus zählten ⁴⁾.

Die große Geschlossenheit der KPO machte es ihr lange möglich, in Deutschland illegal weiterzuarbeiten, wenn auch die Verbindungen zwischen den örtlichen Gruppen lockerer wurden. Aber auch auf sich ge-

1) Vergl. Tjaden: KPO, S. 317

2) Dem Berliner Komitee gehörten im Laufe der Jahre u. a. an: Karl Braeuning, Erich Hausen, Werner Müller, Robert Siewert, Hans Tittel, Walter Uhlmann und Fritz Wiest. Vergl. ebenda, S. 317 und 324.

3) Vergl. ebenda, S. 317 und 325 ff. Von den leitenden Mitgliedern des Berliner Komitees und des Auslandskomitees trennten sich Braeuning, Hausen, Leo und Tittel 1938 von der KPO, als es im Auslandskomitee und der Pariser KPO-Gruppe politische Differenzen gab. – Siewert wurde verhaftet und erlebte das Kriegsende im KZ Buchenwald; Uhlmann wurde zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, Wiest konnte sich seiner Verhaftung durch Emigration nach Schweden entziehen.

4) Vergl. Interview mit Theodor Bergmann am 2. 11. 1973, S. 1; im folgenden zitiert als: Th. Bergmann I. Mitteilung von Heinz Scholz vom 17. 1. 1975, S. 1; im folgenden zitiert als: Scholz. Interview mit einem Mitglied der Gruppe Arbeiterpolitik am 18. 1. 1975, S. 1; im folgenden zitiert als: Interview vom 18. 1. 1975. – Die Gruppe in Schweden sammelte auch Geld zur Unterstützung von Brandler und Thalheimer; vergl. Interview vom 18. 1. 1975, S. 2.

stellt waren die Gruppen in der Lage weiterzuarbeiten; ein Beispiel dafür war die Widerstandstätigkeit, die Otto Engert 1943/44 zusammen mit dem ehemaligen KPD-Reichstagsabgeordneten Georg Schumann in Leipzig aufnahm⁵⁾. Die Widerstandsaktivität der KPO kann hier nicht näher untersucht werden, weshalb es auch nicht möglich ist, den Zustand der Organisation bei Kriegsende genauer zu fassen⁶⁾. Aus diesem Grunde kann auch nicht gesagt werden, wieviele überlebende KPO-Mitglieder es 1945 noch in den drei Westzonen gab; für 1933 kann die Zahl der KPO-Mitglieder in diesem Gebiet mit etwa 1 200 geschätzt werden, davon fast ein Drittel rund um Stuttgart⁷⁾.

4.2. Die ersten örtlichen Aktivitäten ehemaliger KPO-Mitglieder an den Beispielen Stuttgart und Salzgitter

Da eine geschlossene KPO-Organisation bei Kriegsende nicht mehr bestand, vollzog sich die Wiederaufnahme bzw. Fortsetzung der politischen Arbeit durch die ehemaligen KPO-Mitglieder an den verschiedenen Orten voneinander unabhängig; dies soll an zwei Beispielen veranschaulicht werden, und zwar an Hand der Entwicklung in Stuttgart und in Salzgitter.

4.2.1. Die Herausbildung der Gruppe Arbeiterpolitik in Stuttgart

Vor dem Sieg des Faschismus gehörten Stuttgart und Umgebung¹⁾ zu den

5) Vergl. Tjaden: KPO, S. 325; Weber II, S. 110 f. Eine ausführlichere Darstellung findet sich in Arpo-Briefe 16/1/16 ff. Zur Gruppe Schumann-Engert gehörte auch Alfred Schmidt; vergl. Weber II, S. 278 f, und die Kurzbiographie Alfred Schmidt im Anhang.

6) Über die Widerstandstätigkeit der KPO ist eine Dissertation von Gerlinde Griepenburg, Hannover, in Arbeit.

7) Diese Schätzung beruht auf Angaben bei Tjaden: KPO, S. 119 ff und S. 293, und bei Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Band I. Frankfurt am Main 1969, S. 382; im folgenden zitiert als Weber I. Für die Entwicklung der GAP war es von Bedeutung, daß Thüringen, wo die KPO absolut und im Verhältnis zur KPD am stärksten gewesen war und wo sie am ehesten eine Massenbasis gehabt hatte, nach 1945 zur Besatzungszone der UdSSR gehörte. Thüringen stellte fast ein Drittel der gesamten KPO-Mitglieder.

1) Die KPO verfügte in Württemberg außer in Stuttgart und Feuerbach noch über Gruppen in Backnang, Böblingen, Eßlingen, Fellbach, Geislingen, Göppingen, Ludwigsburg, Nürtingen, Reutlingen, Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Hall, Schwenningen, Sindelfingen, Trossingen, Ulm und

Gebieten, in denen die KPO relativ stark vertreten gewesen war. Die von H. Weber genannte Zahl von 400 Mitgliedern der KPO für Württemberg ²⁾ erscheint zwar im Vergleich zu den Angaben bei Tjaden ³⁾ etwas überhöht, dürfte aber in etwa erreicht werden, wenn man die Stuttgarter Gruppe der KJO ⁴⁾ hinzunimmt. In Stuttgart erschien die KPO-Wochenzeitung "Arbeitertribüne" ⁵⁾. Der Einfluß der KPO zeigte sich darin, daß sie in den Gewerkschaften wichtige Positionen erobern konnte; so wurde die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) in Stuttgart mehrheitlich von der KPO gestellt. In Feuerbach bei Stuttgart waren sowohl die DMV-Ortsverwaltung als auch die des Schuhmacherverbandes in der Hand der KPO ⁶⁾. Zu den nationalen Kongressen des DMV, des Schuhmacherverbandes und des ADGB konnten jeweils KPO-Angehörige delegiert werden ⁷⁾. Auch in den Betriebsräten, so bei Bosch ⁸⁾ war die KPO vertreten. Nach dem Urteil Otto Burkhardts ⁹⁾ gab es "innerhalb des Stuttgarter Stadtbezirks verschiedene Gruppen (der KPO d. V.), deren politischer Einfluß in der Arbeiterbewegung zur Kenntnis genommen werden mußte" ¹⁰⁾.

Der relativen Stärke der KPO vor 1933 in Stuttgart entsprach eine intensive und umfängliche Widerstandstätigkeit, die erst nach zwei Verhaftungs-

2) Vergl. Weber I, S. 382

3) Vergl. Tjaden: KPO, S. 120 f

4) Der Kommunistische Jugend-Verband Deutschlands (Opposition) war die Jugendorganisation der KPO; die Gruppe der Kommunistischen Jugend-Opposition in Stuttgart gehörte zu den wichtigsten Gruppen. Vergl. Tjaden: KPO, S. 144, Fußnote 173.

5) Vergl. ebenda, S. 136 ff; Burkhardt I, S. 1

6) Vergl. Tjaden: KPO, S. 226 f und 307. Nach Burkhardt I, S. 1, waren KPO-Mitglieder auch in den Ortsverwaltungen der Gewerkschaften für die Bereiche Holz, Druck und Papier, Nahrungsmittel und Öffentlicher Dienst vertreten.

7) Vergl. Tjaden: KPO, S. 226 f und 307.

8) Vergl. Eberle: Bosch, S. 141; vergl. auch Tjaden: KPO, S. 226

9) Vergl. die Kurzbiographie Otto Burkhardt im Anhang

10) Burkhardt I, S. 1; vergl. auch Tjaden: KPO, S. 313 ff.

noch 1) Waiblingen. Vergl. Mitteilung von Otto Burkhardt vom 31.1.1975, S. 1. Im folgenden zitiert als: Burkhardt I. Vergl. auch Fichter: Bosch, S. 13.

wellen 1934 und 1937 zurückging¹¹⁾. Verschiedene KPO-Mitglieder kamen ins KZ¹²⁾, andere mußten emigrieren¹³⁾.

Mit Kriegsende nahmen die Mitglieder der ehemaligen KPO die politische Arbeit wieder auf, doch "haben sich die KPO-Genossen nicht sofort wieder zusammengeschlossen. Sie fanden sich wieder in den neu entstandenen Arbeiterorganisationen (TV Naturfreunde, Württembergischer Arbeitersängerbund, Gewerkschaften).."¹⁴⁾. Viele schlossen sich zunächst politisch der KPD an, so Ludwig Becker, Willi Bleicher und Leo Krauss¹⁵⁾. Nach Angaben Eugen Eberles¹⁶⁾ waren nach 1945 "alle ... oppositionellen Kommunisten Mitglied der KPD"¹⁷⁾ geworden. Fichter geht - ohne Beleg - davon aus, daß nach der Wendung der KPD von 1935 "KPD und KPO nicht nur in Württemberg in der Illegalität

11) Vergl. ebenda, S. 321 ff; Burkhardt schildert die Entwicklung in Stuttgart so: "Für die KPO-Genossen war es eine Selbstverständlichkeit, ihre politische Arbeit illegal fortzuführen. Zusammen mit den kurz vor 1933 zur KJO gestoßenen jungen SAP-Mitgliedern wurden Fünfer-Gruppen gebildet, die politische Druckschriften herstellten und verteilten, Parolen an Hauswände schrieben und Kontakt zu anderen illegalen Jugendgruppen aufnahmen. Es wurden auch Geldsammlungen zur Unterstützung der Angehörigen verhafteter Genossen gemacht. Von Stuttgart aus wurden die Genossen in den Städten Württembergs mit der Zeitung 'Gegen den Strom' versorgt. Die Verbindung und Diskussion wurde aufrechterhalten bei Wanderungen und Versammlungen in den Wäldern Stuttgarts, wobei die politische Schulung fortgesetzt wurde.... Die Verhaftungen durch die GESTAPO setzten rasch ein. Max Hammer konnte sich durch Untertauchen einige Zeit der Verhaftung entziehen; die Genossen Hausen und Janus emigrierten; viele andere - zumal im Jahre 1935 - wurden verhaftet, zu Zuchthaus verurteilt oder ohne Prozeß ins KZ gebracht. Im April 1937 wurden nach langer Untersuchungshaft 23 Genossinnen und Genossen vom Oberlandesgericht Stuttgart zu hohen Zuchthausstrafen und anschließendem KZ verurteilt. Die regelmäßige Herausgabe von illegalem Druckmaterial war unmöglich geworden, vereinzelt gab es noch Kontakte zu anderen illegalen Gruppen und Teilnahme an deren Aktionen". Burkhardt I, S. 2.

12) So zum Beispiel Eugen Ochs; vergl. Mitteilung von Eugen Ochs vom 30.11.1974, S. 3; im folgenden zitiert als: Ochs. Andere Beispiele sind Ludwig Becker (vergl. Kurzbiographie im Anhang) und Willi Bleicher, der spätere Bezirksleiter der IG Metall in Nordwürttemberg-Nordbaden.

13) So zum Beispiel Erich Hausen und Richard Janus. Vergl. auch die Kurzbiographie Richard Janus im Anhang. 14) Burkhardt I, S. 2

15) Vergl. Fichter: Bosch, S. 114, Eberle: Bosch, S. 152; Weber II, S. 71. Vergl. dagegen: Nachschrift 1 im Anhang an Teil 8. dieser Arbeit

16) Eberle war seit 1928 Mitglied der KPD und bis 1933 Betriebsratsvorsitzender bei Kodak. Während des Faschismus war er einige Zeit

wieder zusammen (kämpften d. V.). Nach dem militärischen Zusammenbruch des NS-Regimes arbeiteten die meisten ehemaligen KPO-Mitglieder wieder in der KPD mit" ¹⁸⁾. Nach einer Mitteilung Otto Burkhardts hingegen konnten "die sehr starken politischen Auseinandersetzungen vor 1933, die im Besonderen in Stuttgart vorhanden waren, auch nach 1945... nicht überbrückt werden. Eine politische Ehe mit der KPD hat nach 1945 nicht stattgefunden" ¹⁹⁾; nach dieser Version gingen nur sehr wenige Angehörige der ehemaligen KPO zurück in die KPD ²⁰⁾.

Nach einiger Zeit stellte sich heraus, daß "die von der Besatzungsmacht lizenzierten Parteien KPD und SPD keine ernsthafte Diskussion über die schweren Fehler der Vergangenheit führten" ²¹⁾, was die Unfähigkeit einschloß, aus den alten Fehlern zu lernen, um neue zu vermeiden. In dieser Situation "besprachen sich die ehemaligen KPO-Genossen im kleinen Kreis über ihre politische Position" ²²⁾. Nach Auffassung dieser Gruppe war "für die Bildung einer dritten Arbeiterpartei ... keinerlei Grundlage vorhanden. Man wurde sich daher einig, untereinander Kontakt zu halten und die politischen Ereignisse regelmäßig zu besprechen" ²³⁾.

Zugleich beteiligten sich die ehemaligen KPO-Mitglieder am Aufbau der Gewerkschaften und zum Teil am Aufbau der Betriebsgruppen der KPD. Nach Fichter waren "ungefähr 20 % ... (der d. V.) aktiven Betriebsgruppenmitglieder ... im Jahr 1928 aus der KPD entweder ausgeschlossen worden, oder waren selbst ausgetreten, um sich in der KPO ... zu organisieren" ²⁴⁾.

Der politische Weg der ehemaligen KPO-Mitglieder verlief also in Stuttgart nicht einheitlich. Während sich ein Teil nicht der KPD anschloß,

noch 16) inhaftiert. 1945 gehörte er wieder der KPD an und war von 1945 bis 1952 Betriebsratsvorsitzender bei Bosch. Vergl. Eberle: Bosch, S. 138 ff.

17) Ebenda, S. 152

18) Fichter: Bosch, S. 38

19) Mitteilung von Otto Burkhardt vom 18.3.1975, S. 1 f; im folgenden zitiert als Burkhardt II.

20) Vergl. ebenda, S. 1

21) Burkhardt I, S. 2

22) Ebenda

23) Ebenda

24) Fichter: Bosch, S. 28; vergl. auch Burkhardt I, S. 3

traten andere der Partei bei und bekleideten für sie hervorgehobene Positionen: so wurde Rudolf Kohl Arbeitsminister der württembergischen Landesregierung²⁵⁾, Ludwig Becker wurde später für die KPD in den Landtag Südwürttemberg-Hohenzollern gewählt²⁶⁾. Die Haltung Kohls widersprach der Thalheimers, der es ablehnte, daß sich Kommunisten den Alliierten zur Verfügung stellten; Kohl hatte auch folgerichtig nach 1945 keine Kontakte zur GAP. Allerdings bedeutet die Entwicklung Kohls nicht, daß alle ehemaligen KPO-Mitglieder, die der KPD nach 1945 beigetreten waren, diesen Weg gegangen wären.

Viele ehemalige KPO-Mitglieder arbeiteten als Gewerkschaftssekretäre: so etwa Leo Krauss – damals Mitglied der KPD – bei der IG Metall²⁷⁾, Eugen Ochs ebenfalls bei der IG Metall²⁸⁾ oder Gustav Mößner, der bald nach Kriegsende Bezirksleiter der Gewerkschaft Leder wurde²⁹⁾. Die gewerkschaftlichen Aktivitäten ehemaliger KPO-Mitglieder reduzierten sich aber nicht darauf, die besoldeten Posten zu besetzen, sondern hatten ihren Schwerpunkt in den Funktionärskörpern der Gewerkschaften und in den Betrieben, wobei es möglich war, an die dort von der KPO erreichten Positionen anzuknüpfen.

Daß diejenigen ehemaligen KPO-Mitglieder, die sich der KPD angeschlossen hatten, damit nicht unbedingt mit der offiziellen Parteilinie übereinstimmten, zeigte sich in den Diskussionen in den KPD-Betriebsgruppen, in denen bald die Differenzen zwischen der offiziellen Linie der KPD und den Ansichten der Betriebsfunktionäre der Partei deutlich wurden: so forderten die Betriebsräte bei Bosch frühzeitig, die Beteiligung an der von den Alliierten durchgeführten Entnazifizierung einzustellen, was jedoch die KPD-Kreisleitung ablehnte³⁰⁾. Wenn Fichter über das Ent-

25) Vergl. Fichter: Bosch, S. 93. Kohl blieb bis zum 7. Juli 1948 Minister und wurde dann gegen die Stimmen der KPD aus dem Amt entlassen. Vergl. dagegen Nachschrift 2 im Anschluß an Teil 8. dieser Arbeit.

26) Vergl. Weber II, S. 71 27) Vergl. Eberle: Bosch, S. 152

28) Vergl. Ochs, S. 1

29) Vergl. Th. Bergmann I, S. 18; Arpo 12/13/2; Burkhardt II, S. 1. Vergl. auch die Kurzbiographie Gustav Mößner im Anhang.

30) Vergl. Fichter: Bosch, S. 100. Nach Fichter hatte die so von der KPD-Leitung bewirkte weitere Mitarbeit an der Entnazifizierung zur Folge, daß die KPD-Mitglieder durch ihre Mitarbeit "objektiv nur das wirkliche Kräfteverhältnis verschleierte(n)", das eine Entnazifizierung nicht zuließ; das Resultat war schließlich, "daß die Empörung der Ar-

nazifizierungskonzept des Bosch-Betriebsrates ausführte: "Besonders wichtig ist der Punkt, daß die Betriebsräte von Anfang an die Säuberung als Angelegenheit des deutschen Volkes selber ansahen, und sich durch die alliierten Säuberungspläne in erster Linie behindert sahen"³¹⁾, so zeigt das zwar nicht unbedingt, daß hier die Thalheimersche Einschätzung übernommen worden war, wohl aber, daß sich solche Überlegungen aus den bestehenden Verhältnissen heraus aufdrängten. Das Auftreten Eberles gegen die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der württembergischen Landesregierung und gegen die Regierungsbeteiligung der KPD deutet in eine ähnliche Richtung³²⁾. Den KPD-Betriebsgruppen gelang es zunächst, ihre Politik im Betriebsrat relativ unabhängig von der Parteilinie zu gestalten³³⁾, was sich dann in Konflikten mit den Parteileitungen äußerte, wenn zum Beispiel Differenzen in der Frage auftraten, wie praktisch die Einheit der Arbeiterbewegung herzustellen sei: "die (kommunistischen d. V.) Betriebsräte gingen nämlich in ihrer Arbeit an der Basis davon aus, daß die traditionelle Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung nur in der gemeinsamen Aktion schrittweise ... (überwunden d. V.) werden könne, wohingegen die Parteileitung eine Einheitsfrontkonzeption vertrat, deren Hauptziel eine von den Spitzengremien bürokratisch abgesicherte Vereinigung von SPD und KPD war"³⁴⁾. Praktisch drückte sich der Konflikt so aus, daß die Betriebsgruppen und die Betriebsräte auf Aktionen drängten, die die Parteileitung mit dem Hinweis auf die dadurch eintretende Beeinträchtigung der angestrebten politischen Zusammenarbeit mit den SPD-Instanzen ablehnte³⁵⁾; zudem hätten

noch 30) beiter und Angestellten über diese Praxis sich zuletzt auch gegen die SPD- und KPD-Ausschußmitglieder richtete".

31) Ebenda, S. 92

32) Vergl. Eberle, S. 152 f

33) Eberle faßt das so zusammen: "Der damalige Bosch-Betriebsrat war gar nicht in ein parteipolitisches Korsett zu zwingen, weder von der KPD noch von der SPD. Und wenn von diesem Betriebsrat etwas kam, dann kam es wirklich von ihm und nur von ihm. Parteien oder Organisationen konnten bei unseren Aktionen bestensfalls Geburtshilfe leisten...". Ebenda, S. 157

34) Fichter: Bosch, S. 92 f. Im Zitat wurde ein sinnentstellender Fehler korrigiert; Fichter spricht davon, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung "nur in der gemeinsamen Aktion schrittweise wiederhergestellt werden könne", wo es zum Zusammenhang her nur "überwunden werden könne" heißen kann.

35) Vergl. ebenda, S. 93 und S. 116

solche Aktionen den Gegensatz zur Besatzungsmacht aktualisiert und wären nicht mit der Politik der KPD zur Erfüllung des Potsdamer Abkommens vereinbar gewesen ³⁶⁾.

Da sich die Linie der KPD-Spitze auch gegen den Widerstand z.B. der Betriebsgruppe bei Bosch im Stuttgarter Gebiet innerhalb der Partei durchsetzte, mußte das auf die Dauer Konsequenzen haben, und zwar in der Richtung, die Betriebskader der KPD vor die Entscheidung zu stellen, entweder die Politik, die Kräfte der Belegschaft – nur unter Berücksichtigung der Gesamtkräfteverhältnisse – ausgehend von ihren praktischen Interessen zu entwickeln, weiterzuverfolgen oder diese zu Gunsten der Ideologie der KPD aufzugeben ³⁷⁾. Für die ehemaligen KPO-Mitglieder, die sich bereits 1945 zu einem losen Gesprächskreis zusammengefunden hatten, stellte sich diese Alternative bereits 1947, für andere allerdings erst 1951, worauf weiter unten noch einzugehen sein wird ³⁸⁾. Otto Burkhardt schildert das so: "Im Laufe des Jahres 1947 wurde aus den losen Zusammenkünften eine organisierte Gruppe in Stuttgart. Die Initiative wurde ergriffen vom Genossen Fritz Sautter, unterstützt von Genossin Bertha Thalheimer und den Genossen Gustav Mößner, Albert Schröder, Max Merkle, Georg Stetter, Karl Wörner, Gretel und Hedwig Steinhilber, Otto Burkhardt und Willy Kaiser" ³⁹⁾. Zu den von Burkhardt genannten sind noch Ernst Ringwald, Willi Rühle, Gustav Schwab und Franz Gremminger zu zählen, während einige andere wie Eugen Ochs und Ernst Körner der sich formierenden Gruppe positiv gegenüberstanden, ohne jedoch für sie aktiv zu werden ⁴⁰⁾. Willi Bleicher hatte sich damals noch gegen jede Spaltung der KPD ausgesprochen ⁴¹⁾, auch einige andere waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht bereit, das Risiko einer solchen Entwicklung auf sich zu nehmen und blieben der Gruppe fern ⁴²⁾.

36) Die kommunistischen Betriebsräte kamen in dem Augenblick in Konflikt mit dem Potsdamer Abkommen, als z.B. bei Bosch die Demontage drohte. Vergl. ebenda, S. 100 ff

37) Vergl. ebenda, S. 117 38) Vergl. Teil 6.4.10. dieser Arbeit

39) Burkhardt I, S. 2

40) Vergl. Th. Bergmann I, S. 18 f.

41) Vergl. Vortrag von Theodor Bergmann am 29.1.1974 im Historischen Seminar der Universität Göttingen, S. 18 f. Im folgenden zitiert als: Th. Bergmann III.

42) So beispielsweise Ludwig Becker.

Die Position dieser Gruppierung und die Distanz zur KPD wurde deutlich in den Reden, die Gustav Mößner im Oktober 1947 auf dem 2. Bundestag des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden hielt: "Wir wollen einmal ganz offen aussprechen: Die politischen Parteien genießen alle miteinander nicht das Vertrauen, das die Gewerkschaften in der Arbeiterschaft genießen. ... Es ist eine Tatsache, daß die Gewerkschaften zum Brennpunkt der Organisation der Arbeiterklasse geworden sind" ⁴³⁾. An einer anderen Stelle wurde die Verwandtschaft mit der Argumentation Thalheimers sehr deutlich: "Wir haben nicht nur gegen die eine Erbschaft des Nationalsozialismus, die Not, anzukämpfen, sondern auch noch gegen eine andere Erbschaft, gegen die geistige Verwirrung insbesondere innerhalb der Arbeiterklasse. Die Verwirrung 'national' und 'international' hat schon während des Krieges begonnen, denn wenn die Arbeiterschaft in den Staaten, die gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben, einig gewesen wäre, dann hätte ihre Parole sein müssen, nicht nur Niederschlagung des Nationalsozialismus und Faschismus, sondern auch Führung eines Einheitskrieges, um die Arbeiterklasse aus dem Joch des Kapitalismus zu befreien. Wäre es so gewesen, so würde es jetzt nicht heißen: demokratischer Aufbau, sondern gemeinsamer Wiederaufbau Europas auf sozialistischer Grundlage. ... Not und Niederlage des deutschen Arbeiters ist zugleich auch die Not und Niederlage der europäischen Arbeiterschaft. Der Wiederaufbau auf sozialistischer Grundlage würde allerdings bedeuten, daß die Arbeiterschaft der Siegerstaaten einsehen müßte, daß ein solcher Wiederaufbau voraussetzt den Verzicht auf Reparationen, Verzicht auf territoriale Eroberungen, Verzicht auf Kriegsentschädigung" ⁴⁴⁾. Im Mittelpunkt der Ausführungen Mößners stand die Kritik an der Stillhalte-Politik der Gewerkschaftsführung, der er entgegenhielt: "Wenn wir kein 1933 mehr wollen, muß der Kurs (der Gewerkschaften d. V.) nach den bitteren Lehren und Erfahrungen von 1918 bis 1933 entsprechend eingestellt werden. Die Entwicklung des letzten

43) Protokoll der Verhandlungen des 2. Bundestages des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden, 3. bis 5. Oktober 1947 in Kornwestheim. Stuttgart o. J., S. 64

44) Ebenda, S. 90

Jahres zeigt uns eine sehr gefährliche Parallele zu der Entwicklung von 1918 bis 1933" ⁴⁵⁾. Mößner stellte dann Möglichkeiten dar, die Betriebsräte zu stärken, um mit ihrer Hilfe und der Kraft der Gewerkschaft den Kampf gegen die "ganz und gar reaktionäre Entwicklung in unserem Land" ⁴⁶⁾ aufnehmen zu können. "Die Arbeiterschaft ... will mitbestimmen in der Produktion, sie will mitbestimmen bei der Verteilung der Produktion und sie will den Sozialismus Deshalb steht heute vor uns die Frage: Was tun die Gewerkschaften, um nach dieser Richtung hin vorzustoßen, um die berechtigten Forderungen der Werktätigen durchzusetzen? Dazu ist zu sagen, daß die Arbeiter gewünscht hätten, daß von Seiten der Gewerkschaften in dieser Richtung mehr getan worden wäre, daß gegenüber dem verbrecherischen Treiben eines großen Teils der Unternehmer die Kraft der Gewerkschaften in Aktion gesetzt wird" ⁴⁷⁾. Um die Gewerkschaftspolitik entsprechend zu ändern, stellte Mößner einige Anträge, die "nichts anderes (besagen d. V.) als das, daß wir uns nicht zum zweiten Male einer Enttäuschung aussetzen wollen, sondern die Kraft unserer Organisation in die Waagschale werfen und versuchen müssen, ... mit Hilfe unserer eigenen Organisation die Kontrolle und Verteilung der Produktion und den Kampf gegen die schwarzen und grauen Märkte durchzuführen" ⁴⁸⁾.

Für Stuttgart läßt sich also zusammenfassend sagen, daß sich ein Teil der ehemaligen KPO-Mitglieder in dem Maße sammelte und organisierte, indem sich durch deutliches Hervortreten der gesellschaftlichen Entwicklung und der Auswirkungen der alliierten Besatzungspolitik die zugelassenen Parteien, vor allem die KPD, als unfähig erwiesen hatten; die Materiallage erlaubt es aber nicht, die verschiedenen Entwicklungsstufen der Herausbildung dieser Einsicht nachzuzeichnen. Diejenigen, die zu dieser Gruppe fanden, waren zum größten Teil angesehene Funktionäre aus den Betrieben und Gewerkschaften; einige, wie zum Beispiel Bertha

45) Ebenda, S. 65

46) Ebenda, S. 64

47) Ebenda, S. 65

48) Ebenda, S. 91

Thalheimer, waren zwar nicht mehr im Betrieb, brachten aber große Erfahrungen aus der Arbeiterbewegung mit. Theodor Bergmann charakterisiert die Gruppe in Stuttgart so: "Die Stuttgarter Anhänger der Gruppe Arbeiterpolitik waren zu einem großen Teil Funktionäre oder Aktivisten der Stuttgarter Arbeiterbewegung mit einem sehr großen Einfluß, der an ihrer Person und an ihrer politischen Einstellung hing"⁴⁹⁾; von daher kann man davon ausgehen, daß der politische Einfluß der Mitglieder dieser Gruppe weit über ihre Grenzen hinaus wirkte, wobei der politische Einfluß der Mitglieder teilweise aus der Zeit von vor 1945 rührte und ein Ausdruck der Traditionen in der Stuttgarter Arbeiterbewegung war⁵⁰⁾.

4.2.2. Die Herausbildung der Gruppe Arbeiterpolitik in Salzgitter

War die Stuttgarter Entwicklung hin zur Formierung einer Gruppe, die schließlich zur GAP zählte, stark dadurch beeinflusst, daß es an diesem Ort und in seiner Umgebung eine starke Tradition der KPO gab, so verlief die Herausbildung der lokalen Organisation in Salzgitter unter Bedingungen ab, die sich nicht nur hinsichtlich der KPO-Tradition deutlich von denen in Stuttgart unterschieden. Weil die in Salzgitter anzutreffenden Modifikationen der allgemeinen Bedingungen der Zeit nach der Niederlage des Faschismus die Voraussetzung dafür bildeten, daß die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Salzgitter und damit auch der örtlichen GAP einen spezifischen Verlauf nahm, sollen diese Besonderheiten benannt werden¹⁾.

49) Th. Bergmann I, S. 17

50) "Die Stuttgarter waren fast alle Leute, die aus der KPO oder KJO kamen". Interview vom 18.1.1975, S. 30; vergl. ebenda, S. 27. - "In Stuttgart war neben einer Reihe der alten oppositionellen Gewerkschafter, vor allem aus dem Metallarbeiterverband, auch Bertha Thalheimer ... bereit, die politische Arbeit wieder aufzunehmen". GAP: Manuskript, S. 12 f

1) Wenn hier die Modifikationen der allgemeinen Bedingungen genannt werden, so ist damit nicht beabsichtigt, nunmehr doch eine "kleine" materialistische Analyse zu versuchen, sondern es geht lediglich darum, einige Informationen, die in den für diese Arbeit grundlegenden Quellen nur bruchstückhaft enthalten sind, zusammenhängend darzustellen.

Vor 1933 war in Salzgitter ²⁾ die Landwirtschaft der vorherrschende Erwerbszweig ³⁾, während sich die Industrie auf einige Betriebe zur Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Produktion, eine Ziegelei, ein Sägewerk, drei Zementfabriken, eine Weberei und ein Bohrunternehmen beschränkte ⁴⁾. Dabei war die Weberei mit 400 Beschäftigten der bei weitem größte Betrieb ⁵⁾.

Die in Salzgitter lagernden Erzvorkommen waren zwar 1933 schon lange bekannt, wurden aber nicht abgebaut, da ihre Verhüttung technisch schwierig und wirtschaftlich nicht lohnend war ⁶⁾. Erst als 1934 ein neues Verfahren zur Verhüttung von "saurem" Erz, wie es in Salzgitter vorkam, entwickelt worden war ⁷⁾, wurden diese Erzlager in die Aufrüstungs- und Kriegspläne des deutschen Faschismus einbezogen. Im Rahmen des Vierjahresplanes von 1936 wurden die "Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring" errichtet, die nach Differenzen zwischen der Reichsregierung und den im Montanbereich tätigen Kapitalisten als Staatsbetrieb errichtet wurden ⁸⁾, und die aus Salzgitter "die gi-

2) Wenn im folgenden von Salzgitter die Rede ist, so ist damit das Gebiet gemeint, das am 1.4.1942 zur Stadt Watenstedt-Salzgitter zusammengefaßt wurde. Einzelheiten zur Stadtgründung finden sich bei Matthias Riedel: Vorgeschichte, Entstehung und Demontage der Reichswerke im Salzgittergebiet. Diss. phil., Hannover 1966, S. 103 ff; im folgenden zitiert als: Riedel. 1951 wurde der Name der Stadt in Salzgitter geändert. Zur Unterscheidung der einzelnen Ortsteile - es waren 29 - wurde der alte Ortsname aus der Zeit vor 1942 mit dem Vorspann Salzgitter weitergeführt, d.h., daß Lebenstedt nun Salzgitter-Lebenstedt hieß; die bis 1942 bestehende alte Stadt Salzgitter hieß jetzt Salzgitter-Bad. Die in dieser Arbeit benutzten Ortsbezeichnungen folgen der Regelung von 1951, und zwar im Interesse der Einheitlichkeit auch für die Zeit vor 1951.

3) Vergl. Albert Stoffregen: Die Geschichte der politischen Parteien und Wahlen im Gebiet des Kreises Gandersheim und der Stadt Salzgitter von 1867 bis 1963. Diss. phil, Marburg an der Lahn 1965, S. 7 ff; im folgenden zitiert als: Stoffregen. Vergl. auch Salzgitter-Kurier: Salzgitter - Stadt ohne Beispiel am Zonenrand. 25 Jahre Aufbauarbeit. Goslar 1.4.1967, S. 92; im folgenden zitiert als: Salzgitter-Kurier.

4) Vergl. Stoffregen, S. 7; Salzgitter-Kurier, S. 131

5) Die Weberei lag wie das Bohrunternehmen im größten Ort, in Salzgitter-Bad.

6) Vergl. Riedel, S. 6 f

7) Vergl. ebenda, S. 10 f

8) Vergl. ebenda, S. 26

gantische Waffenschmiede des Reiches" ⁹⁾ machen sollten. Im Dezember 1937 begannen die Bauarbeiten, nur 22 Monate später floß das erste Roheisen, und nach 32 Monaten wurde im August 1940 der erste Thomasstahl geblasen; Walzwerk und Siemens-Martin- und Elektrostahlwerk folgten bis September 1941 ¹⁰⁾.

Die Kapazität des Werkes in Salzgitter sollte in der ersten Stufe eine Million t Roheisen pro Jahr erreichen, wobei die Endstufe des Ausbaus auf die vierfache Kapazität ausgelegt war ¹¹⁾; das Werk wäre dann das größte Europas gewesen. Bis Ende des Krieges waren u. a. folgende Anlagen fertiggestellt: ein Stichkanal vom Mittellandkanal zum Werk, 3 Ta-gebaubetriebe und 4 Schächte für den Erzabbau, Erzaufbereitungsanlagen, 6 Koksofenbatterien, 10 Hochöfen für eine jährliche Roheisenerzeugung von 1,3 Mio t, Stahlwerke für eine Jahresproduktion von 1,8 Mio t und Walzwerke für 1,9 Mio t pro Jahr, davon die Hälfte für Halb- und Fertigzeug ¹²⁾. Von den als Endstufe geplanten Anlagen waren somit bei Kriegsende etwa ein Drittel fertiggestellt und standen in der Produktion. Zugleich gab es eine umfängliche Rüstungsproduktion sowohl in der eigentlichen Hütte als auch in den ebenfalls zu den Reichswerken zählenden Stahlwerken Braunschweig, die wie die Hütte in Salzgitter lagen.

In der Einwohnerstatistik schlug sich der Aufbau der Reichswerke wie folgt nieder ¹³⁾:

	Einwohner insgesamt	Index	deutsche Einwohner	in Prozent der Einwohner	Index der deutschen Einwohner
1933	19.164	100	19.164	100	100
1939	45.598	238	26.424	58	138
1942	108.480	566	55.846	51	291
1944	120.386	626	58.791	49	307
1946	110.143	575	93.352	85	486
1950	102.075	534	102.075 ⁺)	100	534

9) Die Reichswerke "Hermann Göring". In: Vierjahresplan 1940, S. 1027.
Zitiert nach Riedel, S. 22

10) Vergl. Salzgitter-Kurier, S. 37 11) Vergl. Riedel, S. 33

12) Vergl. Christian W. Zöllner: Fallanalyse im Politischen Unterricht -

Bis 1944 versechsfachte sich die Einwohnerzahl Salzgitters, wobei der Anteil der Deutschen nur knapp die Hälfte ausmachte; nach Kriegsende verließen die Arbeitskräfte anderer Nationalität Salzgitter, wohin sie als Kriegsgefangene oder Dienstverpflichtete verschleppt worden waren. Durch diese Abwanderung sank die Einwohnerzahl bis 1950 ab; zur gleichen Zeit strömten Heimatvertriebene nach Salzgitter, so daß die Zahl der deutschen Einwohner Salzgitters seit 1933 ständig anstieg, wie die oben stehende Tabelle zeigt. 1950 stellten diejenigen, die bereits vor 1933 in Salzgitter wohnten, nur noch 15 % der Bevölkerung ¹⁴⁾, während 40 - 50 % erst seit 1945 zugezogen waren, so daß Salzgitter 1945/1950 im Grunde eine neue Stadt war, die mit der aus der Zeit vor 1933 nicht viel gemeinsam hatte ¹⁵⁾.

Die Entstehungsgeschichte der Stadt Salzgitter beeinflusste stark die Nachkriegsentwicklung der örtlichen Arbeiterbewegung. Während in fast allen anderen Gebieten Deutschlands die Strukturen der alten - wenn auch geschlagenen, illegalisierten und dezimierten- Arbeiterbewegung erhalten blieben und nach 1945 den "Neuanfang" stark beeinflussten, so war das in Salzgitter nicht möglich, weil die geringen Ansätze der Arbeiterbewegung von vor 1933 die große Zahl der - mehr oder minder freiwillig - nach Salzgitter kommenden Arbeiter nicht integrieren, wahrscheinlich nicht einmal beeinflussen konnten ¹⁶⁾. Dennoch wäre es verfehlt, die Startbedingungen der Arbeiterbewegung in Salzgitter als eine

noch 12) Arbeiterschaft und Hauptbetriebsrat im Kampf um den Erhalt der Salzgitter-Werke. Kiel 1973, S. 45 f; im folgenden zitiert als: Zöllner.

13) Vergl. Stoffregen, S. 13; Riedel, S. 82; Salzgitter-Kurier S. 96. +) Einschließlich Staatenloser und solcher Ausländer, die nicht zu den "displaced persons" zählten und auf Dauer aus eigenem Entschluß in Salzgitter blieben.

14) Vergl. Stoffregen, S. 12 ff; Riedel, S. 79 ff; Salzgitter-Kurier, S. 54 und 92.

15) Außerdem war die "Stadt" Salzgitter nicht mit einer anderen Siedlung gleicher Einwohnerzahl zu vergleichen. Bei Kriegsende lebten auf einer Fläche von 214 qkm die Einwohner in 29 Stadtteilen, viele Siedlungen waren Barackenlager. Durch die dezentralisierte Anlage der Stadt hatte die Hütte eine erhebliche Bedeutung als Mittelpunkt dieses Gebietes; die Entstehungsgeschichte der Stadt als Anhängsel der Reichswerke fand hierin ihren Niederschlag.

16) Soweit bekannt spielen nur zwei Aktive aus der örtlichen Arbeiterbewegung aus der Zeit von vor 1933 nach 1945 eine Rolle, nämlich Lampe und Himstedt, ohne allerdings die Entwicklung in Salzgitter zu prägen.

Art "tabula rasa" – Situation zu interpretieren, wo sich die verschiedenen politischen Konzepte quasi an einer von der bisherigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unberührten Bewegung hätten bewähren können; verfehlt wäre eine solche Annahme aus zwei Gründen: 1) die in mehreren Wellen nach Salzgitter kommenden Arbeitskräfte stammten z. T. aus alten Industriegebieten und waren dort mit den verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung zusammen gekommen; ein anderer Teil – vor allem der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge – rekrutierte sich aus Bauern und anderen nicht-kapitalistischen Warenproduzenten, die die aus ihrer alten Produktionsweise entspringenden sozialen Vorurteile mitbrachten und diese mit den Erfahrungen der Vertreibung durch die Rote Armee und der Flucht verbanden, so daß dieser Teil tendenziell kleinbürgerliche Vorstellungen in die Arbeiterschaft Salzgitters hineinbrachte . 2) Über den Hinweis auf die lebensgeschichtlich vermittelten Traditionen der Neu-Salzgitteraner hinaus gibt es einen zweiten Grund gegen die "tabula rasa" – Vorstellung: unter den zugewanderten Arbeitern befanden sich viele Aktive der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik! Diese waren nach Salzgitter gekommen, weil sie in ihren Heimatorten keine Arbeit bekamen und sich in Salzgitter in gewisser Weise den Nachstellungen der Faschisten entziehen konnten ¹⁷⁾. Auf diese Weise kamen z. B. Erich Söchtig ¹⁸⁾, Otto Müller ¹⁹⁾ und Willi Wegener ²⁰⁾ nach Salzgitter. Ein GAP-Mitglied berichtet, daß die Reichswerke 1940 in Paris speziell ein Büro für deutsche Emigranten unterhielten, das Facharbeiter auch ohne Papiere nach Salzgitter anwarb ²¹⁾. Daß die

17) Zwar war es nicht so, daß man in Salzgitter als Kommunist untertauchen konnte, denn die entsprechenden Akten waren auch der Gestapo in Salzgitter bekannt; allerdings war es ein Unterschied, in Salzgitter "nur" der Gestapo bekannt zu sein, oder im alten Heimatort aus der Zeit vor 1933 bekannt und gehaßt zu sein. Da in Salzgitter die Überwachung durch Nazis aus der Nachbarschaft weitgehend wegfiel, setzte die Gestapo verstärkt Spitzel ein. Vergl. Interview mit Willi Wegener am 15.10.1974, S. 3; im folgenden zitiert als: Wegener.

18) Vergl. Kurzbiographie Erich Söchtig im Anhang

19) Vergl. Kurzbiographie Otto Müller im Anhang

20) Vergl. Kurzbiographie Willi Wegener im Anhang

21) Vergl. Interview mit einem Mitglied der GAP in Salzgitter am 4.11.1974, S. 5; im folgenden zitiert als: Interview vom 4.11.1974.

hier genannten Fälle nicht die einzigen dieser Art waren, bestätigt W. Wegener für den Bereich Erzbergbau²²⁾.

In Salzgitter hatte es vor 1933 keine KPO-Gruppe gegeben. Das erste KPO-Mitglied kam 1938 mit Erich Söchtig nach Salzgitter, der sogleich die ersten Kontakte mit KPD-Mitgliedern aufnahm. "Mit denen hatte ich hier persönliche Kontakte und Gespräche über die Situation während des Krieges... Die haben mich als Abtrünnigen betrachtet, weil sie alle drei bis zum Schluß 100-prozentige Stalinisten waren"²³⁾. Obwohl also die politische Position Söchtings seinen Gesprächspartnern bekannt war, entwickelte sich noch in der Illegalität bald eine enge Zusammenarbeit. "Es waren alle damals ja wohl der Auffassung, daß nach dem Kriege nicht mehr mehrere Arbeiterparteien oder Gruppen bestehen würden, sondern die ganzen Gedankengänge kreisten um Antifa, (um d. V.) eine Partei, um 'Nicht wieder den Bruderkrieg'. Das waren mehr gefühlsmäßige Einstellungen"²⁴⁾, kommentiert Söchtig diese Haltung; da er selbst annahm, daß seitens der KPD durch die Erfahrungen unter dem Faschismus einige Lernprozesse abgelaufen wären, unterstützte er nach 1945 diese Partei, obwohl seine Kritik an der KPD nicht ausgeräumt war. Zusammen mit

22) Wegener berichtet: "Zu den Verhältnissen im Erzbergbau selber ist zu sagen, daß sich schon während des Krieges herausstellte, daß in den hiesigen Bergbaubetrieben sehr viele politisch Engagierte sich aufhielten. Das war im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß sich die Bergleute, die sich vor 33 politisch betätigt hatten, aus dem Saargebiet, aus dem Ruhrgebiet und aus Schlesien, veranlaßt fühlten, ihre Heimat zu verlassen, um sich dem Einfluß der Nazis zu entziehen; sie hatten sich freiwillig nach Salzgitter gemeldet, weil sie in ihren alten Betrieben schlecht wieder Arbeit bekamen, ein anderer Teil war zwangsverpflichtet nach Salzgitter. Ich hatte schon während des Krieges die Gelegenheit zu erfahren, daß alle registriert waren, und daß die Betriebsleitungen völlig informiert waren über die politische Vergangenheit dieser Leute. Wir wurden auch bespitzelt". Wegener, S. 3.

23) Interview mit Erich Söchtig am 7. 10. 1974, S. 1; im folgenden zitiert als: Söchtig. - Die drei KPD-Mitglieder waren Alfred Schoch, der später im Erzbergbau größten Einfluß als Betriebsratsvorsitzender hatte und bis Anfang der fünfziger Jahre der KPD angehörte, Hans Hoffmann, der nach dem Kriege Ratsherr für die KPD war und der 1950 zur SPD übertrat, wo er Vorsitzender des Ortsvereins der SPD im größten Stadtteil von Salzgitter wurde, und Otto Müller.

24) Söchtig, S. 1

Alfred Schoch ergriff er nach Kriegsende die Initiative zur Gründung der örtlichen KPD und beteiligte sich sehr aktiv am Aufbau der Gewerkschaften und der Betriebsräte ²⁵⁾.

Unmittelbar nach Kriegsende gab es Versuche, eine einheitliche Arbeiterpartei zu errichten, was Söchtig so schildert: "Von Braunschweig kamen prominente Sozialdemokraten zu mir hier nach Salzgitter und haben mit mir Kontakt aufgenommen, um hier so etwas wie eine einheitliche Partei zu schaffen. Das endete sofort mit der Rückkehr Ulbrichts und mit der Schumachers - da war der Traum also zu Ende" ²⁶⁾. Die Antifaschistische Aktion (Antifa), die in Braunschweig ihr Zentrum hatte ²⁷⁾, strahlte ebenfalls nach Salzgitter aus, doch hier war das "an sich eine unerfahrene Gesellschaft; die hatten keine politische Substanz" ²⁸⁾. Gerade an der Antifa in Salzgitter wurde - nach Söchtig - die stark emotionale Basis des Einheitsstrebens deutlich, die nicht in Politik umzusetzen war, so daß die Antifa in Salzgitter eine Randerscheinung blieb.

Die KPD hatte in Salzgitter zunächst starken Anhang, und zwar sowohl im Erzbergbau als auch in der Hütte ²⁹⁾, wobei Söchtig mehr in der Hütte und Schoch mehr im Erzbergbau aktiv war. Die KPD zog damals viele an, die vor 1933 nicht in der KPD gewesen waren, so z.B. Willi Wegener, der vor dem Sieg des Faschismus bereits 10 Jahre in der SPD aktiv gewesen war ³⁰⁾.

25) Vergl. Joachim Vock: Der Kampf der westdeutschen Arbeiter um soziale Rechte. Dargestellt am Beispiel der Antidemontagebewegung in den Salzgitterwerken. Diplomarbeit, Göttingen 1971, S. 48; im folgenden zitiert als: Vock.

26) Söchtig, S. 4

27) Vergl. zur Antifa: Albrecht Lein: Die Antifaschistische Aktion in Braunschweig. Staatsexamensarbeit Göttingen 1974.

28) Söchtig, S. 4

29) Wenn im folgenden von der "Hütte" die Rede ist, so ist damit der Teil der Reichswerke gemeint, in dem Roheisen, Stahl und Walzerzeugnisse hergestellt wurden; zu den Reichswerken gehörte auch noch der Erzbergbau, zeitweise auch die Stahlwerke Braunschweig, die wie die Hütte in Salzgitter ihren Standort hatten.

30) Wegener schildert seine Überlegungen so: "Ich sagte schon, daß nach 1945 starke kommunistische Kräfte vorhanden waren in Salzgitter... Ich war selbst überrascht davon, weil ich ja von früher her Sozialdemokrat war..., und ich habe mich bedingungslos diesen Leuten damals angeschlossen, weil ich sah, da ist Söchtig, da ist Schoch, ...; alle diese Leute kannte ich. Die können doch aus der KPD wirklich eine Partei machen, die für die Arbeiterschaft was leistet und etwas durchsetzt ..". Wegener, S. 17.

Der KPD gelang es schnell, sowohl in den Gewerkschaften als auch im Betriebsrat der Reichswerke Einfluß zu gewinnen³¹⁾; dabei war es allerdings nicht so, daß der KPD dieser Einfluß einfach zufiel, sondern es gab zu Beginn erhebliche Auseinandersetzungen mit einer Gruppe Sozialdemokraten um Fritz Hartmann, der bereits Anfang Mai 1945 Initiativen zum Aufbau einer Gewerkschaft ergriff. Hartmann berief sich dabei auf einen Ausschuß für Gewerkschaftsfragen der Antifa in Salzgitter-Lebenstedt³²⁾, der ihn zum Vorsitzenden gewählt habe; die Arbeit Hartmanns wurde im August 1945 von der englischen Militärregierung unterbunden, so daß ihre Wirkung gering blieb, sieht man von einer Ausnahme ab, nämlich der Einsetzung von Betriebsräten, die Hartmann als Gewerkschaftsvorsitzender vorgenommen hatte, worauf noch einzugehen sein wird. Der zweite Anlauf zum Gewerkschaftsaufbau – die Organisation nannte sich "Freier deutscher Gewerkschaftsbund" (FDGB) Salzgitter – vollzog sich nach den Vorschriften der "Industrial Relations Directive" Nr. 16 der Militärregierung. Die dort vorgesehene Abstimmung über die Gewerkschaftsform wurde im Oktober 1945 in 37 Betrieben durchgeführt, wobei sich von 3.990 Abstimmenden 3.710 für die Form der Allgemeinen Gewerkschaft entschieden³³⁾; zugleich wurden Delegierte für die erste Konferenz des FDGB Salzgitter gewählt³⁴⁾. Im Gitter-Schacht z. B. sprachen Söchtig für die KPD und Busch für die CDU; außerdem war Hartmann anwesend, so daß die Parität gewahrt war. Zusätzlich sprach noch Schoch (KPD), "weil es ein Bergbaubetrieb war ... Der Schoch hat gesprochen, weil er damals schon im Bergbau eine bestimmte Rolle gespielt hat"³⁵⁾. Dieses Auftreten Schochs, das von Hartmann und Busch hingenommen wurde, deutete schon an, daß die Kräfteverhältnisse zwischen KPD, SPD und CDU in der Parität nicht richtig wiedergegeben wurden.

Am 1. und 2. Dezember 1945 fand die erste Delegiertentagung des FDGB Salzgitter statt³⁶⁾. Bei den Wahlen zum FDGB-Kreisvorstand stellte

31) Vergl. hierzu und zum folgenden jeweils die Arbeit von Gundula Müller.

32) Vergl. Müller, S. 10 ff

33) Die Unterscheidung im damaligen Sprachgebrauch zwischen Einheitsgewerkschaft und Allgemeiner Gewerkschaft war nicht sehr deutlich

34) Vergl. Müller, S. 15

35) Wegener, S. 5

36) Vergl. Müller, S. 15 und Wegener, S. 5

sich heraus, daß von den rund 100 Delegierten etwas mehr als die Hälfte der KPD angehörten, während sich ein Gutes Viertel zur SPD zählte, und die CDU auf ein knappes Viertel kam³⁷⁾. Der Vorstand wurde paritätisch besetzt, wobei Hartmann (SPD) Vorsitzender, Busch (CDU)². Vorsitzender und Söchtig (KPD) Schriftführer wurden³⁸⁾.

Der FDGB entwickelte sich rasch und zählte Anfang 1946 bereits 12.000 Mitglieder, rund dreimal soviel, wie sich an den betrieblichen Abstimmungen über die Gewerkschaftsform beteiligt hatten³⁹⁾. Der zügige Aufbau der Gewerkschaft war umso erstaunlicher, als es sich in Salzgitter um einen echten Neuaufbau handelte und viele Arbeitskräfte hier keine traditionelle Bindung zur Gewerkschaft hatten, sondern erst vor kurzer Zeit durch äußere Umstände zu Industriearbeitern geworden waren⁴⁰⁾.

Die von der englischen Besatzungsmacht wieder aufgelöste erste FDGB-Organisation in Salzgitter hatte im Mai und im Juni 1945 in einer Reihe von Betrieben Betriebsräte eingesetzt⁴¹⁾. Dabei hatte Hartmann versucht, in der Auswahl der Betriebsräte die politischen Vorstellungen zum Tragen zu bringen, die er für richtig hielt, d. h. : er versuchte, möglichst Sozialdemokraten als Betriebsräte einzusetzen⁴²⁾. Der von Hartmann eingesetzte Hauptbetriebsrat (HBR) der Reichswerke, der eine Art Spitzengremium der einzelnen Betriebsräte der einzelnen Betriebe bzw. Betriebsteile der Reichswerke war⁴³⁾, bestand im Zuge dieser Politik aus 3 SPD-Mitgliedern⁴⁴⁾.

37) Vergl. Wegener, S. 5

38) Vergl. Müller, S. 16. - Dem Vorstand gehörten weiter an: Huppertz und Borgschulze (beide SPD), für die CDU Heidenblut und Schönfeld, für die KPD Schoch und Jahre, der später suspendiert und vermutlich durch Otto Bergmann ersetzt wurde. Vergl. Müller, S. 15 f und Wegener, S. 5.

39) Vergl. Müller, S. 16

40) Die Überlegungen, eine Zwangsmitgliedschaft für die Gewerkschaft zu fordern, könnten hier eine Wurzel haben. Vergl. Müller, S. 13 ff

41) Vergl. ebenda, S. 24 ff

42) Über die näheren politischen Vorstellungen Hartmanns war wenig zu erfahren, wenn man von seiner ablehnenden Haltung gegenüber der KPD absieht.

43) Die Reichswerke gliederten sich in verschiedene Betriebsabteilungen wie die einzelnen Schächte, die Erzvorbereitung, das Kraftwerk etc, die jeweils eigene Betriebsratsgremien mit mehreren Mitgliedern hatten.

44) Es waren Fritz Kraft, als Vorsitzender, Walter Melle als Stellvertreter und Heinz Flecke als Geschäftsführer.

Die weitere Entwicklung zeigte dann deutlich, wo die Grenzen einer Politik lagen, die ihre Basis in mehr oder minder okkupierten Positionen im Betrieb oder in der Gewerkschaft hatte, wenn sie auf eine politische Gruppierung traf, die eine relevante Basis in der Belegschaft hatte⁴⁵⁾. Zwar war es Hartmann möglich, zunächst die wichtigsten Positionen in der Gewerkschaft zu besetzen, von denen aus er durch die Ernennung von Betriebsräten in die Politik im Betrieb einwirken konnte, doch damit war er noch lange nicht in der Lage, Aktivitäten aus der Belegschaft zu verhindern, die ihn schließlich aus seiner Position verdrängten⁴⁶⁾. Bereits bei der Ernennung der Betriebsräte zeigte es sich, daß sich Hartmann nicht beliebig über die Vorstellungen der Belegschaft hinwegsetzen konnte, soweit diese schon in der Lage war, die eigenen Vorstellungen zu artikulieren⁴⁷⁾. Nachdem es Hartmann noch gelungen war, die Wahl der Betriebsräte hinauszuzögern⁴⁸⁾, um so eine Stärkung der Position der KPD zu verhindern, kam es Anfang 1946 unter den ernannten Betriebsräten zu einer deutlichen Verschiebung zugunsten der KPD. Ein sozialdemokratischer Betriebsrat aus dem Bergbau⁴⁹⁾ stellte einen Mißtrauensantrag gegen den Hauptbetriebsrat Kraft, dem vorgeworfen wurde, er hätte gegenüber den – inzwischen – ehemaligen Nationalsozialisten keine konsequente Haltung eingenommen und die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft vernachlässigt, eine Kritik, die auch Hartmann unterstützte.

45) Diese etwas vage Formulierung ergibt sich aus der damals vagen Situation: zwar waren die aktiven Belegschaftsmitglieder Mitglieder der KPD oder Sympathisanten der Politik der örtlichen Parteigliederung, auch wenn sie formal in der SPD organisiert waren, aber diese Aktiven waren nur eine Minderheit in der Belegschaft, die diese Aktiven zwar duldete, ohne aber selbst aktiv in die politische Entwicklung einzugreifen.

46) Vergl. auch Teil 5.2. dieser Arbeit

47) Vergl. etwa die Bestellung der ersten Betriebsräte in der Erzvorbereitung: vergl. Müller, S. 26.

48) Vergl. ebenda

49) Es war Huppertz, der als Angestellter im Bergbau arbeitete und für die SPD Mitglied des FDGB-Kreisvorstandes war. Vergl. auch Wegener, S. 7 und Müller, S. 27

Nachdem ein Antrag auf Neuwahl aller Betriebsräte keinen Erfolg gehabt hatte, wurde beschlossen, den Hauptbetriebsrat umzubilden. Vorsitzender wurde jetzt Erich Söchtig (KPD), für die Angestellten wurde Melle (SPD) und für die Arbeiter Otto Bergmann (KPD) gewählt, während Flecke (SPD) Geschäftsführer wurde⁵⁰⁾. Ende März/ Anfang April 1946 wurden die Betriebsräte erstmals gewählt, die dann im September einen neuen HBR wählten, der fünf Personen umfaßte: Söchtig als Vorsitzender, Melle und Bergmann wurden wieder gewählt; dazu kam Schoch (KPD) als zweiter Vertreter der Arbeiter, während Flecke als Geschäftsführer durch Paul Robert (SPD) abgelöst wurde⁵¹⁾. Aus dem eingesetzten HBR war also im September 1946 nur noch Melle in dieser Position; die Mehrheit war von der SPD zur KPD übergegangen. Zugleich zeigte sich in den Wahlergebnissen eine deutliche Differenzierung, wobei ihre Art daraufhin deutete, daß nicht fraktionell nach Parteizugehörigkeit abgestimmt wurde⁵²⁾.

Während der Sozialdemokrat Walter Melle – ebenso wie Flecke – der von Söchtig verkörperten Politik ablehnend gegenüberstand⁵³⁾, hatte Heinrich Wegener⁵⁴⁾ zu dieser Politik ein sehr positives Verhältnis; als 1947 für Melle das SPD-Mitglied H. Wegener⁵⁵⁾ in den HBR gewählt wurde, bedeutete das deshalb eine Stärkung der Linie, die Söchtig vertrat.⁵⁶⁾

50) Vergl. ebenda, S. 28. – Wenn Müller dort die Frage aufwirft, wieso ausgerechnet Söchtig dafür eintrat, nicht zwei Arbeiter und einen Angestellten in den HBR zu entsenden, sondern für das umgekehrte Verhältnis eintrat, so kann das so geklärt werden: mit dem Antrag, zwei Angestellte und einen Arbeiter zu wählen, konnte Söchtig eine frühzeitige Konfrontation mit den Sozialdemokraten um Melle vermeiden, die sonst unausweichlich gewesen wäre, denn sowohl Söchtig als auch Melle waren Angestellte und hätten dann um den einen Posten gegeneinander kandidieren müssen.

51) Vergl. ebenda. – Robert arbeitete im Kraftwerk; die Belegschaft dieses Bereiches hielt sich von der übrigen Hütte entfernt und hatte keinen großen Einfluß unter der Gesamtbelegschaft, was die Position Roberts praktisch stark schwächte, weil er dadurch nie den Rückhalt in der Belegschaft erreichte, wie ihn Schoch oder Söchtig hatten. Robert konnte aus diesen Gründen nie zum Gegenspieler Söchtigs werden, auch wenn er wichtige Funktionen bekleidete.

52) Melle erhielt 229 Stimmen, Söchtig 223, Bergmann 184, Robert 158 und Schoch 132; vergl. ebenda. Die hohe Stimmenzahl Melles deutet noch einmal daraufhin, wieso Söchtig im Januar 1946 die Konfrontation mit ihm umgangen hatte: vergl. Fußnote 50.

Als Ende November 1946 die Delegierten des FDGB Salzgitters zu ihrer Kreiskonferenz zusammentraten⁵⁷⁾, gelang es der KPD auch hier, ihren Einfluß zu verstärken: einmal erreichte sie, daß die Satzung des FDGB so gestaltet wurde, daß der Vorsitzende des FDGB-Kreises kein hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär sein mußte, sondern nebenamtlich tätig sein konnte, was es ermöglichte, Funktionäre aus dem Betrieb an die Spitze der örtlichen Gewerkschaftsorganisation zu stellen, während die hauptamtlichen Sekretäre lediglich anführende Organe des Kreisvorstandes waren. Durch diese Satzungs konstruktion war es möglich, eine enge Verzahnung zwischen betrieblichen Gewerkschaftern, die zumeist Betriebsräte waren, und den wichtigen Funktionen der Gewerkschaft vorzunehmen⁵⁸⁾. Die Delegierten wählten Söchtig zum 1. Vorsitzenden des FDGB in Salzgitter und das SPD-Mitglied Peter Müting zum Stellvertreter; aus dem alten Vorstand wurden neben Söchtig nur noch Schoch und Jahre (beide KPD) wiedergewählt. Busch und Hartmann wurden Geschäftsführer des Vorstandes⁵⁹⁾.

Hatte man in Salzgitter – wie in ganz Niedersachsen – zunächst eine Allgemeine Gewerkschaft angestrebt⁶⁰⁾, so beugte sich der FDGB Salzgitter der Entscheidung der Gewerkschaftskonferenz für die britische Zone in Bielefeld vom August 1946, wonach Industriegewerkschaften gebildet werden sollten, die in einem Dachverband zusammengefaßt werden

53) Vergl. Söchtig, S. 13

54) Vergl. Kurzbiographie Hein Wegener im Anhang

55) Allerdings scheint die Tatsache, daß H. Wegener der SPD angehörte, vielen nicht bekannt gewesen zu sein.

56) Vergl. Müller, S. 28

57) Die Konferenz fand am 30.11.1946 statt. Vergl. auch ebenda, S. 19 ff

58) Die Konstruktion, die den Vorsitz in einem örtlichen Gewerkschaftsgremium mit einer hauptamtlichen Tätigkeit im Solde der Gewerkschaft verbindet, schafft ein Abhängigkeitsverhältnis des Vorsitzenden von den übergeordneten Gewerkschaftsgremien; eine solche Abhängigkeit wird dann relevant, wenn inhaltliche Differenzen zwischen lokalen Gewerkschaftsgliederungen und der Linie der Gesamtgewerkschaft bestehen; daß solche Differenzen bestehen würden, war 1946 bereits absehbar, und deshalb versuchten Söchtig und andere, mit entsprechenden Satzungsbestimmungen die eigene formale Position zu stärken.

59) Vergl. ebenda, S. 22. – Drei der neuen Vorstandsmitglieder konnten als SPD-Mitglieder festgestellt werden: Müting, v. Alven und Evertz; bei Hörmann, Löffelmeier und Wacinski konnte die Organisationszugehörigkeit nicht festgestellt werden. Müting stand politisch bereits damals der Gruppe um Söchtig nahe.

60) Vergl. ebenda, S. 16 ff; Wegener, S. 6 f

sollten⁶¹⁾. In Salzgitter wurden daraufhin 2 wichtige Gewerkschaften gebildet: die IG Metall und die IG Bergbau. Bei letzterer wurde W. Wegener Vorsitzender und war nach der Gewerkschafts-Satzung zugleich Angestellter des Hauptvorstandes in Bochum; W. Wegener gehörte ebenso wie der 2. Vorsitzende Schoch der KPD an. Nach W. Wegener gehörten von ersten IG Bergbau-Vorstand in Salzgitter 7 Mitglieder der KPD und 3 der SPD an. Hier dominierte die KPD recht eindeutig⁶²⁾. Bei der IG Metall wurde Paul Robert Vorsitzender; Söchtig wurde 2. Vorsitzender⁶³⁾.

Bis Mitte 1947 war es Söchtig gelungen, eine zentrale Stellung in der Arbeiterbewegung Salzgitters zu erreichen: er war Betriebsratsvorsitzender des bei weitem größten Betriebes, Vorsitzender des FDGB Salzgitter und 2. Vorsitzender der örtlichen IG Metall. "In den ersten Monaten und Jahren hatte ich nichts anderes im Sinn, als um jede Position in den Gewerkschaften und Betrieben zu kämpfen und so die Schlüsselpositionen zu haben. Jedem Versuch, mich da rauszudrängen, bin ich energisch entgegengetreten, und dadurch hatte ich in den Massenorganisationen eben einen relativ hohen Einfluß"⁶⁴⁾. Diese Einschätzung, die Söchtig von seiner eigenen Tätigkeit gibt, ist wohl zutreffend; in einer anderen Äußerung Söchtigs wird deutlich, wieso er sich so stark auf diese gewerkschaftliche Tätigkeit stützte: "Ich habe mich hier darauf konzentriert, den Einfluß in den Gewerkschaften zu bekommen, gegen Hartmann und Genossen. Diese Auseinandersetzungen waren ziemlich hart. Ich wußte, daß ich die Position in Gewerkschaft und Betrieb brauchte, um meine politischen Auffassungen hier zum Tragen zu bringen"⁶⁵⁾.

61) Vergl. Franz Hartmann: Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 in Niedersachsen. Göttingen, 1972, S. 74 ff; nach Wegener ging die Initiative zur Gründung von Industriegewerkschaften von den Bergleuten in NRW aus: "Die hatten ihre Vorrechte im Bergbau; die haben einfach vollendete Tatsachen geschaffen und einen Industrieverband Bergbau gegründet" (Wegener, S. 7); nach der Entscheidung von Bielefeld war dann die IG Bergbau die erste Einzelgewerkschaft, die in Salzgitter gebildet wurde.

62) Vergl. Wegener, S. 7 63) Vergl. Müller, S. 22 64) Söchtig, S. 10f

65) Ebenda, S. 4. Wenn es später in der KPD-Zeitung "Die Wahrheit. Deutsche Zeitung für die Bevölkerung Niedersachsens" anläßlich des Ausschlusses von Kurt Müller hieß: "Kurt Müller wollte den Brandler-Agenten Söchtig 1945 zum ersten Kreissekretär in Watenstedt-Salzgitter einsetzen" (Wahrheit, 2. Jg., Nr. 76, S. 4), so bestätigt das den Bericht Söchtigs, daß er sich zunächst darauf konzentriert hatte, sich eine Basis in Betrieb und Gewerkschaft zu erarbeiten, denn Söchtig nahm dieses Angebot Müllers, Angestellter der KPD zu werden, nicht an.

Die Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften und in den Betrieben sahen Söchtig zunächst als führendes KPD-Mitglied aktiv. Er nahm am 15. Parteitag der KPD im April 1946 in Berlin teil ⁶⁶⁾, ohne sich allerdings mit dem dort Erlebten zu identifizieren und ohne am folgenden Gründungsparteitag der SED teilzunehmen ⁶⁷⁾. Als Pieck und Grotewohl nach vollzogener SED-Gründung im Juli 1946 in der britischen Zone sprachen, wurden sie zu einer Betriebsversammlung in die Reichswerke eingeladen ⁶⁸⁾, wobei Söchtig sich sehr um die Gäste bemühte ⁶⁹⁾.

Im Oktober 1946 zeigte sich bereits der Beginn einer Distanzierung von Söchtig und anderen von der KPD, als sich der Hauptbetriebsrat dagegen wandte, daß die KPD-Zeitung "Hannoversche Volksstimme" die Zusammensetzung des HBR aus 3 Kommunisten und 2 Sozialdemokraten als Beleg für den Erfolg der Politik der Zusammenarbeit von SPD und KPD wertete, und dagegen betonte, daß das Wahlergebnis nicht Resultat des Zusammengehens der SPD und KPD, sondern Ausdruck der vorbildlichen gewerkschaftlichen Arbeit der Gewählten und ihrer Bereitschaft zur überparteilichen Zusammenarbeit im Betrieb wäre ⁷⁰⁾. Die Differenzen zwischen der Gruppe um Söchtig und der Parteilinie der KPD entwickelten sich an der Einschätzung des Potsdamer Abkommens und der Besatzungspolitik der UdSSR in der unter ihrer Kontrolle stehenden Zone; da die Herausbildung der ablehnenden Position der späteren GAP-Mitglieder nicht im einzelnen nachzuzeichnen ist, kann hierzu der Hinweis genügen, daß sich die Auffassungen von Söchtig u. a. schnell den Positionen, wie sie im Teil 2. dieser Arbeit dargelegt wurden, annäherten.

66) Vergl. Söchtig, S. 4. Söchtig schildert ein Zusammentreffen, das er bei dieser Gelegenheit mit W. Ulbricht hatte: "Der Ulbricht fragte, wie der Kurt Müller dazu käme, mich mitzunehmen nach Berlin, ich sei doch ein Brandlerianer, ein Renegat. Da habe ich gesagt, er solle sich mal andere Gedanken machen: ich bin nämlich Betriebsratsvorsitzender von einem großen Werk, dann werde ich wohl noch interessant für Dich". Ebenda.

67) Vergl. ebenda

68) Vergl. IML beim ZK der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik, Teil III: Von 1945 bis 1963. Berlin 1967, S. 84 f. - Die Einladung an die beiden SED-Vorsitzenden erging von der Delegiertenkonferenz der IG Bergbau in Salzgitter und von 14 Betriebsabteilungen der Reichswerke.

69) Vergl. Wegener, S. 9

70) Vergl. Müller, S. 18 f

Es bestand nicht gleich eine völlige Übereinstimmung zwischen der Analyse Thalheimers und den Auffassungen der in Opposition zur KPD geratene(n) Kommunisten in Salzgitter; kontrovers war in der ersten Zeit vor allem die Einschätzung der Entwicklung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und die der Bedeutung der SED-Gründung für die deutsche Arbeiterbewegung⁷¹⁾. Diese Differenzen konnten aber in längeren Diskussionen ausgeräumt werden, zumal die Auswirkungen der Politik der SED bzw. der Politik, mit der sie sich identifizierte, auf die Westzonen deutlicher wurden.

Wenn Erich Söchtig seine Differenzen mit der KPD benennt, die er damals hatte, dann zählt dazu "die Politik in der sowjetischen Besatzungszone, mit der ich mich nicht identifizieren konnte und auch nicht wollte, weil ich dann hier den Kampf gegen die Demontage nie aufnehmen konnte"⁷²⁾, worauf in Teil 6.4.8. noch näher eingegangen werden wird. Ein wichtiger praktischer Streitpunkt zwischen denjenigen, die in die Richtung der späteren GAP tendierten, und der offiziellen KPD-Politik war die Bestimmung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft, ein Punkt, der bereits zwischen KPO und KPD umstritten war. Nach dem Bericht Erich Söchtigs fing die KPD "...genau wie vor 1933 wieder an ..., hier mit Weisungen zu kommen und gewisse Richtlinien zu geben in der Gewerkschaftsarbeit, die also praktisch wieder darauf hinausliefen, daß man eines Tages wieder aus den Gewerkschaften herausflog, wenn man ihren Empfehlungen gefolgt wäre"⁷³⁾. Diese Richtlinien liefen darauf hinaus, die kommunistischen Gewerkschafter auf Aktionen festzulegen, für die weder in der Gewerkschaft noch im Betrieb eine Basis vorhanden war, was nur zur Isolierung der KPD-Mitglieder führte und somit den Reformisten die "Säuberung" der Gewerkschaften erleichterte. Beinhalteten diese Richtlinien zum einen eine Politik, die darauf hinauslief, mit den

71) Vergl. Th. Bergmann III, S. 32

72) Söchtig, S. 1

73) Ebenda

Gewerkschaften die Politik der Partei machen zu wollen, indem sich diese Politik nicht am Bewußtsein und an der Kampfbereitschaft und -fähigkeit der Gewerkschaftsmitglieder, sondern nur an den Parteimitgliedern, die nach dem eigenen Selbstverständnis die Avantgarde waren, orientierte, schlossen diese Richtlinien auch die Gegentendenz ein, die kommunistische Partei zur Ersatzgewerkschaft zu machen, die selbst die gewerkschaftlichen Kämpfe führen wollte, was nur das Eingeständnis der Unfähigkeit war, die Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen und so die Gewerkschaftsorganisation in den Kampf zu führen. Die Politik, wie sie Söchtig der KPD vorwarf, führte in der Praxis zwar zu hunderten "selbstgewählten Streikleitungen", "Arbeiterkonferenzen" usw., die alle aber darunter litten, daß sich dort die Mitglieder der KPD unter anderen Firmenschildern trafen ⁷⁴⁾.

Als die Differenzen zwischen der offiziellen Politik der KPD und den Auffassungen eines Teils ihrer Mitglieder in Salzgitter deutlich wurden, fanden seit Ende 1946 auf Initiative Söchtigs Treffen statt, aus deren Diskussionen sich später die Gruppe der GAP in Salzgitter entwickelte ⁷⁵⁾. Zu den Teilnehmern an diesen ersten Diskussionen zählten Walter Kienhorn, der wie Söchtig aus der KPO in Schöningen kam, aber erst 1946 nach Salzgitter gekommen war und dort KPD-Mitglied war ⁷⁶⁾, Otto Müller, Otto Bergmann, Wilhelm Weber ⁷⁷⁾ und etwa 25 weitere, die Mitglieder der KPD waren ⁷⁸⁾. Dazu kamen einige wie Karl Sievers ⁷⁹⁾, die vor 1933 der SAP angehört hatten. Kennzeichnend für diese Gruppe war, daß nur zwei ihrer Mitglieder - Söchtig und Kienhorn - aus der KPO kamen, während der überwiegende Teil von verschiedenen Seiten her zu dieser Strömung der deutschen Arbeiterbewegung hinstieß; von Anfang an waren auch einige SPD-Mitglieder zumindest in enger Beziehung zu dieser Gruppe, so auf jeden Fall Hein Wegener und Peter Müting, die wichtige Funktionen in der Gewerkschaft innehatten. Während also die KPO-Tradition - im Vergleich zu Stuttgart - relativ schwach entwickelt war, war es den Mitgliedern dieser sich Ende 1946 formierenden Gruppe gelungen, sehr wichtige Positionen in den Betriebsräten, in der IG Metall und im FDGB zu erarbeiten.

74) Vergl. KPO-Plattform, S. 62, Frage 168

75) Vergl. Interview mit Walter Kienhorn am 10. 10. 1974, S. 5; im folgenden zitiert als: Kienhorn. Interview vom 4. 11. 1975, S. 8

Diese Tatsache gewinnt deshalb besondere Bedeutung, weil die Belegschaft der Reichswerke nur über eine sehr geringe gemeinsame Tradition verfügte, die zudem in die Zeit der Herrschaft des Faschismus fiel, was der Herausbildung von Formen politischen und gewerkschaftlichen Handelns nicht eben förderlich war; die Notwendigkeit, unter diesen Bedingungen eine funktionierende Gewerkschaftsorganisation aufzubauen, erforderte zwar eine große politische und organisatorische Leistung der "fertigen" Kader, die nach Salzgitter zugezogen waren, gab ihnen aber auch die Chance, mit dieser Arbeit das Vertrauen großer Teile der Belegschaft zu gewinnen, denn bei den täglichen Kleinarbeiten wurde sehr schnell deutlich, wer was tat und wer was nicht tat. Diejenigen, die sich als die aktiven erwiesen und über ein Konzept verfügten, konnten sich Vertrauen und Ansehen erwerben, auch bei denjenigen, die mit den politischen Vorstellungen, wie sie Söchtig und andere vertraten, nicht übereinstimmten. Von besonderer Bedeutung war es, daß viele Mitglieder der SPD im Betrieb und in der Gewerkschaft die Arbeit der sich formierenden Gruppe der GAP unterstützten, auch wenn sie mit vielen allgemeinen politischen Auffassungen der GAP nicht übereinstimmten. Zwar gab es Versuche von Seiten der SPD, ihre Mitglieder gegen die GAP, personifiziert in Erich Söchtig, zu mobilisieren, doch gelang es der SPD nicht, eine inhaltliche Alternative zu entwickeln, die die Interessen der Belegschaft der Hütte aufnahm. Aus diesem Grunde unterstützten selbst so überzeugte Sozialdemokraten wie Paul Stein lange Jahre die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit der GAP, auch wenn sie die Konzeption der Gruppe als kommunistisch ablehnten⁸⁰⁾. Die Haltung - Unterstützung oder wohlwollende Duldung der betrieblichen Aktivitäten der GAP bei gleichzeitiger Distanz zur allgemeinen Politik der Gruppe - war verbreitet und enthielt bereits die Probleme, vor die sich gerade in Salzgitter die GAP in den späteren Jahren gestellt sah⁸¹⁾.

76) Vergl. Kurzbiographie Walter Kienhorn im Anhang

77) Vergl. Kurzbiographie Wilhelm Weber im Anhang

78) Vergl. Söchtig, S. 5; Interview vom 4. 11. 1974, S. 9.

79) Vergl. Kurzbiographie Karl Sievers

80) Vergl. Interview mit Paul Stein am 8. 10. 1974, S. 4

81) Vergl. die Teile 6. 4. 8. und 8. dieser Arbeit

4. 3. Zusammenfassende Darstellung des Sammlungsprozesses

Die politische Arbeit der überlebenden ehemaligen Mitglieder der KPO entwickelte sich nach 1945 nicht einheitlich, selbst wenn man nur die Westzonen zur Grundlage der Untersuchung wählt, wie es in dieser Arbeit geschieht. Ein Teil der Mitglieder der KPO war 1945 durch die Verfolgungen durch die Faschisten physisch stark angegriffen und von daher kaum in der Lage, aktiv politische Arbeit zu leisten ¹⁾. Die Wege derjenigen, die altersmäßig und gesundheitlich noch die äußeren Voraussetzungen mitbrachten, um politisch weiterzuarbeiten, konnten nicht abschließend geklärt werden. Während Theodor Bergmann berichtet, daß sich nur wenige ehemalige Angehörige der KPO nach 1945 der KPD anschlossen ²⁾, erinnert sich ein anderer, daß fast alle ehemaligen KPO-Mitglieder zunächst in der KPD tätig wurden ³⁾; eine Erklärung für diese gegensätzlichen Auffassungen liegt darin, daß sich die erste Angabe auf einen weiter gefaßten Personenkreis bezieht als die zweite, die nur auf diejenigen abstellt, die nach 1945 versuchten, die politischen Grundauffassungen der KPO unter den veränderten Bedingungen zum Tragen zu bringen. Die vom Verfasser vorgenommenen Befragungen ergaben eine Bestätigung der zweiten Darstellung, wobei die Befragungen sich aber auf diejenigen konzentrierten, die sich später in der Gruppe Arbeiterpolitik organisierten.

In Solingen, Nürnberg, Bremen, Hamburg und Braunschweig schlossen sich fast alle derjenigen der ehemaligen Mitglieder der KPO, die später zur GAP stießen, nach 1945 zunächst der KPD an ⁴⁾; vor allem in Bremen, aber auch in Braunschweig gehörten zu diesem Kreis auch einige, die aus der SAP bzw. deren Jugendverband SJVD stammten. In Nienburg schloß sich derjenige, der später eine Gruppe der GAP um sich sammelte, zunächst der SPD an. Soweit festgestellt werden konnte, waren diejenigen in der Minderzahl, die nach 1945 zwar politisch wieder aktiv – im Sinne einer modifizierten KPO – Position – wurden, sich aber weder KPD noch SPD anschlossen; zu diesen zählten Theodor Bergmann, Gustav Mößner und einige andere, vor allem in Stuttgart.

1) Vergl. Interview vom 18. 1. 1975, S. 4; Th. Bergmann I, S. 20

2) Vergl. Th. Bergmann I, S. 4

3) Vergl. Interview vom 18. 1. 1975, S. 4

4) Die Darstellung im einzelnen erfolgt in Teil 6.4. dieser Arbeit

Es war allerdings nicht so, daß alle ehemaligen KPO-Mitglieder, die sich nach Kriegsende wieder politisch engagierten, später zur GAP stießen oder zumindest mit ihr sympathisierten. Hierfür stehen einige markante Beispiele: Adolf Ehlers war mit der KPO-Minderheit 1932 zur SAP gegangen und hatte sich 1945 wieder der KPD angeschlossen, für die er in Bremen Senator wurde; bereits 1946 trat er zur SPD über, wo er es später bis zum Mitglied des Parteivorstandes brachte ⁵⁾. Zu den von der KPD gestellten Landesministern zählten auch die beiden ehemaligen KPO-Mitglieder Rudolf Kohl ⁶⁾ und Rudolf Wiesener ⁷⁾. Von den Bestrebungen der GAP hielten sich auch zwei wichtige Vertreter der KPO-Minderheit fern, nämlich Jakob Walcher ⁸⁾ und August Enderle ⁹⁾; während Walcher sich der KPD/SED anschloß, ging Enderle den Weg zur Sozialdemokratie und stand dort eher auf dem rechten als auf dem linken Flügel ¹⁰⁾. Anfang der fünfziger Jahre gab es einen größeren Schub von ehemaligen KPO-Mitgliedern weg von der KPD und hin nicht zur GAP, sondern zur SPD ¹¹⁾.

Hatte die KPO unter dem Eindruck der Entwicklung der KI und ihrer Sektionen nach dem VII. Weltkongreß der KI ihre ursprüngliche Intention, die KPD und darüber vermittelt die KI "für die richtige kommunistische Taktik" zu erobern ¹²⁾, aufgeben müssen, so stellt sich in Anbetracht der Tatsache, daß nach 1945 viele ehemalige KPO-Mitglieder der KPD beitraten, die Frage, inwieweit dieses Verhalten mit den Auffassungen von Brandler und Thalheimer, deren Autorität und Kompetenz bei allen, die später zur GAP kamen, außer Frage stand, zu vereinbaren war, bzw.

5) Vergl. Weber II, S. 102 f; vergl. auch die Kurzbiographie Adolf Ehlers im Anhang

6) Vergl. Teil 4.2.1. dieser Arbeit, Vergl. Nachschrift 2.

7) Vergl. Kurzbiographie Rudolf Wiesener im Anhang

8) Vergl. Weber II, S. 334 f

9) Vergl. ebenda, S. 109 f

10) Ein Mitglied der GAP beurteilt die Entwicklung der beiden ehemaligen KPO- und SAP-Funktionäre so: "Walcher hatte eine besondere Stellung (in der KPO-Minderheit d. V.), der ist ja nie so weit gegangen wie zum Beispiel der Enderle. Ein ganzer Teil von der KPO-Minderheit ist ja versumpft, Enderle ist nur ein Ausdruck dieser Geschichte. Walcher ist dann zurückgegangen (zur KPD d. V.) und hat gesagt: wenn nicht so (= KPO d. V.), dann so (= KPD d. V.), aber ich trenne mich nicht vom Kommunismus". Interview vom 18. 1. 1975, S. 3

11) Vergl. Teil 6.3. dieser Arbeit

12) KPO-Plattform, S. 7, Frage 5; vergl. auch Teil 1.2. dieser Arbeit.

die Frage, ob nicht ein Teil der ehemaligen KPO-Mitglieder das ursprüngliche Konzept der Organisation auch 1945 weiter verfolgte.

Um diese Frage ansatzweise zu klären, ist es erforderlich, auf die Entwicklung in Deutschland nach 1933 einzugehen, wie sie sich für die KPO im Inland darstellte. Bereits in der Plattform der KPO fand sich die Einschätzung, daß die KPD aufhörte, "in der Wirklichkeit die Trägerin des Kommunismus zu sein, daß sie sich in einem leerlaufenden Apparat verwandelt, der mit dem wirklichen Kampf der Arbeiterklasse nichts mehr zu tun hat und der schließlich bei der ersten ernststen revolutionären Probe physisch und moralisch zusammenbricht" ¹³⁾, falls der ultralinke Parteikurs weiter fortgesetzt würde. Diese Voraussage hatte sich 1933 erfüllt, und diese Entwicklung bedeutete einen weiteren Schritt hin zu dem Punkt, wo eine falsche Taktik schließlich dazu führte, daß die kommunistischen Grundsätze und Ziele von der KPD aufgegeben wurden. Dieser in der Plattform gegebene Maßstab dafür, ob für die ursprüngliche KPO-Taktik noch die Voraussetzungen vorhanden waren, war jedem KPO-Mitglied bekannt, so daß es keines Anstoßes von außen bedurfte, damit die im Widerstand tätigen Mitglieder der Kommunistischen Opposition ihre politische Linie nach 1935 entsprechend veränderten. Außerdem bestand von den meisten illegalen KPO-Gruppen zu dieser Zeit noch Kontakt zum AK der KPO in Paris, das die entsprechende Einschätzung, daß die KPD den Boden des Kommunismus verlassen habe, bald nach dem VII. Weltkongreß der KI vertrat ¹⁴⁾. Es kann also davon ausgegangen werden, daß auch die Inlands-KPO zu der Auffassung gelangt war, daß dem alten Konzept der Eroberung der KPD durch die Regression der KPD zu einer tendenziell sozialdemokratischen Organisation die Voraussetzung entzogen war.

Eine solche Einschätzung der KPD änderte aber nichts an der Tatsache, daß viele Mitglieder dieser Organisation Kommunisten in dem Sinne geblieben waren, daß sie das, was die KPO die Grundsätze und Ziele des Kommunismus nannte, weiter vertraten. Zudem hatte ein Teil der Partei-

13) KPO-Plattform, S. 70, Frage 187

14) So hatte Söchtig, der ziemlich isoliert arbeiten mußte, noch bis 1936 Kontakt zum Berliner Komitee der KPO; vergl. Söchtig, S. 3. Ein anderer berichtet, daß die Emigrationsgruppe in Schweden auf jeden Fall bis 1939 Kontakt zur Inlands-KPO hatte; vergl. Interview vom 18. 1. 1975, S. 1 f.

mitglieder durch die politische Entwicklung die taktischen Fehler der alten KPD-Politik eingesehen, und deshalb war die KPO bestrebt, mit diesen Kräften zusammenzuarbeiten, auch wenn diese sich weiterhin zur KPD zählten. Wo es zur Zusammenarbeit zwischen Angehörigen der KPO und der KPD kam, geschah das auf der Grundlage der KPO-Position. Ausgehend von der Erfahrung im Widerstand, daß sich die KPO-Position bei den Mitgliedern der KPD durchsetzte, schlossen sich viele ehemalige KPO-Mitglieder nach 1945 der Organisation an, die KPD hieß, die aber in ihrem Bewußtsein mit der gleichnamigen Partei der Weimarer Zeit politisch nichts mehr gemeinsam hatte: für sie war die KPD nach 1945 gewissermaßen eine neue Partei. Ein Mitglied der GAP analysiert die KPD-Beitritte ehemaliger KPO-Mitglieder nach 1945 wie folgt: "Daß sie zur KPD gegangen sind, hängt zusammen damit, daß eigentlich die Probleme, vor denen die kommunistische Bewegung in der Weimarer Republik bis 1933 gestanden hatte, in den Köpfen der Menschen geklärt waren. Es war klar, daß die Partei Fehler gemacht hatte, daß die Politik der KPO richtig war, und daß auch unter all' den Leuten, die im Inland waren, die Vorstellung war, daß die alten Differenzen bereinigt waren, weil diese Dinge jetzt entschieden waren; man wollte einen neuen Anfang machen" ¹⁵⁾; diese Einschätzung deckt sich mit der von Erich Söchtig und Walter Kienhorn ¹⁶⁾. Diese Erwartung des neuen Anfangs wurde auch durch das erste Verhalten der "neuen" KPD bestärkt: so wurden die ehemaligen KPO-Mitglieder, die es in der KPD-Propaganda der Weimarer Republik immerhin zu "Sozialfaschisten" gebracht hatten, die vernichtet werden mußten ¹⁷⁾, ohne weiteres in die KPD aufgenommen ¹⁸⁾ und erhielten in ihr herausgehobene Funktionen: erinnert sei an die Minister Ehlers, Wiesener und Kohl⁺ in den Westzonen; Robert Siewert wurde sogar Innenminister in Sachsen-Anhalt und Mitglied des SED-Parteivor-

15) Ebenda, S. 4

16) So führt Söchtig aus: "Nach 45 war es so, daß ich ... annahm, daß die (KPD-Anhänger d. V.) durch die Nazizeit, durch die Herrschaft und die Auswirkungen des Terrors einiges hinzugelernt hätten"; Söchtig, S. 1. Vergl. auch Kienhorn, S. 2.

17) Vergl. Tjaden: KPO, S. 197 ff

18) Dem Verfasser ist kein Fall bekannt geworden, in dem ein ehemaliges Mitglied der KPO nicht in die KPD aufgenommen worden wäre.

+) Vergl. Nachschrift 2 im Anschluß an Teil 8. dieser Arbeit.

standes ¹⁹⁾.

Diese Vorstellung vieler ehemaliger KPO-Mitglieder hatte nicht lange Bestand, denn wenn es auch für die KPD-Führung einige Schwierigkeiten gab, die "Linie" durchzusetzen ²⁰⁾, vor allem die geforderte Politik auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens einschließlich der Zusammenarbeit mit den Westalliierten und die Politik der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung mit dem Verzicht auf die "alten" kommunistischen Forderungen, so gelang es ihr doch zunehmend. Durch diese Entwicklung wurden die ehemaligen KPO-Mitglieder veranlaßt, sich neben der KPD zu versammeln und sich zu organisieren, ohne deshalb gleich aus der KPD auszutreten ²¹⁾.

Einige ehemalige Mitglieder der KPO gingen die Frage der KPD-Mitgliedschaft von einer anderen Ausgangsposition an. Diese Kommunisten folgten der Einschätzung Thalheimers von der KPD als einer Partei, die nicht Ausdruck der Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse war ²²⁾, kamen aber bei einer Untersuchung der KPD-Mitgliedschaft zu folgendem Ergebnis: "Nach 1945 war sie (d. h. die KPD d. V.) der Ausdruck der Wünsche von vielen Arbeitern, sowohl von solchen, die noch Tradition hatten aus der Weimarer Republik, als auch von solchen, die ihre Erfahrungen unter den Nazis gesammelt hatten. Für die gab es nur noch eins, und das war der Kommunismus!" ²³⁾. Auch Arbeiter, die bis 1933 der Sozialdemokratie angehört hatten, kamen zu dieser Auffassung: "Sobald Arbeiter bereit waren, den Kampf aufzunehmen und zu führen gegen die Nationalsozialisten, konnten sie das nur auf der Basis eines mehr oder weniger kommunistischen Denkens. So ist es auch erklärlich, daß die illegalen sozialdemokratischen Gruppen, die nach 1933 entstanden waren, alle mehr oder weniger zum Kommunismus hin tendierten Daher kam

19) Vergl. Teil 6.4.11. dieser Arbeit; vergl. auch die Kurzbiographie Robert Siewert im Anhang.

20) Vergl. beispielsweise die verschlüsselten Hinweise bei Gerhard Mannschatz und Josef Seider: Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren (1945 - 1947). Berlin o. J., Reprint o. O., O. J., S. 31 f, 34, 46, 102. Vergl. auch Fichter: Bosch S. 29 ff.

21) Vergl. z. B. Söchtig, S. 1

22) Vergl. Teil 2.3. dieser Arbeit

23) Interview vom 18. 1. 1975, S. 10

es, daß nach 1945 alle die Schichten, die aus dieser Periode hervorgegangen waren, an die Aufgaben nur noch von dem Standpunkt herangingen, der lautete: es gibt nur noch eins in Deutschland, und das ist der Kommunismus" ²⁴⁾. Nach dieser Einschätzung sammelten sich die revolutionär gestimmten Arbeiter nach 1945 zunächst in der KPD - und weil es darum ging, Zugang zu diesen Kräften zu gewinnen, traten einige ehemalige KPO-Mitglieder der KPD bei, denn "man (mußte d. V.) dort hingehen...., wo die Leute waren, mit denen man sich unterhalten wollte und mit denen man über die politischen Probleme sprechen konnte" ²⁵⁾. Allerdings hatten diese Eintritte in die KPD nicht die Funktion, damit Probleme in die KPD von außen hineinzutragen, sondern es ging darum, Widersprüche, die zwischen den politischen Zielen der Mitglieder und der offiziellen Politik bestanden, in der Weise aufzugreifen, daß die enttäuschten Arbeiter sich nicht mit der Distanzierung von der KPD-Politik auch von der kommunistischen Bewegung zurückzogen. Diese Aufgabe, zu verhindern, daß die Politik der KPD die kommunistische Bewegung zersetzte, folgte aus der Situation, wie sie nach 1945 in Deutschland bestand; diese Aufgabe wurde zwar - auch - von solchen Kommunisten angegangen, die vorher der KPO angehört hatten, doch das heißt nicht, daß die Aufgabe und die ihr zugrundeliegenden Probleme von den ehemaligen KPO-Mitgliedern geschaffen wurden ²⁶⁾. In der KPD-Propaganda verkehrte sich dieser Zusammenhang dahingehend, daß die ehemaligen KPO-Mitglieder zur Ursache der Zersetzung der KPD erklärt wurden.

Diejenigen, die aus der oben genannten Einschätzung heraus der KPD beitraten ²⁷⁾, erwarteten nicht, dort die eigene Position durchsetzen zu können, um gewissermaßen die alte Aufgabe der KPO doch noch zu lösen: "Diese Einschätzung lag überhaupt nicht mehr vor. Die Einstellung zur

24) Ebenda, S. 11

25) Ebenda, S. 5

26) Vergl. ebenda

27) Von der Funktionsbestimmung des Beitrittes zur KPD her war es auch vertretbar, in die SPD einzutreten: "Das Entscheidende ist, ob er diese politischen Gedanken (der späteren GAP d. V.) dort vertreten kann und vertritt; wenn einer das macht, dann kann er auch in der SPD sein". Ebenda, S. 6

KPD ... war vollkommen anders als zur Zeit der Weimarer Republik. Für uns war es vollkommen klar, daß diese Parteien (KPD und SPD d. V.) nicht der Ausdruck der politischen Bewegung der deutschen Arbeiterklasse waren, sondern Überbleibsel, die ... von den Besatzungsmächten lizenziert waren. Es war für uns klar, daß die wirkliche Partei, die entstehen müßte, oder das, was die Arbeiterklasse an politischer und organisatorischer Führung brauchte, nur entstehen könnte aus neuen Klassenkämpfen, aus neuen Bewegungen der Arbeiterklasse unter den neuen Bedingungen" ²⁸⁾. Die zugelassene KPD und auch die SPD wurden - unbeschadet der Einschätzung, die Thalheimer von ihnen gegeben hatte - als organisatorische Fakten hingenommen, deren Existenz in den politischen Bemühungen der ehemaligen KPO-Mitglieder als formaler Ausgangspunkt akzeptiert wurde ²⁹⁾.

Diese Haltung übernahmen später auch die ehemaligen KPO-Mitglieder, die zunächst mit der Vorstellung eines "neuen Anfangs" in die KPD eingetreten waren, nachdem sich diese Erwartung zerschlagen hatte; hierin lag der Grund, daß sie versuchten, so lange wie möglich in der KPD zu bleiben: "Jeder von uns wußte - und das brauchte man keinem von uns zu sagen - , daß man gegen den Ausschluß kämpfen mußte, nicht wegen einer Position, sondern um den Leuten (in der KPD d. V.) klar zu machen, worum es politisch ging ... Wir haben gesagt, der Kampf muß geführt werden bis hin zum Ausschluß" ³⁰⁾.

Neben der Arbeit in der KPD entwickelten sich Diskussionskreise - wie an Hand der Beispiele Stuttgart und Salzgitter geschildert - , die dann festere Formen annahmen, sobald die Beteiligten sich über die anstehenden politischen Aufgaben ausreichende Klarheit und Einigkeit verschafft hatten ³¹⁾. Die entstehenden Gruppen wurden als Kristallisationspunkte für eine neue kommunistische Organisation angesehen, wenn auch die dort

28) Ebenda

29) "Wir haben die Parteien nur organisatorisch zur Kenntnis genommen und haben uns da eingeordnet, solange das für die Durchsetzung kommunistischen Denkens auszunutzen war". Ebenda. Vergl. auch Mitteilung von Willi Rahm jr. am 26. 9. 1974, S. 1; im folgenden zitiert als: Rahm II.

30) Interview vom 18. 1. 1975, S. 10

31) "In dem Maße, wie sich bei den Leuten die Bereitschaft herausschälte, die politischen Aufgaben anzupacken, bildeten sich auch die organisatorischen Formen, die notwendig waren, um diese Aufgaben zu erfüllen". Ebenda, S. 7.

organisierten Kommunisten sich keine Illusionen über das eigene politische Gewicht machten³²⁾. Zwar gab es eine – zunächst örtliche – Verbindung zwischen den späteren GAP-Mitgliedern innerhalb der KPD, doch war diese Verbindung nicht mehr mit dem zu vergleichen, was die KPO vor 1933/35 angestrebt hatte, denn die neuen Zusammenschlüsse waren auf eine neue KP gerichtet, nicht mehr auf die Reformierung der KPD. Die späteren GAP-Mitglieder organisierten sich nicht deshalb, um eine andere Linie in der KPD durchzusetzen, sondern um die sich an dieser Partei orientierenden revolutionären Kräfte für eine an den Interessen der deutschen Arbeiterklasse ausgerichtete neue Organisation zu gewinnen, die sich nicht zum Handlanger der Interessen der Alliierten machte³³⁾. Wieweit dieses Vorgehen erfolgreich war, läßt sich an der Entwicklung der Gruppe nur insoweit ablesen, wie berücksichtigt wird, daß die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung bald eine Richtung nahm, die der Herausbildung einer kommunistischen Organisation nicht eben förderlich war³⁴⁾.

4.4. Die überregionale Formierung der Gruppe Arbeiterpolitik bis 1948

Wie oben schon erwähnt, hatten die Verbindungen zwischen den illegalen KPO-Gruppen im Inland und zum AK bis zum Kriegsbeginn gut funktioniert, hatten sich dann aber gelockert, ohne allerdings ganz abzureißen. Die Emigrationsgruppe in Schweden verfügte gegen Kriegsende sowohl über Kontakte zu Brandler und Thalheimer in Kuba als auch zu den Gruppen in Deutschland, wobei die letzteren Verbindungen zu Kriegsende

32) Vergl. Interview mit Theodor Bergmann am 30.11.1974, S. 2; im folgenden zitiert als Th. Bergmann II. – An anderer Stelle betont Th. Bergmann: "Ich glaube, nach 1945 waren die meisten Leute (aus der KPO d. V.) wohl der Meinung, daß diese Parteien so mit 'ihren' Besatzungsmächten verbunden seien und so bürokratisiert seien, daß hier eine wirkliche Eroberung nicht möglich sei, daß hier die Schaffung einer selbständigen revolutionären Partei erwünscht sei, aber niemand von uns hat damals organisatorische Pläne gemacht, weil wir gewußt haben, wie klein eigentlich dieser Haufen von radikalen Sozialisten ist, daß es eigentlich eine Überheblichkeit wäre, mit großen Parteigründungen aufzutreten und sich hier große Namen zuzulegen". Th. Bergmann III, S. 28.

33) So urteilt Theodor Bergmann, der allerdings auch hier den Anteil derjenigen GAP-Mitglieder sehr niedrig schätzt, die der KPD nach 1945 beigetreten waren: "Die Gruppe Arbeiterpolitik war keine Fraktion in der KPD, obwohl es einige Leute gab, die in der KPD waren, aber zur Gruppe Arbeiterpolitik feste Beziehungen hatten". Ebenda, S. 26. Vergl. auch Interview vom 18.1.1975, S. 5 f

34) Vergl. die Teile 5.2., 6.3. und 6.4. dieser Arbeit.

immer schwächer geworden waren ¹⁾. Nach Absprache mit den KPO-Mitgliedern in Schweden reiste der Däne Mogens Boserup nach Deutschland, um dort Verbindungen zu den überlebenden KPO-Mitgliedern und einigen SAP-Mitgliedern aufzunehmen ²⁾; Boserup bekam als dänischer Staatsbürger schneller eine Einreiseerlaubnis nach Deutschland als die deutschen Emigranten der KPO. Boserup suchte in Deutschland verschiedene Orte auf, an denen vorher KPO-Gruppen bestanden hatten, u. a. Solingen ³⁾. Als am 1. März 1946 u. a. Theodor Bergmann aus Schweden nach Deutschland zurückgekehrt war, unternahm er verschiedene Reisen, um Kontakte aufzunehmen und zu vertiefen, während ein anderer zurückgekehrter Emigrant die politische Arbeit in Hamburg aufnahm, wo sich bereits einige Genossen gesammelt hatten ⁴⁾. Th. Bergmann konnte Kontakte in Bremen, Solingen, Köln, Essen, Duisburg, Dortmund, Frankfurt, Offenbach, Stuttgart und Umgebung, Nürnberg und Braunschweig aufnehmen ⁵⁾. Über Braunschweig bekam er auch Verbindungen nach Salzgitter, wohin er ebenfalls reiste. Solche Reisen zur Herstellung von politischen Verbindungen wurden auch von anderen Mitgliedern aus den verschiedenen sich sammelnden örtlichen Gruppen unternommen ⁶⁾. Über die so geschaffenen Verbindungen verbreiteten diejenigen, die den Kontakt zu Brandler und Thalheimer hatten, die von den beiden verfaßten Aufsätze, so auch die beiden später als Broschüren gedruckten Arbeiten Thalheimers "Die Potsdamer Beschlüsse" und die "Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg". Zu den Beiträgen von Brandler und Thalheimer kamen solche von Waldemar Bolze, der noch gezwungenermaßen im französischen Exil lebte und sich nur für jeweils

1) Vergl. Interview vom 18. 1. 1975, S. 1 f

2) Vergl. Th. Bergmann, I, S. 2; vergl. auch Interview vom 18. 1. 1975 S. 2, wo auch Reisen anderer Freunde der KPO aus dem Ausland nach Deutschland erwähnt wurden, ohne daß diese Angaben näher ausgeführt wurden.

3) Vergl. Mitteilung von Willi Rahm jr. am 16. 9. 1974, S. 1; im folgenden zitiert als: Rahm I. Die Namen weiterer Orte, die Boserup besuchte, konnten nicht festgestellt werden.

4) Die lokalen Entwicklungen werden in Teil 6. 4. dieser Arbeit behandelt.

5) Vergl. Th. Bergmann I, S. 2 f.

6) Vergl. Interview vom 4. 11. 1974, S. 17

kurze Zeiträume illegal in Deutschland aufhalten konnte; außerdem wurden auch von in Deutschland ansässigen Mitgliedern der Gruppe Artikel für die regelmäßig erstellten und verbreiteten Materialien erarbeitet ⁷⁾.

Diese Unterlagen wurden an verschiedenen Orten vervielfältigt und durch Kuriere verbreitet ⁸⁾. Auf diese Weise wurde die "Internationale monatliche Übersicht" verbreitet, die ab August 1946 beinahe regelmäßig einmal im Monat erschien ⁹⁾, ebenso die "Briefe aus Nah und Fern", "Briefe aus der Ferne", "Proletarische Gedanken" und der "Arbeiterbrief" ¹⁰⁾.

Die Materialien wurden relativ breit gestreut verbreitet, um sie nicht nur als Diskussionsmaterial mit den noch politisch aktiven ehemaligen KPO-Mitgliedern zu verwenden, sondern darüber hinaus diejenigen anzusprechen, die den Widerspruch zwischen der Politik der offiziellen Arbeiterbewegung und den Erfordernissen der kommunistischen Politik im besetzten Deutschland erkannt hatten. Nicht nur in den Materialien, sondern auch durch das persönliche Auftreten in der KPD und den Gewerkschaften sollte die Perspektive, die sich die sich sammelnde Gruppe schrittweise erarbeitete, verdeutlicht werden. Die Ausarbeitung der politischen Linie der späteren Gruppe vollzog sich zwar unter erheblichem theoretischen Einfluß von Brandler und Thalheimer ¹¹⁾, doch die politischen Auffassungen der späteren GAP bestanden nicht aus einer einfachen Übernahme der Ergebnisse der Analysen dieser beiden Kommunisten. Bereits ehe diese Ergebnisse den ehemaligen KPO-Mitgliedern bekannt waren, hatten sie damit begonnen, unter den neuen Bedingungen den nun angemessenen Weg der proletarischen Revolution in Deutschland theoretisch zu bestimmen, waren im Widerspruch zur KPD-Politik geraten

7) Vergl. Bergmann I, S. 5 und S. 7; Interview vom 18.1.1975, S. 9.

8) Als Orte, an denen die Materialien vervielfältigt wurden, nennt Th. Bergmann Hamburg, Stuttgart, Nürnberg und Salzgitter; vergl. Th. Bergmann II, S. 5. Vergl. auch Interview vom 4.11.1974, S. 8 f.

9) Vergl. Gruppe Arbeiterpolitik: Archiv Arbeiterpolitik, Rundbrief No. 1, Bremen 1971, S. 14 ff.

10) Vergl. ebenda, S. 17 ff.

11) Dieser Einfluß von Brandler und Thalheimer wurde immer wieder in den Gesprächen von den damaligen Mitgliedern der GAP betont; die beiden verbliebenen Mitglieder des Auslandskomitees der KPO waren damals unbestritten die eigentlichen Köpfe der Gruppe. Es war "praktisch allgemein anerkannt ..., daß die eigentliche Leitung ... Brandler und Thalheimer waren". Interview vom 18.1.1975, S. 9. Vergl. auch Th. Bergmann I, S. 5.

und hatten sich organisiert, um die sich stellende Aufgabe besser lösen zu können: hierbei konnten dann die Analysen Brandlers und Thalheimers hilfreich sein. War schon eigene politische Erfahrung notwendig, um überhaupt zu einer Auseinandersetzung mit den Positionen der beiden führenden Mitglieder der ehemaligen KPO zu kommen, so war diese eigene Erfahrung auch weiterhin dazu erforderlich, um die bei den Analysen der beiden im Exil lebenden Kommunisten notwendige Abstraktheit überwinden zu können ¹²⁾. Dieser wichtige Schritt war nur dann zu leisten, wenn man in der tatsächlich vorhandenen – wenn auch durch die Besatzungssituation deformierten – Arbeiterbewegung drinsteckte und so den "subjektiven Faktor" aus eigener Erfahrung kannte.

Mit der Intensivierung der Diskussion an den einzelnen Orten und zwischen den verschiedenen lokalen Gruppen erwuchs die Notwendigkeit, die Kontinuität der Erstellung und Verbreitung des politischen Materials zu sichern; die dazu erforderlichen Spenden und Beiträge festigten dann die organisatorischen Zusammenhänge, die durch entsprechende Fortschritte in der politischen Klärung inhaltlich bereits die erforderliche Substanz gewonnen hatten ¹³⁾.

1947 war dann der Punkt in der Diskussion erreicht, an dem es möglich war, auf einer Konferenz der verschiedenen lokalen Gruppen die politische Konzeption einer einheitlichen Gruppe herauszuarbeiten. Diese Konferenz fand Ostern 1947 nahe Rieseberg statt ¹⁴⁾; bei dem Ort hatte die KPO Braunschweig ein Landheim errichtet, das spätere "Käthe-Kollwitz-Haus" ¹⁵⁾. Rieseberg liegt etwa zwischen Braunschweig und Helmstedt bei dem Ort Königslutter im Elm. Auf dieser Konferenz war eine größere Gruppe aus Salzgitter angereist einschließlich einiger Leute, die nicht zum festen Kreis der örtlichen Gruppe zählten und die durch die Diskussionen auf diesem Treffen noch gewonnen werden sollten ¹⁶⁾. Aus

12) Zu der Notwendigkeit, die Untersuchungen Thalheimers zu konkretisieren: vergl. die Teile 2.4., 2.5. und 3.2. dieser Arbeit.

13) Vergl. Interview vom 18.1.1975, S. 7.

14) Vergl. Th. Bergmann II, S. 4; Interview von Herbert Scheibe mit Kuno Kirchner vom 8.1.1974, S. 2, im folgenden zitiert als: Kirchner; Söchtig, S. 2; Kienhorn, S. 4; Interview vom 4.11.1974, S. 9; Interview vom 18.1.1975, S. 7 f

15) Vergl. Kirchner, S. 1

16) Vergl. Interview vom 4.11.1974, S. 9

Braunschweig waren u. a. der damalige Minister Wiesener und einige weitere KPD-Mitglieder, die hohe Funktionen in der Verwaltung des Landes Braunschweig innehatten, gekommen ¹⁷⁾. Aus Solingen nahm zumindest Willi Rahm an dieser Konferenz teil ¹⁸⁾, die Hamburger Gruppe war ebenfalls mindestens durch ein Mitglied vertreten ¹⁹⁾. Aus Bremen und Stuttgart waren mit großer Wahrscheinlichkeit Vertreter anwesend, vermutlich auch jemand aus Nürnberg ²⁰⁾. Einer der wichtigsten Teilnehmer war illegal aus Frankreich eingereist: Waldemar Bolze ²¹⁾.

Auf Grundlage der bis dahin erschienen Materialien wurde versucht, die weitere Arbeit zu bestimmen, und "es wurde abgeklärt, wer mitmachen wollte und wer nicht" ²²⁾. Dabei kam es zu einer tiefgreifenden Auseinandersetzung mit Wiesener und einigen anderen aus Braunschweig, deren Tätigkeit in der Verwaltung des Landes Braunschweig auf heftige Kritik stieß; zumindest Wiesener hielt sich daraufhin später von der GAP fern ²³⁾. Die meisten anderen Teilnehmer konnten sich aber über gemeinsame politische Einschätzungen und Perspektiven verständigen. Da es keine schriftlichen Unterlagen über diese Konferenz gibt, kann über die damalige Diskussion nichts gesagt werden; soweit sich die Teilnehmer erinnern, deckte sich die politische Linie, die auf dieser Konferenz erarbeitet wurde, mit den Analysen Thalheimers, wie sie in Teil 2. dieser Arbeit dargelegt wurden. In diesem Sinne kann man seit Ostern 1947 von einer überörtlichen Gruppe Arbeiterpolitik sprechen. Diese Konferenz in Rieseberg war auch ein gewisser Abschluß der Sammlungsphase der Gruppe, die nun versuchen konnte, weitere politische Schritte anzugehen ²⁴⁾.

17) Vergl. Kirchner, S. 1 f; Söchtig, S. 2; Interview vom 18.1.1975, S. 8.

18) Vergl. Rahm I, S. 1; Interview vom 18.1.1975, S. 8.

19) Vergl. ebenda

20) Vergl. ebenda. - Wenn Söchtig, S. 2, davon spricht, daß nur Vertreter aus dem Raum um Braunschweig anwesend waren, so stimmt das sicher nicht, weil zumindest ein Teilnehmer aus Hamburg und einer aus Solingen namentlich bekannt sind. - Teilnehmer aus anderen Städten als den im Text genannten sind nicht erwähnt worden, obwohl zum Zeitpunkt der Konferenz an einigen weiteren Orten Gruppen der Art wie die vertretenen bestanden.

21) Vergl. die Kurzbiographie Waldemar Bolze im Anhang.

22) Interview vom 4.11.1974, S. 10

23) Vergl. ebenda, S. 10

24) Die KPD-Zeitung "Niedersächsische Volksstimme" schrieb anläßlich des Ausschlusses von Wiesener: "Im organisierten Versuch, den Anti-

Nach dieser Konferenz bildete sich ein Kreis heraus, der sich vor allem um die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ortsgruppen bemühte. Zu diesem Kreis zählten Theodor Bergmann, der seit Herbst 1947 in Salzgitter arbeitete ²⁵⁾, und - als unbestrittener Kopf - Waldemar Bolze, der Anfang 1948 offiziell nach Deutschland einreisen konnte und ebenfalls nach Salzgitter kam ²⁶⁾. Die Bedeutung der Arbeit Waldemar Bolzes sowohl für die weitere Entwicklung der Gesamtgruppe als auch speziell für die in Salzgitter wird von allen damals Beteiligten hervorgehoben; in den Äußerungen über die Tätigkeit Bolzes schwingt auch heute noch - über zwei Jahrzehnte nach seinem Tode - größte Hochachtung mit, unabhängig davon, wo diejenigen, die über ihn sprechen, heute politisch stehen. Mit Waldemar Bolze übernahm eines der führenden Mitglieder der KPO direkt eine zentrale Funktion in der Gruppe Arbeiterpolitik. Bolze hatte vor 1933 zur Reichsleitung der KPO gehört,

noch 24) sowjetismus in unsere Partei zu tragen, ermutigt durch die nach 1945 geübte übertriebene Toleranz in der Partei, gingen diese Intriganten (Wiesener, Söchtig u. a. d. V.) so weit, am 17. und 18. August 1947 eine Zusammenkunft in Rieseberg bei Braunschweig zu organisieren, auf der parteifeindliche und antisowjetische Reden gehalten wurden, sowie Maßnahmen des organisatorischen Vorgehens festgelegt wurden, um unsere Partei zu zersetzen." Im selben Artikel wird aus einer auf dieser Zusammenkunft verabschiedeten EntschlieÙung zitiert:

"Das Versagen der KPD und SPD macht die deutsche Arbeiterklasse praktisch führerlos. Deswegen ist es Aufgabe der deutschen Kommunisten und Sozialisten, eine neue politische und organisatorische Führung herauszubilden, in erster Linie durch Schaffung und organisatorische Zusammenfassung von Kadern der fortgeschrittensten Elemente in allen proletarischen Organisationen ... Die Politik der SU ist dadurch gekennzeichnet ..., daß sie den kommunistischen Parteien in den Ländern die Rolle zugedacht hat, Hilfestellung für die Außenpolitik der US (muß heißen: SU! d. V.) zu leisten. Diese Politik schwächt die proletarische Bewegung in den anderen Ländern". Niedersächsische Volksstimme, 4. Jg., Nr. 116 vom 24. 9. 1949, S. 4. - Allerdings stimmt das Datum für die GAP-Konferenz nicht, denn die Gründungskonferenz der GAP fand statt, als noch Schnee lag, also sicher nicht im August. Nach den zitierten Passagen aus der EntschlieÙung zu urteilen, können die Angaben in der Niedersächsischen Volksstimme zutreffen. Kirchner, S. 2, berichtet, daß die KPD von der Konferenz in Rieseberg wußte.

25) Vergl. Th. Bergmann I, S. 15 ff; Söchtig, S. 7 und S. 18; Interview vom 4. 11. 1974, S. 8; Interview vom 18. 1. 1975, S. 9

26) Vergl. Th. Bergmann, I, S. 15 f; Söchtig, S. 18; Kienhorn, S. 5 und S. 12; Interview vom 4. 11. 1974; Interview vom 18. 1. 1975, S. 9

wo er besonders die Gewerkschaftsarbeit der Organisation anleitete; Bolze verkörperte somit die Kontinuität der KPO zur GAP. Neben der Ausarbeitung der Materialien der Gruppe zählte die Organisation der Gruppe in Salzgitter und die Schulung zu den Arbeitsgebieten Waldemar Bolzes ²⁷⁾. Ausdruck dieser Aktivität war das Buch "Der Weg der Gewerkschaften" ²⁸⁾, das er 1948 auf Drängen junger Genossen (schrieb d. V.), 'um ihnen die Erfahrungen zu vermitteln, die sie selbst nicht machen konnten' ²⁹⁾. Diese Schrift enthielt nicht nur eine kritische Darstellung der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, sondern behandelte ausführlich die damals deutlich hervortretende Frage "Proletarischer Internationalismus oder nationale Beschränktheit" ³⁰⁾, die durch die Nachkriegspolitik der SU auch praktisch zu einer entscheidenden Frage der kommunistischen Bewegung in Deutschland geworden war, und ging auf das Verhältnis von Demokratie und Diktatur ein ³¹⁾. Eine andere Arbeit Waldemar Bolzes aus dieser Zeit befaßte sich mit der Entwicklung der UdSSR ³²⁾.

Die Arbeit dieses Kreises in Salzgitter, zu dem neben Waldemar Bolze und Theodor Bergmann noch weitere GAP-Mitglieder zählten, hatte eine stabilisierende Wirkung auf die Entwicklung der verschiedenen örtlichen Gruppen, so daß dieser Kreis in dieser Hinsicht den Charakter einer Leitung der Gesamtgruppe annahm. Allerdings konnte man von diesem Kreis als "von einer politischen Leitung in dem Sinne nicht sprechen, weil es praktisch allgemein anerkannt war, daß die politische Leitung ... Brandler und Thalheimer waren" ³³⁾. Daß Brandler und Thalheimer für die Anhänger der GAP als die leitenden Mitglieder galten, deutet auf zwei Dinge hin: erstens auf die über ihre Person und ihre theoretisch-politischen Grundauffassungen vermittelte Kontinuität dieser Organisation zur Kommunistischen Opposition, und zweitens auf die politische Übereinstimmung zwischen den beiden Mitgliedern des ehemaligen AK's

27) Vergl. u. a. Interview mit Fritz Lambrich am 10. 10. 1974, S. 1 f; im folgenden zitiert als: Lambrich. Vergl. auch Teil 6.4.8. dieser Arbeit.

28) Ende der sechziger Jahre erschien dieses Manuskript als Broschüre: Waldemar Bolze: Der Weg der Gewerkschaften, Bremen o. J.; im folgenden zitiert als: Bolze.

29) Bolze, S. VII (Vorwort der GAP) 30) Ebenda, S. 79

31) Vergl. ebenda, S. 133 ff 32) Vergl. Teil 7.3. dieser Arbeit

33) Interview vom 18. 1. 1975, S. 9

der KPO und der GAP in Deutschland. Gerade der zweite Punkt rechtfertigt es, die ersten Analysen der späteren Gruppe Arbeiterpolitik in den Schriften Thalheimers aus der Zeit nach dem 2. Weltkrieg zu suchen, wie es in der hier vorliegenden Arbeit geschehen ist.

Nach der Währungsreform eröffnete sich für die GAP die Möglichkeit, eine regelmäßig erscheinende Zeitung herauszugeben. Bis dahin waren die politischen Voraussetzungen für ein solches Vorhaben geschaffen, und seit der Währungsreform konnte man die erforderlichen Papiermen-
gen auch ohne ein Zeitungslizenz seitens der Alliierten kaufen. Da die Gruppe es ablehnte, sich selbst oder die Zeitung genehmigen zu lassen, was zugleich die Unterwerfung unter die Zensur der jeweiligen Besatzungs-
macht bedeutet hätte, mußte die Zeitung illegal gedruckt und verbreitet werden. "Die Arbeiterpolitik hat als einzige Arbeiterzeitung nach dem 2. Weltkrieg ... auf die von den Militärbehörden vorgeschriebene Li-
zenzierung (unter die jede politische Tätigkeit in Wort und Bild fiel) 'verzichtet', weil sie es ablehnte, sich (der d.V.) von den Militärbe-
hörden und ihren Institutionen ausgeübten Kontrolle und Zensur zu unter-
werden... Diese politische Haltung entsprach nur kommunistischen Grund-
sätzen, daß Kommunisten allein von den Interessen der Arbeiterklasse³⁴⁾
und ihres Befreiungskampfes ausgehen und nicht von fremden" .

34) GAP: Manuskript, S. 11 f. Die GAP fährt dann fort: "Daß die Gruppe 'Arbeiterpolitik' die Lizenzierung ablehnte, war das Ergebnis der politischen Selbstverständigung, die der Herausgabe der gedruckten 'Arpo' voranging. Alles, was die Gruppe 'Arbeiterpolitik' politisch leistete und alles, was sie gedruckt und abgezogen herausgab, hat sie bis auf den heutigen Tag aus eigener Kraft - sowohl politisch wie materiell - geleistet. Damit hat sie eine der wichtigsten Erfahrungen aus dem Niedergang der kommunistischen Bewegung nach dem ersten Weltkrieg zur Grundlage ihrer politischen Tätigkeit gemacht". - Vergl. auch Teil 6. 2. dieser Arbeit.

5. Das Selbstverständnis der Gruppe Arbeiterpolitik 1948/49

In den beiden ersten Ausgaben der "Arbeiterpolitik" vom November und Dezember 1948 umriß die GAP in einem zweiteiligen Artikel "Warum 'Arbeiterpolitik'?" ihre politische Position, die sie auch ein Jahr später – nach der Bundestagswahl – in einer Broschüre darlegte, die im Oktober 1949 unter dem Titel "Offene Worte an Kommunisten" erschien. Da diese beiden Stellungnahmen die ersten größeren Darstellungen der GAP-Position waren, sollen sie im folgenden referiert werden, um somit das Selbstverständnis der Gruppe zu erhellen, vor dem sich die weiter unten dargestellte organisatorische Entwicklung der Gruppe und – mit ihr – der Zeitschrift vollzog. Zu diesen beiden 1948/49 veröffentlichten Positionen kommt noch die damalige Einschätzung der Lage in der deutschen Arbeiterbewegung durch die GAP: dieser Teil der Darstellung stützt sich teilweise auf Äußerungen von Mitgliedern der damaligen GAP aus den Jahren seit 1973.

5. 1. Der programmatische Artikel vom Ende 1948 "Warum 'Arbeiterpolitik'?"

In fünf Punkten analysierte die GAP die gesellschaftlichen Bedingungen, die "die Aufgaben der revolutionären Kräfte in Deutschland" ¹⁾ bestimmten; diese Aufgaben wurden dann im sechsten Punkt dieses Artikels benannt. Ausgangspunkt für die Untersuchung war die Rolle der Besatzungsmächte, wobei nach dem Zerfall auch des Scheins der Einheit der Anti-Hitler-Koalition sich die Akzente gegenüber den ersten Arbeiten Thalheimers insoweit verschoben, als daß die Westmächte und die UdSSR getrennt behandelt wurden, während 1945 meist von den Besatzungsmächten geschrieben werden konnte und mußte ²⁾. Die Westmächte hatten nach 1945 eine Politik fortgesetzt, wie sie sie seit Ende des 1. Weltkrieges verfolgten, und die darauf gerichtet war, den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland zu verhindern. Dabei hatten sie "aus Angst vor der deutschen und ihren eigenen Arbeiterklassen" ³⁾ den deutschen Faschismus gefördert; darin drückte sich die innere Klassenverwandtschaft

1) Arpo 1/2/7. – Vergl. zur Zitierweise der "Arbeiterpolitik" S. XIII der Einleitung.

2) Vergl. Teil 2. 3. dieser Arbeit

3) Arpo 1/1/1

der westlichen Bourgeoisien mit dem Faschismus aus, nicht lediglich ein zufälliger Ausrutscher der Politik der späteren Westmächte, was die GAP besonders gegen in der SPD verbreitete Vorstellungen hervorhob. Nach der militärischen Niederlage der Faschisten brach mit ihrem Apparat auch der Staatsapparat zusammen; damit waren die anti-revolutionären Kräfte in Deutschland um ein wichtiges Instrument gegen die Arbeiterklasse gebracht. Zu dieser Situation kamen "die bis dahin erfolgten sozialen Umschichtungen, die weitgehende Vernichtung des Mittelstandes, die Proletarisierung der überwältigenden Masse der Nation, der moralische und materielle Bankrott der deutschen herrschenden Klassen - all das erzeugte ein Verhältnis der Klassen innerhalb der deutschen Gesellschaft, in dem einem Sieg der proletarischen Revolution keine entscheidenden inneren Kräfte mehr im Wege standen" ⁴⁾. Diese fehlenden inneren antirevolutionären Kräfte ersetzte die Besetzung Deutschlands durch die Truppen der Westmächte; der Sinn dieser Besetzung lag für die GAP "in der direkten und aktiven Unterdrückung der deutschen proletarischen Revolution" ⁵⁾.

Wenn auch bis hierhin nur gezeigt werden konnte, daß es keine inneren Kräfte gegen die proletarische Revolution in Deutschland gab, nicht aber, daß es damals aktuell die inneren Kräfte für eine solche Entwicklung gab, so war doch bereits der Schluß möglich, daß die deutschen herrschenden Klassen ⁶⁾ von der Besetzung im wesentlichen profitierten und deshalb nicht an einer Beendigung dieses Zustandes interessiert sein konnten ⁷⁾.

Die UdSSR mußte sich an der Besetzung Deutschlands beteiligen, "um einen größtmöglichen Teil des Landes den imperialistischen Mächten als Aufmarschgebiet und Kraftreservoir zu entziehen" ⁸⁾, ohne an einer Aufrechterhaltung bürgerlicher Verhältnisse in ihrem Einflußgebiet interes-

4) Ebenda 5) Arpo 1/1/1 f

6) Wenn hier von den herrschenden Klassen die Rede ist, so folgt diese Formulierung den Aussagen der GAP (vergl. ebenda); die GAP geht dabei von der Klasse der Grundbesitzer als der zweiten herrschenden Klasse neben der Bourgeoisie aus. Vergl. Karl Marx: Das Kapital, 3. Band. In: Marx Engels Werke, Band 25, Berlin 1970 4. Auflage, S. 674 und S. 892

7) Vergl. Arpo 1/1/2

8) Ebenda

siert zu sein. Was Thalheimer 1946 als Möglichkeit angedeutet hatte, nämlich daß die UdSSR als Eroberer die alten herrschenden Klassen entmachten könnte ⁹⁾, war 1948 nach Meinung der GAP eingetreten ¹⁰⁾. Diese Entwicklung war nur der Ausdruck dafür, wie sich der Machtkampf zwischen den Anglo-Amerikanern und der UdSSR in Deutschland niederschlug; hierbei vertrat "die SU .. als sozialistische Macht den historischen Fortschritt" ¹¹⁾ und mußte deshalb in diesem Kampf von der deutschen Arbeiterklasse unterstützt werden. Daß dies nicht der Fall war, hatte seine Ursache in den "besonderen Methoden, mit denen die sowjetische Besatzung dem deutschen Proletariat gegenüber (trat d.V.)" ¹²⁾, besonders in den Gebietsabtrennungen, den Vertreibungen und den Reparationen. Diese Methoden der UdSSR hatten verheerende Wirkungen auf die deutsche Arbeiterbewegung und mußten deshalb kritisiert werden. Doch wie war diese Kritik zu führen? Die GAP wandte sich gegen die Kritik der Methoden der Sowjetunion, "wie sie von der Sozialdemokratie und anderen Knechten des Kapitals im Namen der 'Freiheit', 'Demokratie', 'Menschlichkeit' und anderer schöner Dinge vorgenommen" ¹³⁾ wurde und stellte in den Mittelpunkt ihrer Argumentation zu dieser Frage die Erklärung der Methoden der UdSSR aus den Bedingungen der Revolution in Rußland und der weiteren Entwicklung seit der Oktoberrevolution: "Diese Methoden waren und sind der Preis, den die Werktätigen der SU zu zahlen haben, um die Anschläge des angreifenden Imperialismus abzuwehren. Haben sich nun derartige Methoden einmal historisch herausgebildet, so ist es klar, daß ihre Träger sie nicht mit dem Überschreiten der Landesgrenzen abwerfen, sondern daß sie für sie vielmehr Allgemeingültigkeit besitzen" ¹⁴⁾. Weil diese Methoden den Bedingungen Deutschlands nicht entsprachen, brachten sie das deutsche Proletariat in Gegensatz zur Sowjetunion; dieser Widerspruch konnte für die GAP nur auf einer höheren Stufe der geschichtlichen Entwicklung überwunden werden, wozu es notwendig war, "daß die deutsche Arbeiterklasse als selbständige Kraft ihre eigenen Methoden, ihren Weg zum Sozialismus organisiert und durch(ge) - setzt" ¹⁵⁾ hatte.

9) Vergl. Thalheimer: Weltpolitik, S. 20 10) Vergl. Arpo 1/1/2

11) Ebenda 12) Ebenda 13) Ebenda 14) Arpo 1/1/2 f 15) Arpo 1/1/3

Diese Darstellung der Politik der Besatzungsmächte findet sich bereits in den Arbeiten Thalheimers, lediglich mit dem Unterschied, daß die 1945/46 vorausgesehene Wirkung der russischen Besatzungspolitik inzwischen eingetreten war. Auch Thalheimer hatte bereits eine Erklärung dieser Methode der UdSSR geliefert; die von ihm darüber hinaus geübte Kritik an der Außenpolitik der UdSSR wurde 1948 allerdings nicht in dieser Schärfe wieder aufgenommen, was aber nicht hieß, daß sie zurückgenommen worden wäre. Thalheimer hatte damals kritisiert, daß die UdSSR ihre – ihr von den internationalen Kräfteverhältnissen aufgeherrschten – Kompromisse mit den imperialistischen Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition nicht öffentlich benannt hatte, sondern versucht hatte, die KP's in den betreffenden Ländern auf diese Kompromisse festzulegen, was inhaltlich nichts anderes bedeutete, als diese Parteien zumindest teilweise auf eine imperialistische Politik zu (des)orientieren. Diese Kritik an der Außenpolitik der UdSSR trat 1948 zurück, weil der Aufmarsch der beiden weltpolitischen Gruppierungen sichtbar die Szene beherrschte und die Aufgabe der GAP darin bestand, zu verhindern, daß sich die von der UdSSR enttäuschten Arbeiter vom Kommunismus abwandten und in das Lager der USA und ihrer Anhänger überliefen. In dieser Situation hatte die Erklärung der aktuellen Methoden sozialistischer Ausdehnungspolitik Priorität, deshalb auch die Betonung darauf, daß die UdSSR – trotz aller Fehler – den historischen Fortschritt vertrat.

Auch auf die Frage "Ist bürgerliche Demokratie in Deutschland möglich"¹⁶⁾ schloß sich 1948 die – verneinende – Antwort der GAP an die Thalheimers an : beide gingen davon aus, daß die Voraussetzungen dafür nicht gegeben waren. "Die bürgerliche Demokratie ist eine historisch gegebene Herrschaftsform der Kapitalisten, deren materielle Grundlage in der Möglichkeit besteht, die Arbeiter durch kleine Zugeständnisse zu ködern, sie ihren revolutionären Zielen durch eine gewisse Besserung ihrer Lebenshaltung abtrünnig zu machen"¹⁷⁾. Seit der Weltwirtschaftskrise 1929 bestand in Deutschland diese Möglichkeit nicht mehr. Für die

16) Ebenda

17) Ebenda

Zeit nach dem 2. Weltkrieg sah es die GAP sowohl für Deutschland als auch für die anderen Metropolen des Kapitals für erwiesen an, daß das Kapital "immer weniger in der Lage ist, den Arbeitern eine erträgliche Existenz zu gewähren" ¹⁸⁾. So formulierte die Gruppe folgende Alternative: "Entweder verfault Deutschland am verkümmerten Kapitalismus oder es ringt sich zum Sozialismus durch" ¹⁹⁾.

So wie von Thalheimer 1945/46 wurde auch von der GAP 1948 eine neue Phase flotter Akkumulation - wie sie dann jedoch tatsächlich eintrat - nicht für möglich gehalten. Diese Fehleinschätzung der Perspektiven der ökonomischen Entwicklung hatte aber nicht ihre Ursache darin, daß diese ökonomische Entwicklung nicht beobachtet wurde. Dazu ein Beispiel: die Versuche der Westmächte, den nicht lebensfähigen westdeutschen Kapitalismus a la Potsdamer Abkommen wieder auf die Beine zu helfen, wurden analysiert. So sah man - im nächsten Heft der "Arbeiterpolitik" - die Währungsreform als "einen Teil des Programms der kapitalistischen Besatzungsmächte in Deutschland, dessen allgemeines Ziel die Errichtung eines Schutzwalls und eines Aufmarschgebietes gegen die SU und ihre Einflußsphäre ist. Konkret heißt das: Stabilisierung des Kapitalismus in Westdeutschland" ²⁰⁾. Diese Möglichkeit hatte auch Thalheimer bereits 1945 aus den damals gegebenen Voraussetzungen herausarbeiten können; er schrieb, daß die Alliierten entweder einen lebensfähigen bürgerlichen Staat in Deutschland zulassen müßten, der dann aber nicht mehr die Idylle des "friedlichen Kapitalismus" des Potsdamer Abkommens gewesen wäre, oder die Alliierten würden "für das deutsche Volk keinen anderen Ausweg offen ... (lassen d. V.), als die sozialistische Revolution" ²¹⁾. Da die GAP der Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland keine Chance einräumte, gleichzeitig aber sah, daß sich die Westmächte für diese Entwicklung des Kapitalismus entschieden hatten, blieb nur noch der Schluß, daß der Kapitalismus im Weltmaßstab am Ende war, wobei aber eine im engeren Sinne ökonomische Untersuchung in der "Arbeiterpolitik" nicht zu finden war ²²⁾.

18) Ebenda

19) Ebenda

20) Arpo 2/2/2

21) Thalheimer: Potsdam, S. 21

22) Eine ähnliche Lücke fand sich bereits in Thalheimers Untersuchungen.

Ausgehend von dieser Argumentationskette – der Kapitalismus verkommt und macht eine bürgerliche Demokratie unmöglich – charakterisierte die GAP 1948 die SPD: diese war "ihrem Wesen und ihrer ganzen Vergangenheit nach ... die konsequente Vertreterin der bürgerlichen Demokratie" ²³⁾ und damit – objektiv – Verfechterin der Klassenherrschaft der Kapitalisten. Weil die deutsche Bourgeoisie "nur noch durch fremde Bajonette aufrecht" ²⁴⁾ gehalten wurde, wurde die SPD "zum Agenten der westlichen Besatzungsmächte" ²⁵⁾.

Die KPD war nach Auffassung der GAP "nicht fähig, die besonderen Interessen der deutschen Arbeiterklasse den gegenwärtigen besonderen Interessen der SU gegenüber zu vertreten" ²⁶⁾, weil sie sich zum verlängerten Arm der UdSSR herabgesetzt hatte; in der SBZ war die KPD bzw. die SED zur Beamtenclique verknöchert, "der die Masse der werktätigen Bevölkerung feindlich gegenübersteht. In den Westzonen ist sie Sektierergruppe..." ²⁷⁾, die auch nach Ereignissen, die den Bankrott ihrer Politik aufzeigten wie die Wahl in Nordrhein-Westfalen, nicht mehr in der Lage war, die eigene Politik zu korrigieren ²⁸⁾.

Die Aufgaben, die die GAP den Revolutionären in Deutschland damals gestellt sah, lagen in der "Erringung des Sieges des Sozialismus und .. (der d. V.) Schaffung der hierzu erforderlichen Voraussetzungen" ²⁹⁾.

Der nächste grundlegende Schritt in diese Richtung bestand in der Räumung Deutschlands von allen Besatzungsmächten, wobei diese Forderung hinsichtlich der UdSSR anders motiviert wurde als gegenüber den Westmächten. Während die UdSSR zwar bei der Zerschlagung der herrschenden Klassen in ihrer Zone bedeutende Vorarbeit für den weiteren Weg der proletarischen Revolution leistete, trieb sie doch durch ihre Methoden die Masse der Werktätigen in die Arme der Westmächte, die als konterrevolutionäre Potenz wirkten ³⁰⁾. Während die Westmächte sich objektiv und subjektiv gegen eine revolutionäre Entwicklung stellten,

23) Arpo 1/1/3 24) Arpo 1/1/4

25) Ebenda. – Der Artikel fuhr fort: "Nach dem ersten Weltkrieg war sie (die SPD d. V.) im Dienste des deutschen, nach dem zweiten Weltkrieg steht sie im Dienste fremder Generalstäbe". Ebenda.

26) Ebenda 27) Ebenda 28) Vergl. ebenda

29) Arpo 1/2/7

30) Vergl. ebenda

und somit ihr Abzug eine Voraussetzung für den Kampf um den Sozialismus war, um die Macht der Konterrevolution zu schwächen, war der Abzug der Roten Armee notwendig, um der Zersetzung der revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung durch die von der UdSSR angewandten Methoden Einhalt zu gebieten. Trotz der unterschiedlichen Begründung war "die Räumung Deutschlands von allen Besatzungsmächten" ³¹⁾ notwendig. Der Kampf um diesen Abzug, "um die nationale Befreiung .. (konnte d. V.) aber nur Durchgangsstation zur Erreichung ... der sozialistischen Gesellschaft sein" ³²⁾. Auf Grund dieses - objektiven - Zusammenhangs kam die Bourgeoisie "als führende Kraft im Kampfe um die nationale Befreiung nicht in Frage" ³³⁾, zudem sie bereits eine Art übernationales Klassenbündnis mit den kapitalistischen Besatzungsmächten geschlossen hatte. Die nationale Dimension erwuchs dem Kampf um den Sozialismus durch den Umstand, daß der Nationalstaat der "historisch gegebene Kampfboden des Proletariats (ist d. V.). Zerstückelt diesen Boden und ihr zerstückelt die Kampfkraft der Arbeiterklasse" ³⁴⁾, warnte die GAP und erhob deshalb die alte Lenin'sche Forderung nach einem Frieden ohne Reparationen und Gebietsabtretungen.

Weil Deutschland "wirtschaftlich, politisch und klassenmäßig ... das Herz des alten Kontinents" ³⁵⁾ war, hatte der Kampf hier eine "strategische Schlüsselstellung ... Siegreiche Revolutionen westlich und südlich Deutschlands würden vom anglo-amerikanischen Kapital erdrückt, fänden sie nicht die tatkräftige Hilfe der deutschen Arbeiterklasse" ³⁶⁾, deren Weg zum Sozialismus durch die Solidarität der dortigen Arbeiter erleichtert worden wäre. Dieser Zusammenhang zwischen proletarischen Revolutionen in den verschiedenen Ländern war die Grundlage für die GAP, "im Namen des proletarischen Internationalismus die Legende von ... (der d. V.) Kriegsschuld oder Mitschuld (der deutschen Arbeiter d. V.) am Naziregime ab(zu)lehnen" ³⁷⁾, denn diese Kollektivschuldbehauptung

31) Ebenda

32) Ebenda

33) Ebenda

34) Ebenda

35) Arpo 1/1/1

36) Arpo 1/2/7

37) Ebenda

war nur die ideologische Absicherung der Besetzung eines Teils Deutschlands durch die Westmächte, um so die Revolution in Deutschland und vermittelt in Westeuropa zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund versuchte die GAP, die nächsten Aufgaben für die Arbeiterklasse in den Westzonen ³⁸⁾ so zusammenzufassen:

- "1. Kampf gegen den mit der Währungsreform verschärft einsetzenden Kapitalangriff, für Verteidigung der Lebenshaltung der Arbeiter.
2. In der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der kapitalistischen Gesellschaft wird der reine Lohnkampf zu einer Waffe mit stumpfer Schneide. Mit ihm muß die politische Demonstration und der Kampf zur Organisation der Arbeiterkontrolle der Produktion seitens der Betriebsräte verbunden sein. Dies ist die schärfste Waffe gegen die Demontagen und die Ausplünderung Deutschlands.
3. Kampf gegen die Politik der besatzungshörigen Gewerkschaftsbonzen.
4. Gegen die Eingliederung in das amerikanische Westeuropa.
5. Das Anprangern der bestehenden Parteien als machtlose Agenten und Werkzeuge der Besatzungsmächte, als Verräter und Diener der Fremdherrschaft. Insbesondere muß von den Arbeiterparteien gefordert werden, die demonstrative Demission ihrer Vertreter aus allen öffentlichen Ämtern zu veranlassen. 'Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!' " ³⁹⁾.

Dazu kam als weitere Aufgabe, zu fördern, daß "sich jene Kräfte zusammenschließen, die gewillt sind, eine Vorhut der Klasse zu schaffen. Dazu sind die alten Arbeiterparteien nicht mehr fähig" ⁴⁰⁾. Die Aufgabe der Zeitschrift "Arbeiterpolitik" und somit auch der GAP lag darin, diesen oben angesprochenen "Kräften Weg und Ziel zu weisen, ihre Erfahrungen zu sammeln und zu verwerten und die jeweiligen Etappen des internationalen Klassenkampfes kritisch zu beleuchten" ⁴¹⁾.

Bei der Bestimmung der Aufgaben wurden Positionen aufgenommen, die erst unter den Bedingungen nach dem 2. Weltkrieg entstanden waren, so vor allem die Forderungen 3), 4) und 5), und zuerst in den Arbeiten

38) Die an dieser Stelle für die damalige Ostzone aufgestellten Forderungen werden in Teil 6.4.11. behandelt.

39) Arpo 1/2/8

40) Ebenda

41) Ebenda

Thalheimers formuliert waren, wobei es auffällt, daß die bedeutsame Analyse der Parteien und Gewerkschaften aus diesen Schriften nicht deutlich aufgenommen wurde. Zwar wurden die Resultate der Thalheimerschen Untersuchung durch die GAP bestätigt, die entscheidende Frage, wieso diese Karikaturen von Organisationen der Arbeiterbewegung nach 1948 die einzigen großen Organisationen waren, während die revolutionären Kräfte noch dabei waren sich zu sammeln, blieb in dem Artikel "Warum 'Arbeiterpolitik'?" unbeantwortet, wurde nicht einmal explizit gestellt, was allerdings nicht heißt, daß diese Frage nicht in anderen Artikeln gestellt und beantwortet wurde, worauf unten noch einzugehen sein wird.

Andere Positionen – am deutlichsten bei Forderung 2) – deuteten in ihrer Struktur auf die theoretischen Auffassungen der KPO hin, so die objektive Beschränktheit des Lohnkampfes und die Übergangslosung der Arbeiterkontrolle. Neben diesem Aufbauen auf den theoretischen Resultaten der KPO tritt auch deutlich hervor, daß der ursprüngliche Ansatz der KPO – Reformation der KPD – als durch die wirkliche Entwicklung überholt angesehen wurde. Trotz der starken theoretischen und personellen Kontinuität von der KPO zur GAP was letztere eben keine Dogmatiker-Vereinigung oder KPO-Traditionsgruppe; die GAP versuchte nicht, die unter spezifischen Bedingungen entwickelten Konzepte der KPO zu übertragen, sondern nahm nur bestimmte allgemeine Resultate der damaligen Ausarbeitung des Weges der proletarischen Revolution in Deutschland auf und – vor allem – die Art des Herangehens an die anstehenden Fragen.

5.2. Die Einschätzung der Lage in der deutschen Arbeiterbewegung

Die oben offen gebliebene Frage, wie es den von der GAP als verlängerte Arme "ihrer" Alliierten charakterisierten Parteien SPD und KPD und auch den Gewerkschaften gelungen war, trotz ihrer Politik ihre Stellung in der Arbeiterklasse so weit zu behaupten, daß sich die nach Auffassung der GAP wirklich revolutionären Kräfte 1948 erst noch sammeln mußten, verweist auf die Frage nach der damaligen wirklichen Bewegung der Arbeiterklasse, auf die Frage nach dem "subjektiven Faktor".

Wenn es im oben referierten Artikel hieß, Deutschland sei 1948 überreif für den Sozialismus gewesen, so reduzierte sich die Begründung dafür, daß die proletarische Revolution bisher ausgeblieben war, nicht auf die Herausarbeitung der vorbeugend gegenrevolutionären Rolle der Westmächte. Zwar ging die GAP davon aus, daß ohne die Räumung Deutschlands der Sieg des Sozialismus nicht möglich sei, doch die Aufgaben, die die Gruppe aktuell nannte, waren solche, die sich noch im Vorfeld dieses Kampfes um den Abzug der Besatzungstruppen bewegten. Das hieß implizit, daß die Kraft der deutschen Arbeiterbewegung noch als sehr gering angesehen wurde. Auch einer kampfbereiten Arbeiterklasse wäre die Räumung Deutschlands nicht ohne weiteres zugefallen, stand sie doch den organisierten Armeen der kapitalistischen Besatzungsmächte unbewaffnet gegenüber, doch nach einem Wort August Thalheimers "ist ein himmelweiter Unterschied zwischen einer Arbeiterklasse, die nach revolutionärer Bewaffnung strebt und einer, die es nicht tut" ¹⁾. Eingedenk der Tatsache, daß die deutsche Arbeiterklasse 1948 nicht nach Waffen strebte, schrieb die GAP an den Anfang des Artikels "Warum 'Arbeiterpolitik'?" den Satz: "Drei Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges ist die Lage Deutschlands und insbesondere der Arbeiterklasse trostloser denn je zuvor" ²⁾. Diesen Satz kommentiert rund 25 Jahre später Theodor Bergmann, 1948 Mitglied der Redaktion der "Arbeiterpolitik", in dem Sinne, daß hier die Nachkriegsentwicklung so bilanziert wurde, daß der deutsche Kapitalismus dabei war, sich zu sanieren, während die Arbeiterklasse diesen Wiederaufstieg erarbeitete, ohne politischen Einfluß gewonnen zu haben, im Gegenteil, sie hatte nicht nur durch ihre Arbeit, sondern auch durch die Politik der Organisationen, die im Namen der Arbeiterklasse ziemlich unwidersprochen aufgetreten waren, den deutschen Kapitalismus wieder auf die Beine gebracht ³⁾.

Wie war es dazu gekommen, daß die Arbeiterklasse durch ihr politisches Verhalten eher den Wiederaufstieg der Bourgeoisie in den Westzonen gefördert hatte, als Schritte auf dem Weg zum Sozialismus zu machen? Unmittelbar nach Kriegsende hatten sich revolutionäre Kräfte

1) Thalheimer: Potsdam, S. 19

2) Arpo 1/1/1

3) Vergl. Th. Bergmann III, S. 39 ff

geregt, die sich damals der KPD angeschlossen hatten ⁴⁾, ohne daß diese Partei damit Ausdruck dieser Kräfte geworden wäre. Die 1945 zur KPD gestoßenen Kräfte gerieten bald in Widerspruch zur Politik dieser Partei, so wie es diejenigen, die später die GAP bildeten, vorausgesehen hatten. Diese KPD-Mitglieder hatten versucht, durch die Kritik an der offiziellen Parteilinie die Widersprüche zwischen dieser Linie und den politischen Erwartungen vieler Mitglieder in Richtung auf das aufzulösen, was für die GAP die richtige kommunistische Politik in Deutschland war. So berichtet ein Mitglied der GAP: "Ich bin immer aufgetreten in der KPD und habe Widerspruch angemeldet gegen diese Regierungspolitik, die sie hier gemacht haben, gegen die Kollektivschuld usw. . . ich bin auch auf Sympathie bei den Leuten gestoßen, bin auch von unten geduldet worden; von dort kam nie was dagegen" ⁵⁾. Daß sich die Sympathie für die Politik, wie sie die GAP vorschlug und versuchte umzusetzen, nur selten zu aktiver Mitarbeit weiterentwickelte, hatte als wesentliche Ursache nicht die Maßnahmen der KPD-Leitung, die darauf zielten, solche Kritik, wie die GAP sie führte, zu unterbinden; sicher gab es diese Maßnahmen, doch wirksam werden konnten diese Eingriffe von oben erst auf der Grundlage zunehmender Apathie der KPD-Mitglieder. Hatten diese Mitglieder nach den Erfahrungen der Weimarer Republik und des Faschismus begonnen, sich dem Kommunismus zuzuwenden, so kam "der erste Rückschlag für die Entwicklung...., als sie wegliefen vor den Erscheinungsformen des russischen Sozialismus, wie sie sich zeigten beim Vormarsch der Roten Armee. Da kam der erste Umschwung in dem Sinne, daß diese Arbeiter wieder wegliefen; die Bewegung in Richtung zum kommunistischen Denken wurde durch diese Ereignisse aufgehalten und dann ins Gegenteil verkehrt" ⁶⁾. Die negative Erfahrung mit den russischen Methoden des Sozialismus wurde noch dadurch bestärkt, daß die KPD sich zu diesen Methoden affirmativ verhielt; diese von der KPD in der besten Absicht vorgenommene Gleichsetzung der spezifisch russischen Formen des Sozialismus mit Sozialismus überhaupt wurde von der Sozialdemokratie als Waffe gegen die UdSSR und die KPD aufgenommen. Nach Auffassung der GAP war es die Politik

4) Vergl. Teil 4.3. dieser Arbeit

5) Interview vom 18.1.1975, S. 5

6) Ebenda, S. 11

der UdSSR selbst, die ihr eigenes Instrument, die KPD, zersetzte, während die GAP sich darum bemühte zu verhindern, daß die Demontage der KPD auf die kommunistische Bewegung übergrieff in dem Sinne, daß durch die Politik der Sowjetunion die kommunistischen Arbeiter zum Reformismus getrieben wurden ⁷⁾. Viele von der KPD Enttäuschte wandten sich nicht nur von der KPD ab, sondern zugleich vom Kommunismus, weil sie ihn mit der Politik dieser Partei gleichgesetzt hatten; sie resignierten politisch und/oder gingen zur Sozialdemokratie. Die SPD "konnte davon leben, daß die werktätigen Massen enttäuscht waren durch diese russische Besatzungspolitik" ⁸⁾. Wie hoch die GAP die negative Wirkung dieser Politik der UdSSR einschätzte, wird besonders deutlich, wenn man an die Charakterisierung der Sozialdemokratie denkt, wie sie die GAP damals gegeben hatte. Danach war die SPD die Partei der bürgerlichen Demokratie, und eben diese hatte nach Auffassung der GAP keine materielle Grundlage mehr: somit war die SPD eine Partei, die etwas verfocht, dessen gesellschaftliche Bedingungen längst untergegangen waren. Dieser Partei wurden nun durch die sowjetische Deutschlandpolitik und die damit verbundene KPD-Politik die aktiven Arbeiter gewissermaßen zugetrieben; zugespitzt gesagt vertiefte die verbal auf Einheit der Arbeiterklasse gerichtete Politik der KPD nicht nur die Spaltung des Proletariats, sondern trieb viele Arbeiter aktiv in die Arme des Reformismus. Weit davon entfernt, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu erobern, trug die Politik dazu bei, auf andere Weise die Einheit der Arbeiterbewegung herzustellen: nämlich als Einheit auf reformistischer Basis ⁹⁾.

Bei einem anderen Teil der KPD-Mitglieder, die nicht zur SPD übergingen oder sich ganz aus der Politik zurückzogen, drückte sich die Resignation darin aus, daß sie zwar "noch aus Tradition bei der KPD geblie-

7) Vergl. Teil 4.3. dieser Arbeit

8) Interview vom 18.1.1975, S. 12

9) Die GAP hielt auch die Gründung der SED für einen Fehler, denn auch hier wurde die Einheit nicht auf dem Boden des Kommunismus hergestellt. Die SED war die Vereinigung zweier Apparate, wobei sich die ehemaligen KPD-Mitglieder später administrativ durchsetzten, ohne damit aber die breiten Schichten der Arbeiter für ihre Politik gewinnen zu können. - Eine nähere Darstellung der Haltung der GAP zur SED kann nur im Zusammenhang mit der Entwicklung in der Ostzone bzw. DDR erfolgen, was jedoch von der Anlage der hier vorliegenden Arbeit ausgeschlossen ist: vergl. Einleitung, S.VI.

ben (sind d. V.) ... (aber d. V.) diese Leute waren nur noch für sich selbst Kommunisten ... Daher erklärt es sich auch, daß die Stimmenzahl der KPD immer weiter zurückging und schließlich beinahe mit der Mitgliederzahl übereinstimmte" ¹⁰⁾, wobei diese Form der politischen Resignation in der Zeit nach 1950 immer größeres relatives Gewicht gewann. Zwar versuchten die GAP-Anhänger, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, und konnten auch durchaus einige für eine angemessene kommunistische Politik gewinnen, doch waren sie auf breiter Front dazu nicht in der Lage, weil gleichzeitig die Bewegung in der Arbeiterklasse selbst zu schwach war.

Gerade weil bei der großen Masse der Arbeiter "die Aufnahmebereitschaft für den Kommunismus immer geringer wurde, führte das zur Resignation beim größten Teil der Leute" ¹¹⁾, die in der KPD in Widerspruch zur Politik der Partei gerieten ¹²⁾. Die geringe Bewegung in der Arbeiterklasse war der eigentliche Grund dafür, daß sich die von den Alliierten zugelassenen Parteien - die KPD und vor allem die SPD - und die Gewerkschaften in der Arbeiterklasse behaupten konnten, während die revolutionären Kräfte sich nur mühsam - oft am Rande der Resignation - sammeln und nur an den wenigen Punkten, wo die Aktivität der Arbeiter den zugelassenen Rahmen überschritt, größeren Einfluß gewinnen konnten, so vor allem in Salzgitter ¹³⁾. Diese Situation führte dazu, daß sich die Apathie breiter Arbeiterschichten und die Resignation der potentiellen Kader wechselseitig verstärkten. Auf der einen Seite führte die zunehmende politische Apathie in der Arbeiterklasse dazu, daß diejenigen, die an der Politik der KPD verzweifelt waren, unter den Arbeitern keine Basis dafür sahen, die notwendige eigenständige kommunistische Politik zu entwickeln; gerade die fehlende Aktivität von "unten" hielt manche davon ab, mit der durch ihre Parteiangestellten noch Stärke suggerierenden KPD zu brechen. Auf der anderen Seite wären gerade diejenigen, die durch ihre Erfahrungen mit der

10) Interview vom 18. 1. 1975, S. 12

11) Ebenda

12) Gerade um solche Tendenzen zur Resignation zu bekämpfen, versuchten die GAP-Anhänger, so lange wie möglich in der KPD zu bleiben: "Nicht weglaufen, hieß es. Das war eine Art Trennungsstrich zu denen, die damals weggelaufen sind, weil sie die Nase voll hatten". Ebenda, S. 11

13) Vergl. Teil 6.4.8. dieser Arbeit

sowjetischen Besatzungspolitik in die Resignation getrieben wurden, dazu nötig gewesen, um die schwachen Ansätze einer Bewegung in der Arbeiterklasse aufgreifen und fördern zu können. Weil die von der KPD enttäuschten Arbeiter nicht für eine eigenständige kommunistische Politik gewonnen werden konnten, versackte mancher Ansatz, wurde für viele die Trennung von der scheinbaren Kraft KPD immer mehr zu einem Schritt zurück zum Punkt Null.

Neue Kräfte für die Lösung der Aufgaben kommunistische Politik konnten nur aus neuen Kämpfen der Arbeiterklasse erwachsen, doch gerade die Keimformen solcher Aktivität konnten durch die vorhandenen Organisationen wie KPD, SPD und Gewerkschaften schnell kontrolliert und notfalls abgelenkt werden; in den meisten Fällen reichte die Kraft von unten nicht aus, sich auch noch gegen den Widerstand aus den eigenen Reihen – wie das Verhalten der zugelassenen Arbeiterorganisationen interpretiert wurde – durchzusetzen. Wenn sich die Behörden der Arbeiterbewegung gegen diese selbst durchgesetzt hatten, dann hieß das vor allem, daß die Apparate stärker waren als die Bewegung in der Arbeiterklasse; und es hieß auch, daß die Kräfte, die bewußt versuchten, eine Bewegung der Arbeiter zu fördern, diese Aufgabe nicht lösen konnten. Diese Einsicht in den Zusammenhang zwischen den Ursachen des Zustandes der westdeutschen Arbeiterbewegung – also der Schwäche der Bewegung der Arbeiterklasse selbst – und dem Ausdruck dieses Zustandes – d. h. der Vormacht der von den Interessen der Arbeiter losgelösten Apparate – schützte die GAP von der Vorstellung, man könnte diese politische Lage in der Arbeiterbewegung dadurch verändern, daß man die Ausdrücke dieser Lage – die Parteien – veränderte. Die GAP erwartete eine Veränderung nicht von den zugelassenen Parteien, sondern wußte, daß die neuen Kräfte aus einer neuen Bewegung unter den Arbeitern erwachsen mußten. Diese Einsicht bewahrte die GAP davor, in den Fehler zu verfallen, der oft damit verbunden war und ist, daß man die Ausdrücke der Schwäche der Arbeiterbewegung zur Ursache dieser Schwäche erklärt, was sich dann in Versuchen äußerte und äußert, diese Ausdrücke – damals KPD, SPD und Gewerkschaften – totschimpfen zu wollen ¹⁴⁾.

14) Ausdruck solcher Versuche sind Anklagen über irgendwelche Verrate

Die Erkenntnis des Zusammenhangs von Ursache und Ausdruck in der Arbeiterbewegung erleichterte der GAP auch die Orientierung an der tatsächlichen Bewegung der Arbeiterklasse und bewahrte sie davor, sich in ihrer Politik auf die vorhandenen Organisationen zu fixieren.

Diese Haltung, nur von einer Entwicklung der Kraft der Arbeiterbewegung aus der Klasse selbst eine Änderung der - trostlosen - Lage zu erwarten und in dieser Richtung zu arbeiten, fand sich bereits in der Struktur angelegt, worin die KPO ihr Verhältnis zur kommunistischen Weltbewegung bestimmt hatte. Wenn sie auch nie ausgeschlossen hatte, daß die KPdSU die bornierten Züge ihrer Politik durch eigene Einsicht von selbst überwinden könnte, so richtete die KPO aber ihre Politik darauf aus, durch die Ausarbeitung des Weges der proletarischen Revolution in Deutschland die subjektiven Voraussetzungen für den Sieg des Sozialismus in der Mitte Europas zu schaffen, und von dieser Basis aus die Beziehungen der kommunistischen Bewegung Deutschlands zur KPdSU neu zu gestalten; die KPO versuchte aber nicht, in die innere Entwicklung der UdSSR in der Absicht einzuwirken, über diesen Hebel die Lage in der KI zu verändern. Auch 1948 schloß die GAP nicht aus, daß die KPD sich grundsätzlich ändern würde, doch sie war nicht bereit, auf eine solche - höchst unwahrscheinliche - Möglichkeit die eigene Politik zu stützen. Diese Haltung bedeutete weder Gleichgültigkeit der KPO gegenüber der Entwicklung der UdSSR noch eine der GAP gegenüber den Prozessen innerhalb der KPD: so versuchte die KPO den Weg der Sowjetunion materialistisch zu erklären, während die GAP sich darum bemühte, die Mitglieder der KPD für die nach ihrer Auffassung richtige kommunistische Politik zu gewinnen.

Auch wenn die GAP die Lage der Arbeiterklasse für trostlos ansah, untersuchte sie jede Entwicklung sehr sorgfältig, um jeden Ansatzpunkt für politisches Eingreifen nützen zu können, wofür hier ein Beispiel angeführt werden soll, ehe die Argumentation der GAP gegenüber den Mitgliedern der KPD dargestellt wird.

noch 14) irgendwelcher Führer, wobei die Vorstellung, man könne diese Verrätereien vor den Massen entlarven, zu immer größeren Schimpfworten führt; eine Quelle des "Sozialfaschismus"-Gerede liegt hierin.

Nach der Währungsreform wurde nach Auffassung der GAP "die latente Not der Werktätigen akut" ¹⁵⁾, wodurch die Arbeiter zur Abwehr getrieben wurden, was sich zunächst in örtlichen Demonstrationen äußerte, "so daß die Gewerkschaftsbonzen ein Sicherheitsventil öffnen mußten, um die Wut der werktätigen Massen auf ungefährliche Weise zu kanalisieren" ¹⁶⁾, um zugleich den unwillig gewordenen Mitgliedern die "Kampfentschlossenheit" der Gewerkschaftsführung aufzuzeigen: Resultat dieser Taktik war der Generalstreik vom 12. 11. 48. Wenn die GAP schrieb: "Trotz der unabweisbaren Notwendigkeit, ... (die d. V.) Gewerkschaftspolitik einer erbarmungslosen Kritik zu unterziehen, wäre nichts verkehrter als die Schlußfolgerung, dem Streik hätte keine Folge geleistet werden sollen" ¹⁷⁾, dann nicht deshalb, um die Politik der Gewerkschaften zu unterstützen, sondern deshalb, um durch die Teilnahme die sich im Streik andeutende Kampfbereitschaft der Arbeiter aufzugreifen, was in diesem Artikel so formuliert wurde: "... was die Bonzen beabsichtigten und was der Generalstreik wirklich bedeutete, sind zwei verschiedene Dinge: Maßgebend war, daß nach 12 Jahren Nazidiktatur, 6 Jahren Krieg und 3 Jahren Hunger dem deutschen Arbeiter praktisch demonstriert wurde, welche gigantische Macht er in seinen Händen hielt. Es gilt nicht, sich gegen die Entfaltung der proletarischen Kampfkraft zu wenden, weil die Gewerkschaftsbonzen zum Streik aufriefen, sondern im Gegenteil diese Entfaltung in den richtigen Rahmen gegen Gewerkschaftsbonzen, Bourgeoisie und Besatzung voran zu treiben" ¹⁸⁾.

5. 3. Die Argumentation gegenüber KPD-Mitgliedern in der Broschüre

"Offene Worte an Kommunisten" vom Oktober 1949

Nach der Wahl zum ersten Bundestag der gerade entstandenen Bundesrepublik Deutschland wandte sich die Gruppe Arbeiterpolitik im Oktober 1949 mit einer besonderen Broschüre an die Mitglieder der KPD, um in der Situation, in der "Ihr (d. h. die KPD-Mitglieder d. V.) selbst Euch zweifelnd fragt, warum sich die deutschen Arbeiter im steigendem Maße

15) Arpo 1/2/3

16) Arpo 1/2/4

17) Arpo 1/2/6

18) Ebenda

von der KPD abwenden ... ein offenes Wort an Euch zu richten" ¹⁾. Bei den Bundestagswahlen hatte die KPD nur 1,36 Millionen Stimmen, entsprechend 5,6 Prozent der Stimmen erhalten, was absolut 0,27 Millionen weniger waren als bei den vorangegangenen Landtagswahlen, und das, obwohl die Wahlbeteiligung um rund 20 % gestiegen war ²⁾; zugleich war der Anteil von KPD und SPD von rund 44 % auf 35 % gesunken. Die GAP warnte die KPD-Mitglieder davor, sich mit den beschönigenden Erklärungen, wie sie die Führung der KPD vorlegte, über die Niederlage der eigenen Partei hinwegzutäuschen. Gegen solche Vertuschungsversuche zitierte die GAP einleitend in dieser Broschüre Lenin: "Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und werktätigen Massen. Einen Fehler offen zuzugeben, seine Ursachen entdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen - das ist das Merkmal einer ernsten Partei, d. h. Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse" ³⁾. Das Verhalten der KPD genügte diesen Anforderungen nicht, und das war für die GAP "eine frappierende Ähnlichkeit mit den Ereignissen vor 1933" ⁴⁾, wo die KPD sich ebenfalls als unfähig erwiesen hatte, einen einmal eingeschlagenen falschen Kurs zu korrigieren. Über diese Para-

1) Gruppe Arbeiterpolitik: Offene Worte an Kommunisten. O.O., 1949, S. 1; im folgenden zitiert als: GAP: "Offene Worte. - Daß diese Zweifel real verbreitet waren, zeigte sich für die GAP auch so: "Wie unmöglich es ist, die russische Besatzungspolitik zu vertreten, haben all die hohen KP-Funktionäre bewiesen, die es vorzogen, in den generischen Wahlversammlungen zu schweigen und den Gegnern freies Spiel für die Verwirrung der Arbeiter zu lassen ...". Ebenda, S. 4 f

2) Allein in Nordrhein-Westfalen ging die KPD um rund 190.000 Stimmen gegenüber der Landtagswahl 1947 zurück; die 519.000 Stimmen, die die KPD 1949 in ganz NRW erzielte, hatte sie 1932 allein im Bezirk Ruhr oder - fast - im Bezirk Niederrhein erhalten: vergl. Weber I, S. 372 ff. Knapp ein Jahr nach der Bundestagswahl erhielt die KPD bei der Landtagswahl in NRW noch 339.000 Stimmen, bei der nächsten Bundestagswahl nur noch 230.000 Stimmen in NRW.

3) GAP: Offene Worte, S. 1

4) GAP: Offene Worte, S. 2

lelität des Verhaltens der KPD hinaus benannte die GAP auch den inneren Zusammenhang zwischen der Lage der Partei 1933 und 1949: weil eine wirkliche Kritik des Parteikurses nie erfolgt war, konnte die Wendung von 1935 "nur zu einer Absage an den offensichtlich falschen Ultralinks-Kurs (werden d. V.) , aber nicht zum Ausgangspunkt eines richtigen Weges" ⁵⁾, denn die Volksfront-Politik war noch verhängnisvoller als der alte Kurs ⁶⁾.

Daß seitens der KPD die Fehler im Kampf gegen den Faschismus vor 1933 auch 1949 "nur gezwungenermaßen verklausoliert und nebenbei zugegeben... (und d. V.) die wirklichen Lehren nicht gezogen" ⁷⁾ wurden, war angesichts der neo-faschistischen Gefahr besonders nachteilig, weil "sich die Führung der Partei wie der übrigen Arbeiterorganisationen genau so unfähig, wenn nicht noch hilfloser zeigt(e) als vor 1933" ⁸⁾. Während die neo-faschistischen Parteien im Aufstieg begriffen waren, betätigten sich "die kleinbürgerlichen SPD- und Gewerkschaftsführer ... heute wie vor 1933... (als d. V.) unfreiwillige Schrittmacher des Faschismus. Denn je verantwortlicher sie sich für dieses bankrotte Regime einsetzen, desto leichter fällt es der offenen Reaktion, sie wieder als schuldig für den Bankrott (des Kapitalismus d. V.) anzuklagen und damit die Massen für ihre dunklen Zwecke einzufangen" ⁹⁾. Trotz dieser Politik hatten die Sozialdemokraten fünfmal so viele Stimmen erhalten wie die KPD, während 1932 die SPD nur um ein Viertel bis die

5) Ebenda, S. 4.

6) Die Konsequenz, die die KPD aus der Volksfrontpolitik gezogen hatte, nämlich darin eine Abwendung vom Kommunismus seitens der diese Politik durchführenden Organisationen zu sehen, wurde hier nicht ausgesprochen.

7) GAP: Offene Worte, S. 3

8) Ebenda, S. 4

9) Ebenda

Hälfte mehr Wähler als die KPD erzielt hatte. Dieses Resultat war "die Quittung für die 'Volksfront-' und russische Besatzungspolitik, durch die der Kommunismus in den Augen der deutschen Arbeiter in der schändlichsten Form kompromittiert" ¹⁰⁾ worden war.

Im weiteren untersuchte die GAP die Ursachen für die 1949 gegebene Situation der KPD. Ein wichtiger Ausgangspunkt für diese Analyse war die damalige Außenpolitik der UdSSR, die mit den Prinzipien Lenins gebrochen hatte. Hatte Lenin geschrieben: "Die Sowjetmacht schlägt allen Völkern und Regierungen der kriegführenden Nationen vor, sofort mit dem Abschluß eines demokratischen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen zu beginnen, d. h. eines Friedens ohne Raub fremder Territorien und ohne gewaltsame Herausholung materieller und finanzieller Entschädigungen aus den besiegten Staaten" ¹¹⁾, so legte sich die UdSSR im Potsdamer Abkommen auf so ziemlich die entgegengesetzte Linie fest: auf Geheimverhandlungen, Annexionen und Reparationen. Noch Ende 1947 drängte die UdSSR im Kontrollrat vor allem auf letzteres, auf Reparationen in Form von Demontagen ¹²⁾. Hatte die KPD jahrelang die Deutschlandpolitik der UdSSR vertreten, so auch die Demontagen, so blieben spätere Versuche der Partei, mit Hilfe des Potsdamer Abkommens gegen die Demontage in Westdeutschland aufzutreten, unglaublich, inkonsequent und erfolglos, denn "kein einziger westdeutscher Kommunist kann gegen die Demontage der Imperialisten konsequent auftreten, wenn er gleichzeitig die Demontage der Russen verteidigen muß" ¹³⁾, wie es die KPD tat.

Ein ebenso entscheidender Fehler der Politik der Sowjetunion war die Zustimmung zum Vorschlag der Westmächte, die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße an Polen zu übergeben. Mit diesem Vorschlag versuchten die Imperialisten, einen Keil zwischen viele Deutsche und die Polen und die Bewohner der Tschechoslowakei zu treiben, doch

10) Ebenda

11) Ebenda, S. 5. Die GAP zitierte hier aus einem Schulungsheft der KPD; im "Dekret über den Frieden" vom 8. 11. 1917, aus dem das Zitat stammen soll, finden sich diese Ausführungen zwar sinngemäß, aber nicht wörtlich; vergl. Lenin Werke, Band 26, 2. verbesserte Auflage, Berlin 1970, S. 239 ff.

12) Die GAP belegte das so: "Nach 'Neues Deutschland', 22. 11. 47, erklärte Sokolowski (75, Kontrollrats-Sitzung): 'Neue Reparationslisten, die anstelle von 1977 Betrieben, die durch die amerikanischen und

dieser Versuch wäre "zur größten Blamage für den Welt-Imperialismus.. (geworden d. V.) , wenn Rußlands Politik noch von den Leninschen Prinzipien des proletarischen Internationalismus geleitet worden wäre" ¹⁴⁾ , d. h. wenn die UdSSR diesen Vorschlag publiziert und öffentlich abgelehnt hätte. Statt dessen kam es zur Gebietsabtretung und zur Vertreibung "von Millionen, von denen fast jeder einzelne zum Propagandisten gegen die Vereinigung der deutschen und der slawischen Werktätigen werden mußte" ¹⁵⁾ .

Für diese Fehlleistung der sowjetischen Außenpolitik standen viele KPD-Mitglieder ebenso ein wie für Reparationen und Demontagen, in der Absicht, mit dieser Unterstützung der Politik der UdSSR diese zu schützen; dieser Absicht stimmte die GAP zu: "Das ist völlig richtig. Aber Ihr (d. h. die KPD-Mitglieder d. V.) könnt Rußland und den Kommunismus nicht mit den Waffen einer Politik verteidigen, die sich gegen Euch selbst richtet und Rußland in größte Gefahr bringen muß" ¹⁶⁾ . Mit aller Deutlichkeit wandte sich die GAP wie bereits Thalheimer 1945/46 gegen das "sozialdemokratische Geschwätz vom 'Roten Imperialismus' " ¹⁷⁾ und arbeitete noch einmal die wesentliche Differenz zwischen sozialistischem und imperialistischen Ausdehnungsbestreben heraus, um dann die spezifisch russischen Methoden dieser Ausdehnung aus den inneren und äußeren Bedingungen der UdSSR abzuleiten ¹⁸⁾ . Ohne die fatalen Auswirkungen dieser Politik zu verharmlosen, formulierte dann die GAP, wie die drohende Gefahr für die Sowjetunion durch die Arbeit der Kommunisten in Deutschland abgewandt werden konnte: "Die Arbeiter in Deutschland ... als Bundesgenossen für Rußland zu gewinnen, das setzt voraus, ihnen den Weg zum Sozialismus zu zeigen, den sie aufgrund der tatsächlich in Deutschland gegebenen Bedingungen gehen müssen, um ihre eigenen unmittelbaren Interessen zu verteidigen" ¹⁹⁾ . Gerade weil ein solches

noch 12)britischen Behörden vorher für Reparationen zur Verfügung gestellt wurden, nur 681 Betriebe enthielten, wurden am 16. 10. 1947 veröffentlicht. Die interalliierte Reparationsagentur wurde zur Untätigkeit verurteilt. " . Ebenda, S. 5

13) Ebenda, S. 6 14) Ebenda, S. 7

15) Ebenda 16) Ebenda, S. 8

17) Ebenda

18) Vergl. ebenda, S. 8 f

19) Ebenda, S. 10

Vorgehen die einzige Chance darstellte, Gefahren von der UdSSR abzuwenden, mußten sich die deutschen Kommunisten auch gegen die Vorstellungen der KPdSU und der Sowjetunion wenden, die – zumindest potentiell – Hindernisse für den Fortschritt der Revolution in Deutschland waren. Weil nur eine starke Arbeiterbewegung im Stande sein würde, den Versuchen der Alliierten in den Arm zu fallen, aus den Westzonen ein Aufmarschgebiet gegen die UdSSR zu machen, forderte die GAP die Mitglieder der KPD auf, sich gegen die offizielle Parteipolitik zu wenden, "die nachgewiesenermaßen die Mehrzahl der deutschen Arbeiter zu erbitterten Feinden Rußlands und willfährigen Werkzeugen der Konterrevolution machen muß Nur wenn Ihr ... Eure Kritik zum Ausdruck bringt und eine Änderung der verhängnisvollen russischen Besatzungspolitik verlangt, könnt Ihr Eure wirkliche Pflicht als Kommunisten erfüllen und dafür sorgen, daß der Kommunismus, der heute vielen deutschen Arbeitern als Schreckgespenst erscheint, wieder zu einer verbenden Kraft in Deutschland wird" ²⁰⁾.

Vor dem Hintergrund des grundsätzlichen Fehlers der KPD, die sich selbst zum Anhängsel sowjetischer Außenpolitik herabgesetzt hatte, wurden die verschiedenen Ausdrucksformen der Politik dieser Partei seit 1945 untersucht. Die These des eigenen Weges zum Sozialismus, wie sie zunächst formuliert worden war, wurde auch 1949 von der GAP noch in der Weise begrüßt, als man darin den Versuch erkennen konnte, die alte Aufgabe der kommunistischen Bewegung in Deutschland anzupacken, nämlich ausgehend von den in Deutschland vorhandenen Bedingungen den Weg der proletarischen Revolution in diesem Lande herauszuarbeiten. Nach Auffassung der GAP fehlte es den KPD-Ideologen "zumindest anfangs nicht etwa an richtiger Einsicht (in diese Aufgabe d. V.) und gutem Willen, aber immer mehr an der Fähigkeit zum Herausfinden und Aufzeigen des richtigen Weges..." ²¹⁾. Zwar hatte die KPD bereits vor 1933 diesen Weg nicht finden können, doch hatte sie damals wenigstens offen ausgesprochen, "daß Deutschland reif für den Sozialismus und der Kampf der Arbeiterklasse um die Macht das einzige Mittel zur Lösung sei" ²²⁾, d. h.

20) Ebenda, S. 8 f

21) Ebenda, S. 10

22) Ebenda,

die KPD hatte wenigstens die Prinzipien des Kommunismus hochgehalten, während sie in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg durch den "opportunistischen Volksfrontkurs" ²³⁾ den Arbeitern nicht einmal mehr den Unterschied klarmachen konnte "zwischen der verlogenen bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, die im Faschismus ihr natürliches Ende finden muß und der proletarischen Demokratie, die gestützt auf die Arbeiterräte über die Diktatur des Proletariats zum Sozialismus führt" ²⁴⁾. Durch den Volksfrontkurs leistete die KPD "sehr wertvolle – wenn auch unfreiwillige – Hilfe für die Kapitalverteidiger von Schumacher bis Churchill, die unter dem Banner der Demokratie die Massen zum Kreuzzug gegen die SU heranlocken" ²⁵⁾. Der Weg von der Parole "Alle Macht den Räten" zur "Nationalen Front" drückte sich auch darin aus, daß das KPD-Programm zur Bundestageswahl 1949 mit dem Satz begann: "Unser Volk und Vaterland sind in größter Gefahr", was die GAP mit den Worten kommentierte: "Wer in diesen (d. h. den kapitalistischen Ländern d. V.) das Vaterland verteidigen will, muß die Arbeiterklasse im Stich lassen, wie die SPD 1914" ²⁶⁾, was einer vernichtenden Kritik an der KPD gleichkam.

Den Niedergang der KPD verdeutlichte für die GAP besonders die Gewerkschaftspolitik der Partei, die die Fehler von vor 1933 nur durch andere ablöste: "Damals galt es als Fehler, Einheitsfront zu machen. Heute wird die Einheit um jeden Preis zur Richtschnur der angeblich kommunistischen Gewerkschaftsarbeit" ²⁷⁾. Als besonders schwerer Fehler erschien der GAP der von Ulbricht für die KPD geforderte Verzicht auf kommunistische Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften; diese Politik lief – mit anderen Mitteln – auf dasselbe Ergebnis heraus wie der alte RGO-Kurs, nämlich auf die Aufgabe der kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften. Wenn auch die Gewerkschaften in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr die Ausdrücke des Klassenkampfes der deutschen Arbeiterklasse waren, so waren sie doch die Organisationen, "wo sich die Arbeiter sammeln, die die erste Stufe des Klassenbewußtseins

23) Ebenda

24) Ebenda

25) Ebenda

26) Ebenda, S. 11

27) Ebenda

erreicht haben" ²⁸⁾, und deshalb mußte der Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus in ihnen ausgefochten werden. Für diese Arbeit war es unbedingt notwendig, daß die Kommunisten organisiert dort arbeiteten: der Verzicht darauf bedeutete nur, "den reformistischen, christlichen und gelben Gewerkschaftssparten die Bahn zur Vernichtung der Gewerkschaften frei zu machen. Das ist zwar nicht die Absicht, aber das unvermeidliche Ergebnis der heutigen KPD-Gewerkschaftspolitik" ²⁹⁾.

Nach dieser Abrechnung mit der Politik der KPD appellierte die GAP an die Mitglieder dieser Partei, "höher als die Disziplin gegenüber einer unfähigen Parteiführung ... die Verantwortung gegenüber dem Schicksal der Arbeiterklasse" ³⁰⁾ zu stellen, d. h. sich der GAP anzuschließen, um so die Kraft entwickeln zu helfen, um "die deutsche Arbeiterschaft durch eine zielklare, den Grundsätzen von Marx und Lenin entsprechende Politik zum Kampf für ihre eigenen Interessen und damit für den Sieg des Kommunismus in Deutschland und in der Welt" ³¹⁾ zu gewinnen.

5.4. Zusammenfassung

Die theoretische Position der GAP deckte sich 1948/49 in vielen Punkten mit den Analysen Thalheimers aus den Jahren 1945 und 1946; die Ursache dafür lag darin, daß es dem führenden Theoretiker der KPD in dieser Zeit gelungen war, die - wie er es nannte - Grundlinien der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg zu erfassen. Diese Analyse hatte sich für die GAP weitgehend bestätigt, zumal Thalheimer 1945 bereits dargelegt hatte, daß die Einheit der Siegermächte, wie sie sich in den Kompromißformeln von Potsdam wiederfand, an den Widersprüchen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Grundlagen der UdSSR einerseits und den USA, Großbritannien und Frankreich andererseits zerbrechen müßte. Was 1945 erst latent war, war 1948/49 Wirklichkeit geworden: der Aufmarsch des Kapitalismus gegen den Sozialismus war in vollem Gange und hatte Deutschland mit einbezogen. Diese Entwicklung fand in den Arbeiten der GAP ihren Niederschlag, und zwar sowohl in der Analyse als auch in den politischen Konsequenzen.

28) Ebenda, S. 12 29) Ebenda 30) Ebenda 31) Ebenda

Dadurch, daß die GAP in Deutschland selbst arbeitete, konnte sie in ihren Untersuchungen mehr ins einzelne gehen, als daß Thalheimer von Kuba aus konnte, und war auch in der Lage, die Erfahrung, die sie in der Arbeiterbewegung seit 1945 gesammelt hatte, in die eigene Arbeit einzubeziehen. Die wesentliche Aufgabe, vor der die GAP stand, lag darin, um die gewonnene theoretische Einsicht die revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung zu sammeln, um den aktuellen oder erwarteten Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse eine Führung geben zu können. Die Kräfte zur Lösung dieser Aufgabe sah die GAP zum großen Teil in der KPD organisiert, die aber die nach Auffassung der Gruppe notwendige Politik nicht leisten konnte und somit die revolutionären Kräfte entweder abstoßen oder in die Resignation treiben mußte. Diese Kräfte versuchte die GAP anzusprechen und zu organisieren, allerdings nicht mehr - wie die KPD vor 1933/35 - in der Absicht, die KPD zu reformieren, sondern um die revolutionäre Organisation der deutschen Arbeiterklasse herauszubilden. Die Voraussetzung dafür waren allerdings Bewegungen in der Arbeiterklasse selbst, d. h. die neue kommunistische Organisation mußte Ausdruck einer neuen Klassenaktivität sein, nicht die bloße Sammlung von Kommunisten um die politische Linie der GAP. So gesehen war dem Fehlen der Bewegung der Arbeiterklasse das Fehlen der kommunistischen Organisation geschuldet, nicht war umgekehrt die Borniertheit der tatsächlichen Arbeiterbewegung Ausdruck der Nichtexistenz der Kommunistischen Partei. Zwar waren die Mitglieder der GAP Kommunisten, und in diesem Sinne war die Gruppe auch eine kommunistische Organisation, zwar versuchten die in der GAP Organisierten alles, um die Organisation zu vergrößern, aber "es war für uns klar, daß die wirkliche Partei, die entstehen mußte, oder das, was die Arbeiterklasse an politischer und organisatorischer Führung brauchte, nur entstehen könnte aus neuen Klassenkämpfen, aus neuen Bewegungen der Arbeiterklasse unter den neuen Bedingungen" ¹⁾. Ob diese Klassenkämpfe kommen würden oder nicht, war somit der entscheidende Faktor, der den weiteren Weg der GAP bestimmen mußte.

Daß der Aufschwung der Arbeiterbewegung 1948/49 noch nicht eingetreten war, zeigte sich deutlich an der Reaktion der Arbeiter auf die

1) Interview vom 18. 1. 1975, S. 6

Besatzungspolitik der UdSSR. Die meisten Arbeiter wurden dadurch daran gehindert, sich dem Kommunismus zuzuwenden, die kommunistischen Arbeiter resignierten oder wandten sich gar vom Kommunismus ab. Diejenigen, die unter diesen Umständen versuchten, eine eigenständige kommunistische Politik zu erarbeiten und durchzuführen, blieben eine Minderheit; eine Minderheit, in der viele Kommunisten aktiv waren, die sich dieser Aufgabe bereits in der Weimarer Republik gestellt und sie in der KPO zu lösen versucht hatten. Wenn auch die ehemaligen KPO-Mitglieder in der GAP stark vertreten waren, so wurde doch in den politischen Analysen deutlich, daß die GAP nicht die theoretischen Resultate der KPO einfach für die Analyse der Lage in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg nahm, sondern sich darum bemühte, entsprechend den neuen Bedingungen den Weg der proletarischen Revolution in Deutschland auszuarbeiten. Daß also in der GAP relativ viele ehemalige KPO-Mitglieder arbeiteten, lag demnach wesentlich daran, daß die Bewegung der Arbeiterklasse unter den neuen Bedingungen nur sehr wenige neue Kräfte hervorgebracht hatte, die diese Aufgabe anpacken konnten; daraus folgte, daß die GAP sich zum großen Teil aus solchen zusammensetzte, die bereits vor 1933 in der kommunistischen Bewegung aktiv gewesen waren. So gesehen war der Anteil der ehemaligen KPO-Mitglieder in der Gruppe nicht Ausdruck dafür, daß die GAP eine Art KPO-Traditionsverein war, sondern eine für die Schwäche der "neuen" Arbeiterbewegung nach 1945.

Ein wichtiger Punkt in den Analysen sowohl Thalheimers 1945/46 als auch der GAP drei Jahre später war die Einschätzung der Entwicklungsperspektive des Kapitalismus. Beide - Thalheimer und die GAP - gingen davon aus, daß die Aufstiegsphase des Kapitalismus abgeschlossen war; im Zusammenhang damit wurden auch die Möglichkeit einer bürgerlichen Demokratie in Westdeutschland und die Erfolgsaussichten reformistischer Politik sehr gering eingeschätzt. Somit erwartete die GAP, daß die Entwicklung in den Westzonen und später in der BRD durch die Lebensunfähigkeit des Kapitalismus gekennzeichnet sein würde, was sie zwar nicht mit einem Aufstieg der Arbeiterbewegung gleichsetzte, wohl aber als eine Grundlage dafür ansah.